

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.30 Mark, monatlich 1.10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Vor-Abonnement: 3.30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pr. Monat. Eingetr. in der Post-Registrierung - Preisliste für 1896 unter Nr. 7377.

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitspalte über deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Veranlagungs-Kartagen 20 Pf. Insetts für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortl. Amt I. Nr. 1508 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

# Arbeits

# Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 24. April 1896.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

## Ein typischer Junker.

Ein typischer Junker, salbungsvolle Reden auf den Lippen und die Duellpistole in der Hand, hat er sich durchgekämpft lange Jahre als Führer der kleinen, aber mächtigen Partei, die sich anmaßt, Thron und Altar stützen zu wollen. So hat er gelebt, so hat er auch im letzten Augenblick noch sich zu verteidigen gesucht. Durch Einsichten demüthigen Gottvertrauens und einer verflachten Drohung mit kompromittirenden Enthüllungen in seiner Verteidigungsrede suchte er sich mildernde Umstände zu erwirken. Das Manöver gelang nicht, weil er seine derzeitige Lage nicht richtig zu würdigen wußte — er hat sehr ungeschickt gesprochen, wie Herr Stöcker sich ausdrückte — aber in der Rolle ist er geblieben bis zuletzt. Die Junkerhaut hat er nicht abgestreift, er wird die Zuchthauskleider nur darüber ziehen.

Ein typischer Junker, gottesfürchtig und dreist, war er und ist er geblieben, der Herr Baron. Das typische, das möchten wir indeß ausdrücklich betonen, ist aber weder zu suchen in den Verbrechen, die er begangen, noch in der verbrecherischen Veranlagung, die ihn vielleicht auf die abschüssige Bahn geführt hat. Verbrechen werden von Leuten mit allen möglichen politischen Ansichten begangen; verbrecherische Veranlagung begünstigt weder, noch hindert sie die Annahme irgend einer politischen Ansicht. Also daß Herr v. Hammerstein, durch seine verbrecherischen Neigungen und mislichen Vermögensumstände getrieben, zum Verbrecher wurde, daraus machen wir der konservativen Partei keinen Vorwurf. Daß er trotz seines verbrecherischen Treibens sich aber so lange an der Spitze seiner Partei halten konnte, das ermöglichten ihm die zwei typischen Junkerqualitäten, die ihn zu einem so schätzenswerthen Parteiführer und Parteikämpfer in den Augen seiner Parteigenossen gemacht haben: Er war gottesfürchtig und dreist. Er verstand Moral zu predigen wie nur ein Hofprediger, er verstand die Pistole zu handhaben wie der besten einer unter den Edelsten der Nation. In seinen Glanzzeiten wurde er bewundert und verehrt von den Junkern und Pastoren, weil er Feuer und Schwefel herabzettelte auf die Ungläubigen, die Feinde der Staats- und Gesellschaftsordnung, und aus Herrn v. Kröcher's Munde haben wir vernommen, wie trefflich ihm zur Sicherung seiner Stellung die Furcht vor seiner zehlfachen Duellpistole bei den Parteigenossen, denen Zweifel an seiner Ehrlichkeit aufgestiegen waren, zu gute gekommen ist.

Gottesfürchtig und dreist — bestand in diesen Eigenschaften nicht sein Werth für die Junkerpartei? Glanzte er durch sie nicht hervor als ein typischer Junker? Man denke nur einmal, ein günstiges Geschick hätte ihn vor dem Zuchthaus bewahrt. Würde er durch die Bethätigung seiner Eigenschaften nicht auch jetzt noch tagtäglich das Entzücken der Junker und Junkerengenossen erregen? Dem Professor Kropatschek ist bei der Duelldebatte die Puste ausgegangen,

aber der Herr Baron v. Hammerstein hätte schneidiger noch als es in dem Organ des Sachsenwaldes und in dem der Blüthenoffen zu lesen war, sich für das Duell ins Zeug gelegt, durch das unser herrliches Offizierkorps sich die Mannesehre, Moral und Sitte bewahre.

Gottesfürchtig und dreist, ein typischer Junker! Bestreitet das die Junkerpartei?

Dann nehme man doch nur einen anderen typischen Junker unserer Zeit, an den sie sich lieber erinnern läßt, den Herrn und Fürsten v. Bismarck, Herzog v. Lauenburg. Glanzte er nicht auch durch Eigenschaften hervor, durch die Herr von Hammerstein sich seine Stellung erkungen und unter den schwierigsten Umständen behauptet hat? Gottesfürchtig und dreist! Hat es Herr v. Bismarck jemals an salbungsvollen Versicherungen der Gottesfurcht fehlen lassen? Dieß er nicht auch zu geeigneter Zeit den Pistolenhahn knacken? Oder ist die köstliche von ihm selbst erzählte Geschichte, wie er ins Abgeordnetenhaus stieg, die Pistole in der Tasche, um Herrn v. Vinde niederzuknallen, wenn er die Absetzung König Friedrich Wilhelm's IV. beantragen sollte, nicht ein glänzender Coup, würdig des Hammerstein's in seiner besten Zeit? Natürlich nicht des wechselfälligen Betrügers Hammerstein, sondern des löwenmüthigen mit dem Pistolenhahn knackenden Junkers Hammerstein. Gottesfürchtig und dreist, typische Junker beide!

Zwar dem Bismarcker fehlte der katilinarische Zug — alieni appetens, sui profusus, fremdes begehrend, das seinige verschwendend — der den Hammerstein ins Verderben brachte. Wenigstens war der Bismarcker niemals sui profusus. Seine bittersten Feinde werden ihm das nicht nachsagen. Das ist überhaupt kein Charakterfehler preussischer Junker. Daß der verunglückte Winterpommer in der Hinsicht aus der Art schlug, war sein Verderben. Augenscheinlich ein Zeichen der Decadence. Alieni appetens sind die Junker als Klasse indeß von je gewesen. In der Beziehung zeigt sich noch keine Entartung. Die junkerliche Raffgier betätigt sich auch jetzt noch in schreiendem Maße; allerdings suchen die heutigen Junker ihren Appetit zu befriedigen auf legalem Wege durch die Erjanmerung staatlicher Liebesgaben aller Art, nicht wie der misrathene Hammerstein durch Fälschung und Unterschlagung.

Nicht die Eigenschaften, durch die er zu Falle gekommen, sondern die, durch die er emporgekommen und sich gehalten, machen Herrn v. Hammerstein zu einem typischen Junker. Und daß ein solcher Mann mit solchen Eigenschaften durch die Junkerpartei hochgehalten wurde — nur in dieser Partei konnte er sich eine solche Rolle erzwingen — das verleiht dem Fall Hammerstein seine politische Bedeutung.

Der Staatsanwalt hat den Baron einen Heuchler genannt, weil er dem Wesen seiner Partei gemäß „für Königstreue, Sitte und Moral“ gar schwungvoll geredet und geschrieben. Wir glauben gar nicht einmal, daß er ein b e w u ß t e r Heuchler war. Eine u n b e w u ß t e Heuchelei dieser Art

erzeugt aber unter ihren Anhängern eine jede Partei, die für sich in Anspruch nimmt, die Hüterin der herrschenden Sitte und Moral zu sein.

Von der Königstreue wollen wir in diesem Zusammenhange nicht weiter reden, obgleich gerade die Hammerstein-Sache neue Beweisstücke dafür herbeigebracht hat, daß die Junker auch heute noch sich von dem Grundsätze leiten lassen: Und der König absolut, wenn er unsern Willen thut!

Aber der ewige Anspruch der konservativen Partei, Hüterin der Moral zu sein gegenüber anderen Parteien, muß zur Heuchelei führen, denn es versteht sich hinter dieser „Moral“ weiter nichts als der Anspruch, die bestehende Rechtsordnung, weil sie den Interessen der konservativen Gesellschaftsklassen günstig ist, als geheiligt und unantastbar gelten zu lassen. Wie wenig übrigens Königstreue und konservative Gesinnung an sich verknüpft sind mit Moral oder auch nur Religiosität, dafür giebt es ein wahrhaft klassisches Beispiel in dem Parteikampfen der konservativen englischen Kavaliere unter den Stuart's mit den republikanischen Rundköpfen Cromwells. Damals nahmen die Revolutionäre, die Republikaner, Moral und Religiosität für sich in Anspruch und wahrlich mit mehr Recht als die heutigen preussischen Junker. Die Kavaliere aber galten wegen ihrer ausschweifenden Lebensweise den Puritanern als „Söhne Belials“.

Der heutige religiös-moralische Anspruch der preussisch-deutschen Junkerpartei ist nur eine durch historische Einflüsse herbeigeführte Heuchelei, aber ein Hilfsmittel in der Verteidigung der materiellen Partei-Bestrebungen. Und deshalb glauben wir auch nicht, daß der Prozeß Hammerstein die moralisirende Wirkung haben wird, die naive Politiker von ihm erwarten, nämlich eine Einkehr bei den Konservativen herbeizuführen und sie zum Verzicht auf ihre unbewußte Heuchelei zu bewegen. Es liegt im Interesse der Junker, daß die bestehende Rechtsordnung vertheidigt wird auch durch Aufrechterhaltung des Glaubens an deren besondere Moralität, und deshalb werden die Nachfolger des Herrn Baron zwar nicht mehr so kräftig den Pistolenhahn knacken lassen, wie Herr v. Bismarck oder Herr v. Hammerstein — dies Manöver ist neuerdings etwas in Mißkredit gekommen — aber nach wie vor salbungsvolle Reden von sich geben „für Königstreue, Sitte und Moral“.

## Politische Ueberblick.

Berlin, 23. April.

Im Reichstage wurde heute die Prüfung der Parteien in betreff der Arbeiterschulfröndlichkeit beendet, und wenn auch nicht wie gestern ein sozialdemokratischer Redner das negative Ergebnis dieser Prüfung ausdrücklich und vornehmlich feststellen konnte, so fand sich doch auch heute ein Schimpfpredner, der den arbeitserfindlichen Tiraden gegenüber die Vernünftigkeit der Bundesratsbestimmung auch von dem Arbeitgeberstandpunkte aus

empor bis zu den Glocken und Schallöchern. Sie mußte an sich halten, um nicht aufzujauchzen. Da lag das ganze Land weit und breit vor ihr: Maria-Kulm mit seiner großen Wallfahrtskirche, Pochlowitz am Fuße des Berges am Waldsaume, Leibitzsch und drüben Teschau. Raum satt sehen konnte sich das Kind, und der erste Zug, der es sonst kennzeichnete, war aus seinem Anlich ganz verschwunden.

Bevor die Lene wieder in das Schulhaus zurückkehrte, ging sie jedesmal rund um die Kirche. Vorn, gegen das Dorf zu, hatten die Reichen und Wohlhabenden ihre Gräber. Auf den Hügeln blühten Blumen, die Kreuze waren von Eisen oder Stein, verguldet und mit goldenen Buchstaben beschriftet. Hinter der Kirche ruhten die Armen. Ueber die eingesunkenen Gräber wuchs das Gras, von den kleinen schwarzen Holzkreuzen hatten die meisten die Arme verloren. In dem Weinhaufe, das sich an die Kirche lehnte, lagen hunderte von Knochen und blebende Schädel in einem wirren Haufen hinter der schwarzen Todtenbahre. Der Kirchhofsmann entlang standen kräftige Zwetschenbäume, einer neben dem andern. Die schönsten Pflanzen wuchsen darauf, blaue und gelbe, und fast so groß waren sie wie Hühnererker. Aber kein Kind berührte jemals eine dieser Früchte; man sagte, sie schmeckten nach den Todten, die unter ihnen schliefen. Der Lene haben sie herrlich geschmeckt, all die Jahre, die sie in Mähl-essen war...

Die Mähl'sener Schulbuben konnten es sich nicht erklären, warum die Fremde gerade an ihren Spielen theilnehmen wollte. Sie war ein Mädel, gehörte also zu den Mädeln. Mit diesen sollte sie spielen, da hätte keiner etwas dagegen gehabt. Aber Lene war harnäckig. Immer und immer wurde sie fortgeschubst, aber stets schloß sie sich wieder an. Nur war sie so schlau, erst hinternach zu geben. Kam dann ein besonders Wüthender mit geballten Fäusten auf sie zu, so lief sie, blieb aber sofort stehen,

Roman von Nicolaus Krauß.

Sie ging nicht ungern in die Kirche, aber Sonn- und Feiertags lieber als an Werktagen. An diesen war es für sie Ide und leer in der Kirche, nur die Schulkinder waren darin und einige alte Weiblein, und ein einfaches Lied wurde gesungen in einer Stimme. Und kaum, daß die „Aufwartbuben“ klingen. Aber am Sonntag! Da dampften die blauen Wolken des Weihrauchs zu den Gewölben empor, auf allen Altären und vor jedem Heiligen brannten die großen, dicken Wachskerzen, das flammte, glitzte und glühte; der Pfarrer sang das Amt mit seiner schönen, weichen Stimme, die Orgel erbrauste bei aufgezogenen Registern, die Seigen fielen ein und die Hörner, es war schön, zum Weinen. Die ganze Kirche war gedrückt voll von Menschen. Unten in den Betstühlen saßen die Frauen, oben auf den beiden Seitendören standen die Männer. Und dann kam der alte Spengler, der alte Kirchenvater, dem sie ausriß, wo sie ihn traf, weil er sie immer an den Böpfen ziehen wollte, in seinem grünen Mantel, den er Sommer und Winter trug, und mit seinem Klingelbeutel. Und wenn die Bauern ihn sahen, dann ließen sie den Kopf auf die Brust sinken und thaten, als ob sie schliefen. Aber das Glöcklein kicherte so lange vor ihren Ohren, bis sie schadenshalber in den Lederbeutel oder die Schweinsblase griffen und einen Groschen opferten.

Und doch war es auch an diesen Tagen noch nicht am schönsten in der Kirche. An klaren Sonntagnachmittagen im Sommer und Herbst nahm Lene den großen, hohen Schlüssel vom Nagel und ging die kleine Höhe hinauf, über den Friedhof zur Kirche. Schon das Knirschen und pfeisende Quietschen des Schlüsselgehäuses jagte ihr wollüstige Schauer den Rücken entlang. Sie trat ein und

bewies. Es war dies Herr Röske, von dem seine liberalen Freunde viel lernen könnten, aber freilich nicht lernen wollen, was sie auch heute durch ihre Unaufmerksamkeit bewiesen. Vorher hatten Eugen Richter und Graf Herbert Bis mar ck gesprochen, selbstverständlich gegen den Arbeiterschut, wenn auch Herr Richter auf eine kaum zur Sache gehörige Polemik gegen die Anschauungen der Rechten formell den Hauptnachdruck legte. Graf Bismarck bezeichnete Richter's Ausführungen als treffend, das ist Strafe genug für Herrn Richter und von neuem der Beweis daft, daß Freisinnige und Bismarcker in der Gegnerschaft gegen den Arbeiterschut ein Herz und eine Seele sind.

Als dann beschäftigte sich das Haus mit Wahlprüfungen. Dabei entstehen erfahrungsgemäß immer längere und erregtere Debatten, als man vorher vermutet, und so kam man denn auch heute nicht über die beiden ersten unter den achtzehn auf die Tagesordnung gestellten Wahlen hinaus: die der Herren Bamhoff (natl.) und Colbus (Ultras). Den Konservativen hatte es nicht gefallen, daß die Wahlprüfungen „schon“ (!) jetzt verhandelt werden sollen; der Reichsparteiler Gamp hatte gestern allen Ernstes, aber vergeblich verlangt, daß das Haus sie so lange aussehe, bis die Rechte einmal durch größere Vollständigkeit im Stande wäre, die Linke zu majorisieren. Die Erörterung war betreffs der Bamhoff'schen Wahl praktisch durch die Mandatsniederlegung und Neuwahl überholt, ein Novum ist es, daß der Reichstag sich trotzdem mit ihr beschäftigte. Die Prüfung der Wahl des Pfarrers Colbus wurde nach langer Debatte, an der sich unsererseits Fischer und Bebel beteiligten und die für die betreffenden Wählerkreise von großem Interesse ist, an die Kommission zurückverwiesen.

Morgen wird die Verathung über Wahlprüfungen fortgesetzt.

Das preussische Abgeordnetenhaus verhielt am Donnerstag in erster Sitzung die Kreditvorlage, so weit sie sich auf Forderungen für den Bau von landwirtschaftlichen Kornhäusern bezieht. Außer dem Landwirtschaftsminister verteidigte auch der Finanzminister Dr. Riquel, der sich um jeden Preis die Gunst der Agrarier sichern will, den Gesetzentwurf. Die Agrarier selbst tragen natürlich kein Bedenken, diese neue Preisgabe anzunehmen, die sie, wie der Abg. v. Mendel-Steinfeld betonte, nur als einen Versuch betrachten, während sie nach wie vor auf Annahme des Antrages Rantj und auf Erlass eines Verordnungsmaßes mit dem Verbot des Terminhandels hoffen, da sonst der Landwirtschaft nicht dauernd geholfen werden könne. Bekämpft wurde die Forderung nur von den Freisinnigen Brömel und Gothein, alle übrigen Redner standen ihr spathatisch gegenüber, wenn sich auch niemand dafür besonders erwärmte. Die Vorlage wurde schließlich der Budgetkommission überwiesen. Am Freitag steht die erste Verathung des Gesetzentwurfs betreffend die Handelskammern auf der Tagesordnung.

Zu milde Bestrafungen. Eine recht gedankenlose Kannegeherer erlaubt sich der Berliner Groß-Kannegeherer eines süddeutschen Blattes. Derselbe schwagt bei einer Besprechung der jüngsten Duelldebatte dem Herrn v. Bennigsen die alberne Behauptung nach, daß die Gerichte schwere Beleidigungen allzu milde beurtheilen, und findet albernweise hierin auch noch einen Beschönigungsgrund für das deutsche Duellwesen. Der Herr scheint nicht zu wissen, daß in England, wo es bekanntlich keine Duells mehr giebt, Beleidigungsklagen so gut wie unbekannt sind. Und „milde“ Strafen! Jetzt wieder in Wülhausen 1 Jahr Gefängnis für eine Privatbeleidigung! Allerdings ist's ein Sozialdemokrat, der die angebliche Beleidigung verübt haben soll.

Beim Prozeß Hammerstein sprach vor Eintritt in die Verhandlungen der Landgerichts-Direktor Ried die beachtenswerthen Worte:

„Ich lehne es ab, hier irgendwie Politik zu treiben — das ist nicht Sache des Gerichts, sondern das Recht zu finden und zu entscheiden, ob eine Handlung gegen das Strafgesetzbuch verstoßt oder nicht.“

Wir wissen allerdings nicht, ob Herr Landgerichts-Direktor Ried die Politik im Gerichtssaal prinzipiell und allgemein verurtheilt hat, oder bloß für den Fall Hammerstein. Das aber wissen wir, daß bei anderen Prozeßen die Politik im Gerichtssaal eine sehr große Rolle gespielt hat und daß sogar die politische Gesinnung eines Angeklagten ausdrücklich als Belastungsmoment und Grund zur Verurtheilung oder schwereren Bestrafung bezeichnet worden ist. Und das berühmte: „Wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe“ des preussischen Justizministers galt der Politik im Gerichtssaale.

Von einer neuen Treulosigkeit Menckel's redet die „Voss. Zeitung“, weil dieser einen italienischen Unterhändler bis zur Erledigung der Angelegenheit zurückgehalten will. Bei ihrem Crispinismus ist die „Voss. Zeitung“ blind und glaubt alle Lügen ihres verlogenen Abgotts. Menckel hat bisher noch keine Treulosigkeit verübt; im Gegentheil, er hat eine Mitter-

wenn der andere wieder umkehrte. Gatten die Knaben ihr Spiel begonnen, dann stand sie von ferne und schaute zu. Wenn die Buben auf dem Dorfanger mit Prägeln nach einem Holzpund warfen, den sie auf ein Brett gestellt hatten, „Säue prellten“, wie sie sagten, oder wenn sie „Patsched“ spielten, konnte sie sich gar nicht halten, und sie riskirte selbst einen Faustkampf, der allerdings stets zu ihren Ungunsten ausfiel.

Nur an einem Spiel gestattete man der Lene theilzunehmen. Hierbei kam bei den Jungen allerdings etwas stärkeres in betracht als das Geschlechtsgefühl und der Stolz der Egoismus und die Habgucht. Wenn man „werbelte“, Murneln in ein Loch trieb, das von acht anderen Löchern umgeben war, glaubte man, so ein dummes Mädel leicht „ausfackeln“ zu können. Aber die Geschickte kam meistens anders. Lene war geschickt und stink wie ein Miesel und nahm die „Kasse“ ein um das andere Mal aus. Dabei stand sie aber immer auf dem Sprunge, zu entfliehen, wenn die über ihren Verlust erbotenen Buben aber sie herfallen wollten. Sie hatte stets eine große Zahl von Murneln, die sie gegen alle Federn, die sie wusch, polirte und wieder zurecht bog, einzuhandeln wußte. Der frommen Lene war dieses Spiel ein Gränel und sie verfluchte Lene deshalb unaufhörlich bei ihrer Mutter. Aber diese konnte an ihm nichts Unrechtes finden, sie selbst hatte es als Mädchen gern und mit Lust und Liebe gespielt. Auch die alte Rosel brummte über das Teufelspiel. Alle daumenlang fehlte ihr einer der so eifersüchtig gehüteten Strümpfe, die sie nur Sonntags zum Kirchgang anzog. Und wenn sie dann suchte und suchte, so fand sie ihn sicher entweder unter Lene's Kopfpolster oder im Bettstroh versteckt und bis zum Rande angefüllt mit thönernen und steinernen Murneln.

(Fortsetzung folgt.)

Macht bewiesen — wir erinnern an Makalle — die in der modernen Kriegsgeschichte ohne Seitenstück ist. Wohl aber ist er der Gegenstand unzähliger „Treulosigkeiten“ gewesen. Erwähnt sei bloß die völkerrechtswidrige Entführung seiner zwei Verwandten, die von der italienischen Regierung als Geiseln gefangen gehalten worden. Warum ereifert die „Voss. Zeitung“ sich nicht über diesen schuftigen „Pringentaub“?

Die Krise, welche der französische Senat frivoler Weise über Frankreich heraufbeschworen hat, steht — nicht bloß für Frankreich — im Vordergrund des politischen Interesses. Auf Vermuthungen über den Ausgang der Krise, der ganz wesentlich von dem Ergebnis der heutigen Kammer Sitzung abhängt, lassen wir uns natürlich nicht ein — daß aber die Lage eine sehr ernste ist, kann keinem Zweifel unterliegen. Der Verfassungskonflikt ist da.

Der Senat wurde von den monarchischen Stiefeltern der Republik in der ausgesprochenen Absicht errichtet, die Demokratisierung der Republik zu verhindern. Diese seine Bestimmung erfüllt jetzt der Senat. Und die französische Verfassung ist so kunstvoll reaktionär zusammengesetzt, daß formell und nach dem Buchstaben der Verfassung jede Möglichkeit ausgeschlossen ist, den Konflikt ohne Zustimmung des Senats und gegen seinen Willen zu beendigen. Der Senat kann überhaupt nicht aufgelöst werden, und die Kammer kann nicht aufgelöst werden ohne die Zustimmung des Senats.

Der Staatswagen ist also in einer Sackgasse — oder richtiger in einer Gasse, die keine Umkehr erlaubt und vorn durch den Senat, wie durch einen Korkei auf der Flasche, zugestopft ist. Da muß eben der Korkei entfernt werden.

Der Senat kann nicht so stumpfsinnig sein, daß er nicht das Gefährliche seines Handelns begreifen sollte. Es ist die Angst des Kapitalismus vor dem andringenden Sozialismus, was den Senat geleitet hat und leitet. Das giebt sogar die „Vossische Zeitung“ zu, trotz ihres ingrimmigen Hasses gegen Bourgeois.

Sie schreibt redaktionell:

Die Verthimmung (weisen!) über das ungehörige (?) Verhalten des anderen Hauses hätte wohl nicht ausgereicht, den Senat in einer so heiklen Frage zur schroffen Stellungnahme gegen das Cabinet zu bewegen, hätte sich nicht die innere Gesamtlage je länger, je bedrohlicher gestaltet. Zum ersten Male seit der großen Umwälzung sehen die Bevölkerungsklassen, die durch ein volles Jahrhundert Frankreich regiert haben, einen Versuch im großen sich vollziehen, ihnen die Macht zu entwinden, im Staate dahin zu gelangen, wohin es in einzelnen Städten bereits gekommen ist, zur Herrschaft des Sozialismus, dessen Wind die Segel des radikalen Cabinet's schwellt. Immer deutlicher wird offenbar, daß Herr Leon Bourgeois der Wegebereiter des Sozialismus ist; jede Woche, die er länger im Amte bleibt, droht, der Bourgeoisie empfindliche, vielleicht nie mehr einzubringende Nachteile zu bereiten.

Wir haben dem nichts hinzuzufügen — nur eins: möglich, ja wahrscheinlich, daß „der Wegebereiter des Sozialismus“ jetzt das Feld räumen muß oder will — auch Herrn Bourgeois scheint es bange zu werden —, aber „il roviendra“. Er wird zurückkommen — unter altem oder neuem Namen. Und, wenn wieder gestürzt, so lange zurückkommen, bis der Sozialismus selbst da ist.

Wie ein Telegramm vom Nachmittag meldet, besteht die Absicht, heute in der Kammer das Zusammentreten des Kongresses zum Behuf der Verfassungsrevision zu beantragen. Kongreß ist die gemeinschaftliche Tagung der Kammer und des Senats, wie sie zur Wahl des Präsidenten vorgeschrieben ist. Leider kann aber auch der Kongreß nicht ohne Zustimmung des Senats tagen.

Majestätsbeleidigung in Rußland. Wir lesen in bürgerlichen Blättern:

Ueber eine eigenthümliche Majestätsbeleidigung des russischen Kaisers berichtet die „Kattowitzer Zeitung“, nachdem sie mitgetheilt, daß in den letzten Tagen 50 Millionen Zigaretten in Rußland-Polen konsumirt sind. Ein Schächtelchen Zigaretten aus der Fabrik von J. L. Scherschewski in Ordo na hat nichts Auffälliges an sich. Klappt man aber die zweitheilige Schachtel auf, so erblickt man auf ihrer linken Seite in Medaillonform das Bild des russischen Kaisers, während die rechte Seite von der Fabrikmarke der Firma geziert wird. Letztere besteht aus einer offenen Hand, die beim Zusammenklappen der Schachtel in einer nicht mißzuverstehenden Weise auf das Bildnis des russischen Herrschers fällt. Dieser Umstand würde indeß unbemerkt geblieben sein, wenn nicht die Außenseite der Zigaretten-Schachtel ein noch untrüglicheres Merkmal der beleidigenden Absicht hätte. Diese zeigt in großer Aufschrift das Wort „Gracia“ gleich Anmuth. Das „G“ ist jedoch durch eine geschickte Farbenabstufung und Gruppierung dem Auge weniger bemerkbar gemacht, während das darauffolgende „R“ durch seine Größe hervorsticht, so daß man in Wahrheit „Kacra“ — Recht liebt. Es steht damit außer allem Zweifel, daß es direkt auf eine Majestätsbeleidigung abgesehen ist. Der Fabrikant der Zigaretten, dem „Sibirien“ ziemlich sicher sein dürfte, hat seine vorläufige Freilassung mit einer Kaution von 50 000 Rubel erkaufte. Wohlmeinende Freunde haben ihm indeß den Rath gegeben, den russischen Staat von den Füßen zu schütteln, was er inzwischen vielleicht schon gethan hat.

Der Gedanke, ein Fabrikant, der auf Rundschaft in Rußland rechnet, habe es direkt auf eine Majestätsbeleidigung abgesehen, ist „außer allem Zweifel“ so bloßsinnig, daß ein Normalhirn ihn überhaupt nicht fassen kann. Aber juristisch ist die Annahme, und wenn der „Jurist“ auf Majestätsbeleidigungen dressirt ist, steht ihm auch die Majestätsbeleidigung „außer allem Zweifel“.

Chronik der Majestätsbeleidigungen. Am 18. d. Mts. stand vor dem Hamburger Landgericht der Maschinist Diedrich unter der Anklage der Majestätsbeleidigung. Er hatte in einer sozialdemokratischen Versammlung eine von dem Kaiser in seiner Rede gebrauchte Aeußerung in Verbindung gebracht mit dem großen Insuffraganten des Strafgesetzbuchs. Er wurde deshalb von der Strafkammer zu einer Gefängnisstrafe von zehn Wochen verurtheilt.

Aus Reichensbach wird dem „Sächsischen Volksblatt“ geschrieben: „Vor dem Landgericht Plauen ist gegen einen ansässigen Arbeiter, der unserer Partei nicht angehört, Voruntersuchung wegen Majestätsbeleidigung eröffnet worden. Der Mann hatte in der Trunkenheit in einem Lokal Streit mit einem Schuhmann und ist dabei zu weit gegangen und denüchert worden. Herr Rechtsanwält Dr. v. Petrikowsky hat die Vertheidigung übernommen. Geschulte Arbeiter haben seit Jahrzehnten auch in den kritischen Zeiten solche Dinge von sich fernzuhalten gesucht und werden dies auch femer thun. Wir lämpfen gegen schlechte Verhältnisse und lassen hohe Personen aus dem Spiel.“

## Deutsches Reich.

Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung die Vorlagen betreffend einen Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Japan nebst einem Konsularvertrag sowie den Bericht der Kommission für die Prüfung der Vorkontrollen und des Zollverwaltungsstellen-Etats für Bremen den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Zur Wahlbewegung im Kreise Ruppins-Templin. Die Flugblattvertheilung am Sonntag, den 19. April, ging im großen ganzen gut von statten. Ueberall wurden unsere Genossen gut aufgenommen; die Landgendarmarie bewies meist Willen und Fähigkeit, während der Wahlzeit die Gefesgesvorschriften zu beobachten. So konnten unsere Genossen, nachdem sie sich legitimirt, ungehindert Flugblätter vertheilen. Nur der Gendarmenwachmeister in Herzberg i. d. M. machte eine Ausnahme. Kurz nachdem unsere Genossen das Dorf betreten hatten, trat der Wachmeister ihnen entgegen mit der Weisung, sofort das Dorf zu verlassen, wenn sie nicht verhaftet sein wollten. Aufmerksam gemacht von unseren Genossen, daß Wahlzeit sei und ob er den § 48 der Gewerbeordnung nicht kenne, antwortete er, daß er das besser wisse, sie möchten sich schnell entfernen. Als sie noch den Versuch machten, einen Bekannten zu besuchen, wurden sie auch daran verhindert und eventuell mit Gewalt bedroht. Um nicht den Zweck ihres Aufenthaltes ganz und gar vereiteln zu lassen, sahen sich unsere Genossen genöthigt, weiter zu ziehen. — Es wäre wohl am Platze, wenn diesem Beamten die nöthige Gefesgeskenntniß seitens seiner vorgesetzten Behörde beigebracht würde.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ rempelte in einer ihrer letzten Nummern den Genossen Bebel an, weil er in seiner Rede über das Duell in der Montagssitzung des Reichstags geäußert hatte, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ habe geäußert, die Sozialdemokratie wäre Gegnerin des Duells, weil sie die Keuschheit der Frau und die Waffenehre des Mannes untergraben wolle.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hätte zunächst sich mit der „Vossischen Zeitung“ auseinanderzusetzen sollen, die in einem Leitartikel am Sonnabend sich auf diese Aeußerung der „Nordd. Allg. Ztg.“ stützend, gegen das Duell polemisirte.

Vielleicht sieht sich auch die Redaktion der „Nordd. Allg. Ztg.“ mal ihre Morgennummer vom 22. Februar d. J. an, in der sie das Jitaz gegen die Sozialdemokratie finden wird.

Nur nicht gar zu frech, verechtere Kollegin.

„Nothleidende Agrarier erster Güte“. Bei einem Besuche, den Herr v. Bötticher und Herr v. Hammerstein-Lortzen in Begleitung einiger Mäße ihres Amtsbezirks der Schiffergesellschaft in Lübeck abhatten, sollen, wie die „Deutsche Tageszeitung“ mittheilt, die Herren sich in folgender Weise in das Fremdenbuch eingetragen haben: Freiherr v. Hammerstein, Landw. Minister, Nothleidender Agrarier erster Güte, den 9./IV. 96. Meyer, des vorstehenden (Landw. Min.) Gehilfs, Reich, Geh. Regierungsrath ohne Ar und Palm. Boske, desgleichen Herr v. Bötticher beschränkte sich auf die Niederschrift seines Namens und Amtstitels.

Die Reifeweise dieser hohen Beamten sind jedenfalls ebenso mäßig wie ihre Reiferverse zu Ehren des Paars Lucius-Stumm.

31 Geistliche des Saarrevisers, die der christlich-sozialen Partei nicht angehören wollen, erlassen gegen Herrn v. Stumm im „Voll“ einen scharfen Protest gegen des Scharfmachers Anspaltungen auf die Weislichkeit des Saarrevisers. „Herr v. Stumm habe es für angemessen erachtet, den Superintendenten Jillessen, den langjährigen Leiter der Synode, vor einer politischen und konfessionell gemischten Versammlung in seiner Abwesenheit wegen seiner plarramtlichen Thätigkeit in Verbit und Seelsorge auf unerhörte Weise herabzusetzen. Die unterzeichneten Geistlichen protestiren mit Unwillen gegen diese Handlungsweise, die sie als „eine Untergrabung der kirchlichen Autorität ansehen und als eine uns allen angehabene Schmähung empfinden.“

Das Scharfmachen hat seine Gefahren, denn allzu scharf macht schartig.

Das sächsische Kartell. Die sächsische Ständerversammlung zählt ohne die königlichen Prinzen in beiden Kammern 126 Mitglieder. Von diesen erlassen 109, welche den Ordnungsparteien, also den Konservativen, den Nationalliberalen und der sächsischen Fortschrittspartei angehören, am Schlusse der Landtags-Tagung die öffentliche Erklärung:

„daß sie ein Zusammengehen der staatsferhaltenen Parteien, das sich während der vergangenen Landtage auf das beste bewährt hat, auch außerhalb des Landtages allenthalben zum Wohle des sächsischen Volkes und Vaterlandes dringend geboten erachten, und gewillt sind, hierfür und für gemeinsames Eintreten dieser Parteien bei öffentlichen Wahlen zu wirken.“

Bedeutung hat diese alljährlich sich wiederholende Erklärung nicht. Daß die nun patentirten sächsischen Bourgeoisvertreter von ihren Verdiensten um das Wohl des Vaterlandes sprechen, ist eine der — Kühnheiten, über die man nach dem Feldzuge gegen das Wahlrecht des sächsischen Volkes nicht weiter erstaunt sein kann.

Eine Folge des Münchener Menage-Prozesses. Gegen die „Moosburger Zeitung“ in Niederbayern war Untersuchung eingeleitet worden, weil sie im verflochtenen Jahre behauptet hatte, den zu einer Waffentücht einberufenen Landwehrmännern sei ungenügende Menage vorgekehrt worden. Nun ist das Blatt außer Verfolgung gesetzt worden. Haben die Erfahrungen des Münchener Menage-Prozesses, bemerkt die „Frankfurter Zeitung“ hierzu, dazu veranlaßt?

Würzburg, 22. April. (Verf. Tagebl.) Der fränkische Zentrumsverein nahm eine Resolution an, in welcher die Zentrumsparthei im Reichstag aufgefordert wird, ein Gesetz einzubringen, wonach die durch ein Duell verursachten Verletzungen an Leben und Gesundheit, wie gemeine Körperverletzung bezw. wie Todtschlag und Mord bestraft werden sollen.

Straßburg i. E., 22. April. Der Landesausschuß nahm heute den Gesetzentwurf über die Gewerbesteuer in zweiter Lesung an; entsprechend dem Vorschlage der Kommission wurde entgegen der Regierungsvorlage auch die untere Steuerstufe (Betriebe mit einer Ertragsfähigkeit von 500 M.) zur Steuer mit einem Durchschnittssatz von 50 Pf. herangezogen. Durch diesen Gesetzentwurf ist die Patentsteuer in Elsaß-Lothringen gänzlich beseitigt worden.

## Oesterreich.

Wien, 23. April. Abgeordnetenhause. Bei der fortgesetzten Verathung der Wahlreformvorlage wurde der Antrag der Minorität, das allgemeine Wahlrecht zur Grundlage für die Spezialdebatte zu nehmen, in namentlicher Abstimmung mit 174 gegen 61 Stimmen abgelehnt und mit noch größerer Majorität beschlossen, in die Einzelverathung des Regierungsentwurfs einzutreten. Dagegen stimmten nur einige Junggehehen, einige Antisemiten und die Abgeordneten Kronawetter und Bernerstorfer. Ein von Steinwender eingebrachter Antrag auf Schluß der Sitzung wurde abgelehnt und die Spezialdebatte begonnen.

Die Rede Bernerstorfer's über die galizische Wirtschaft lautet nach der Wiener „Arbeiter-Ztg.“: Der Ministerpräsident ist nie informiert, und doch weiß er alles bis ins i-Züpfelchen und kennt die dunklen Geheimnisse, die in der Verwaltung Galiziens sich und dem Volke bei jeder Gelegenheit die politischen Rechte wegklamornen, zum größten Theil persönlich. Die in dem Tringlicheitsantrage geschilderten Zustände sind in Galizien seit Jahren konstant. Die epides-

mischen Krankheiten sind dort eine der beliebtesten politischen Hausmittel. Wenn man so weit geht, zu sagen, daß Verjämmlungslokal sei zu klein, hat da ein Mensch, der so etwas sagt, den notwendigen sittlichen Ernst, oder sollte man einen solchen Menschen nicht gleich spritzen? Wenn es in Galizien eine epidemische Krankheit giebt, die ganz sicher grassirt, so ist es die Volksbedrückung und der Volksbetrug, ausgeübt von der Schlachta und den politischen Behörden. Wundern muß man sich nur über das Verhalten des galizischen Volkes. Wie tief im Glend muß dieses polnische und ruthenische Volk versunken sein, daß es bisher noch nicht die Kraft gefunden hat, sich einigermaßen zu erheben. Sie dürfen dem Tage, an dem die Geschichte, gar nicht mit gutem Gewissen entgegensehen. Entweder entwickelt sich das politische Leben der radikalen Parteien ungebremmt, dann wird Ihnen das Leben saner gemacht werden, oder Sie werden noch leben können; oder Sie treiben die Wirthschaft weiter, und dann kommt der Zeitpunkt in Galizien, wo es wieder bei Ihnen brennt und Nord und Brand durch das Land ziehen werden. (Laute Rufe der Entrüstung bei den Polen.) Wenn es ein Land in Oesterreich giebt, wo das ausgebeutete Volk das Recht hat, sich gegen seine Ausbeuter zu erheben, so ist es Galizien. Fürchtet Euch, Ihr Herren von der Schlachta!

Abgeordneter Ritter v. Struzkiewicz: Wir fürchten und gar nicht!

Abgeordneter Bernerstorfer: Fürchtet Euch, daß das polnische Volk erwacht, denn Ihr seid nicht Vertreter des polnischen Volkes, sondern seine Bedrücker.

Der Präsident unterbricht den Redner mit der Mahnung, derartige Ausdrücke nicht zu gebrauchen und sich auf den Gegenstand zu beschränken.

Abgeordneter Bernerstorfer: Wir haben gestern hier eine Rede gehört...

Präsident: Eine Polemik gegen eine gestrige Rede hat doch mit dem Dringlichkeitsantrag absolut nichts zu schaffen.

Abgeordneter Bernerstorfer schließt mit der Bemerkung, man müsse sich nach den Zuständen in Galizien wundern, wie es noch heute giebt, die den Muth haben, hier aufzutreten und Phrasen zu dreheln von den Ausgabern der Kultur, dem religiösen Sinn u. s. f. Diesem unglücklichen Lande kann nicht geholfen werden, so lange die eiserne Faust dieser Schlachta auf ihm ruht.

### Ungarn.

Budapest, 23. April. Das Abgeordnetenhaus verhandelte heute über den Bericht des Immunitätsausschusses, betreffend den Befehl des Kommandanten der Ludovica-Akademie, welcher den Offizieren das Erscheinen auf der Galerie des Abgeordnetenhauses während der Verhandlungen über das Haushaltsbudget (die Honveds bilden die ungarische Landwehr, die nationale Armee Ungarns) untersagte. Der Berichterstatter Krajcsik theilt dem Hause den Beschluß des Ausschusses mit, nach welchem derselbe in dem Befehle nach den Erklärungen des Honvedministers keine Verletzung der Immunität der Abgeordneten erblickt. Abgeordneter Dobossy (Nationalpartei) erklärt, der Befehl, für welchen der Minister die Verantwortung übernommen habe, sei eine Kritik der Thätigkeit der Opposition; zu einer solchen Kritik besitze der Minister keine Kompetenz. Der Befehl sei eine Verletzung der Opposition vor der Honvedarmee. Redner bringt einen Beschlusantrag ein, welcher die Mißbilligung der Verordnung des Honvedministers seitens des Hauses auspricht. Abg. Day (äußerste Linke) hält die Souveränität des Hauses durch den Befehl für kompromittirt und empfiehlt die Annahme des Beschlusses mit einem Zusatz, welcher das Vorgehen des Honvedministers mißbilligt. Abg. Agron erblickt in dem Vorgehen des Ministers eine schwere Verletzung des Immunitätsrechtes des Abgeordnetenhauses und verlangt die Zurückziehung der Verordnung.

### Frankreich.

Paris, 23. April. Deputirtenkammer. In längerer ministerieller Erklärung kündigte Ministerpräsident Bourgeois den Rücktritt des Kabinetts an. Als die Minister nach Verlesung der Erklärung den Saal verließen, brachen die Rechte und ein Theil des Zentrums in rüchmischen Weisfall aus. Die äußerste Linke rief: „Nieder mit dem Senat.“ (Allgemeine Bewegung.) Die Minister begaben sich in das Elysee, um ihre Demission zu überreichen.

### Belgien.

Das gemeinsame Wahlprogramm der Sozialdemokraten und Radikalen umfaßt nach der „Vosk. Ztg.“ folgende Punkte:

1. Uneingeschränktes allgemeines Stimmrecht für die Gemeinde-, Provinzial- und Kammerwahlen.
2. Abschaffung der Stellvertretung und der militärischen Lotterie. Vollstrebewaffung.
3. Durchsicht des Schulgesetzes, unentgeltlicher weiblicher obligatorischer Unterricht.
4. Wahl der Bürgermeister durch die Gemeinderäthe.
5. Schaffung eines die Lage der Beamten und Angestellten regelnden Gesetzes hinsichtlich des Gehaltes und mit Gewährleistung ihrer politischen Rechte.
6. Regelung des Arbeitsvertrages, Maximum der Arbeitszeit, Wahl der Arbeitsinspektoren durch die Arbeiter.
7. Obligatorische Versicherung gegen Arbeitsunfälle und Krankheit; Pension für die alten industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiter.
8. Durchsicht des Gesetzes über die Gegenseitigkeit.
9. Uebernahme der öffentlichen staatlichen, provinziellen und gemeindlichen Dienste durch die öffentlichen Gewaltigen.
10. Abschaffung der Steuern auf die Nahrungsmittel.
11. Abgestufte Steuer auf Einkommen und Erbschaften.
12. Branntweinmonopol.
13. Regelung aller Pachtgelder durch die landwirtschaftlichen Vereine; demokratische Einrichtung des landwirtschaftlichen Kredites.
14. Reform des Jagdgesetzes.
15. Verweigerung jedes Zuschusses für den Kongostaat und für die Kongo-Handelsgesellschaften.

### Rußland.

Petersburg, 22. April. (Frankfurter Zeitung.) Von unterrichteter Seite verlautet, die Staatspolizei sei von dem russischen Geheimagenten Graf benachrichtigt worden, daß die Nihilisten einen Streich vorbereiten. Mehrere Verhaftungen sollen hier vorgenommen worden sein. Obgleich diese Mittheilung aus guter Quelle stammt, scheint es doch kaum glaublich, daß die Revolutionäre nicht den Inhalt des Krönungs-Manifestes abwarten sollten, bevor sie wieder ihre unterirdische Arbeit aufnehmen.

Nach unserer Kenntniß der Absichten der russischen Nihilisten denken sie an eine terroristische That. Falls der Nachricht der „Frankf. Ztg.“ irgend etwas Positives zu grunde liegen sollte, so kann es sich bloß um die Absicht der Polizei handeln, billige Vorbeugen zu pflegen und um den Wunsch der Umgebung des Zaren, diesen ebenso wie seinen Vater fest in Furcht und Schrecken und damit in Abhängigkeit von der Diktatur zu halten.

### Bulgarien.

Sofia, 22. April. Vor dem hiesigen Appellationshofe begann heute gegen den früheren Polizeipräsidenten Sowanow, der gegenwärtig eine vierjährige Gefängnißstrafe verbüßt, sowie gegen acht andere Angeklagte, darunter ein ehemaliger Polizeikommissar, ein Prokurator und ein früherer Untersuchungsrichter, ein Prozeß wegen ungesetzlicher Verhaftungen. Das Urtheil steht für morgen zu erwarten.

### Amerika.

Brasilien. Vor einigen Jahren tauchte der Gedanke auf, die Hauptstadt mehr in das Innere zu legen, um sie vor Handstreich von Aufständischen oder vor dem Bombardement durch eine europäische Flotte zu sichern. Dieser Plan soll, wie der „Köln. Volksztg.“ mitgetheilt wird, jetzt ausgeführt werden. Man hat sich für die Verlegung nach der ausgebeuteten Hochebene

(etwa 1000 Meter über dem Meere) von Goyaz entschieden. Das Klima soll dort so angenehm und gesund wie in Südfrankreich sein. Das Land ist fruchtbar, wasser- und holzreich.

Den Plan der Hauptstadt-Verlegung hat die brasilianische Regierung Zhiers nachgemacht, der den Sitz der französischen Regierung von Paris nach Versailles verlegte. Lange hat's nicht gedauert.

### Asien.

In Korea werden gegen die Japaner fortbauend Nordbaiten und Räubereien begangen, die Japaner können die Lage unmöglich noch lange mitansehen.

Die von den Japanern auf Formosa eingeführten neuen Steuern drohen nach englischen Mittheilungen den Zucker- und Kampferhandel zu vernichten.

Aus Singapur melden die „Times“ vom 21. April: Die Pest in Hongkong nimmt zu; es werden täglich 12 Erkrankungen gemeldet.

Aus Holländisch-Indien wird ein neuer Aufstand gemeldet. Wie das „Handelsblatt“ aus Batavia meldet, sind unter den unabhängigen Batak Unruhen ausgebrochen. Militär ist nach dem Batakland abgegangen. (Dasselbe liegt im Innern von Sumatra; die Bewohner waren bisher der holländischen Regierung treu.)

Aus Batavia wird von heute amtlich gemeldet: Auf Verlangen des Generals Petter werden bald zwei Bataillone Infanterie sowie Abtheilungen Kavallerie, Bergartillerie und Genietruppen zum Zwecke der von ihm geplanten Operationen gegen Afschin entsandt werden.

### Afrika.

Aus Sansibar wird den „Times“ von vorgestern gemeldet: Der Rebellenhäuptling M'Baruk Nzi hat sich in Mau mit 1000 Anhängern dem Gouverneur Bismann ergeben; M'Baruk wird im Süden von Tanga bleiben.

Kapstadt, 22. April. Der englische Dampfer „Queen Victoria“ stieß bei Kap Recife auf einen Felsen, wurde aber wieder abgebracht und darauf auf Grund gesetzt. Der Hinterraum und der Maschinenraum sind voll Wasser.

Kapstadt, 23. April. Die telegraphische Verbindung mit Bulawayo ist infolge Bruches des Drahtes bei Figtree (30 Meilen südwestlich von Bulawayo) unterbrochen.

## Partei-Nachrichten.

Bei den Gewerbevereins-Wahlen in Mannheim wurden in der Klasse der Arbeitervertreter die sozialdemokratischen Kandidaten mit 2179 Stimmen gewählt. Die Gegner, denen die Trauben zu hoch hingen, hatten Wahlenhaltung, beziehentlich Abgabe weißer Zettel proklamirt. Sie glaubten dadurch einen gewaltigen Effekt zu erreichen, sind aber glänzend hineingefallen, denn es wurden nur zwei weiße Zettel abgegeben. In der Klasse Unternehmervertreter brachte es die sozialdemokratische Liste auf die bedeutende Zahl von 119 Stimmen. Die Kandidaten des nationalliberalen Industrie-Vereins erhielten 380.

Das Zentral-Agitationskomitee für Sachsen besteht nach seiner Neuwahl durch die Dresdener Sozialdemokratie aus den Parteigenossen Leopold Dresdener, Georg Gradnauer und Heinrich Weyler. Die sächsischen Parteigenossen werden ersucht, sich in allen Angelegenheiten der Agitation, der Organisation, sowie der sich daraus ergebenden Kommitte mit Polizei und Justiz, soweit dieselben Bedeutung für das ganze Land haben, mit dem Zentral-Agitationskomitee in Verbindung zu setzen. Alle Zuschriften und Anfragen sind zu richten an Dr. Georg Gradnauer in Dresden, Ammonstraße 61.

Die Sozialdemokratie des Großherzogthums Hessen hielt am Sonntag in Wilhelm eine Landeskonferenz ab, die von 49 Delegirten aus 31 Orten besucht war. Erster Punkt der Tagesordnung war Stellungnahme zur Gewerkschaftsfrage. Nach eingehender Debatte wurde folgende Resolution des Genossen J. B. aus Mainz mit 22 gegen 17 Stimmen angenommen: „Die Konferenz erklärt, daß die Eroberung der politischen Macht zur Emanzipation der Arbeiterklasse unerlässlich ist, ohne dabei zu verkennen, daß auch die Gewerkschaftsbewegung von großer Wichtigkeit ist und jede Förderung derselben seitens der Parteigenossen nach Möglichkeit geschehen muß.“ Zu den Landtagswahlen und dem Verichte über die Thätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten im Landtag sprach Ulrich aus Offenbach. Nach dessen Vortrag und kurzer Debatte wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: „Die Konferenz spricht den seitherigen Landtags-Abgeordneten für ihre Thätigkeit im Landtage ihre Anerkennung und Zustimmung aus und beschließt, bei den demnächst stattfindenden Wahlen zum Landtag mit aller Kraft in die Agitation in ganz Hessen einzutreten; besonders soll dahin gehend werden, die erlassenen Mandate wieder zu erobern und die Mandate in Offenbach-Stadt und im Rhein-Hessischen, sowie im 13. Starckenburger Kreis neu zu erringen.“ Zum Delegirten für den Bonloner internationalen Arbeiterkongreß wurde Ulrich aus Offenbach gewählt. Zum Sitz des Landeskomitees wählte man Offenbach und nahm eine Aenderung der Landesorganisation dahingehend vor, daß außer dem Vorsitzenden und Kassierer des Landeskomitees, die Städte Mainz, Darmstadt und Wiesbaden je ein Mitglied zum Landeskomitee zu stellen haben. Aus Weisenau bei Mainz lag ein Antrag vor, den dortigen Arbeiter-Wahlverein nicht mehr als sozialdemokratische Organisation anzuerkennen. Ursache zu diesem Antrage bildete der Umstand, daß sich eine Anzahl leitender Personen des genannten Vereins dem evangelischen Männervereine näher gestellt haben, als sich mit dem Parteiprinzip verträgt, worauf eine noch größere Anzahl Genossen dem Verein den Rücken kehrten. Nach Anhörung beider Theile beschloß die Konferenz einstimmig, den genannten Verein nicht mehr als sozialdemokratische Organisation anzuerkennen, und daß in Weisenau eine neue gegründet werden soll.

Zur Agitation unter den Polen wir uns aus Berlin geschrieben: Mit jedem Jahre vergrößert sich die Zahl der polnischen Auswanderer (sog. Sachfänger), die von den Agenten des deutschen Kapitals als Ausbeutungsobjekte und Konkurrenten für den deutschen Arbeiter angeworben werden. Diese Heranzen der Armen passiren seit einigen Tagen in langen Karawanen Berlin, um von einem Bahnhof zum anderen zu gelangen und nach dem Bestimmungsorte verladen zu werden. Es wäre an der Zeit, die Vertrauensleute der einzelnen Wahlkreise darauf aufmerksam zu machen, daß gerade unter den Sachfängern die sozialdemokratische Agitation am notwendigsten ist, da diese Leute förmlich zum Herbs wieder in ihre Heimath zurückkehren und dort in dem äußersten Winkel des kaiserlichen Reiches des zivilisirten deutschen Staates, die Ideen des Sozialismus verbreiten werden, wenn man sie darüber hier unterrichtet hat. Um die Agitation praktisch zu betreiben, bedarf man aber vor allem Dingen polnischen Agitationsmaterials, zu welchem Zwecke Zeitungen, Flugblätter, Broschüren in polnischer Sprache vom Genossen Franz Mertowski in Berlin, Grüner Weg 41, 4 Tr., zum Herstellungspreise zu haben sind. — Es erschien vor kurzem eine polnische Broschüre unter dem Titel: „Vorsicht! Sozialdemokraten kommen!“, welche allen Anforderungen für die Agitation unter den Polen entspricht und zur Massenvertheilung bestimmt ist.

Sämmtliche Parteiblätter werden um Abdruck dieser Notiz ersucht.

### Politisches, Gerichtliches etc.

— Freigesprochen wurde vom Landgericht in Hannover der Parteigenosse Seebode aus Löhren, den das Schöffengericht wegen Verbreitung der „Kumpschau“ an einem Sonntag Morgen zu einer Geldstrafe verurtheilt hatte.

— Redakteur Rosenow vom „Beobachter“ in Chemnitz hat am 18. April die dreimonatige Gefängnißstrafe angetreten, die ihm wegen Verächtlichmachung von Staatsanwaltschaften vom dortigen Landgericht auferlegt worden ist.

— Wegen Verleumdung von Behörden in einer Rede über die schmachvolle Beeinflussung der galizischen Landtagswahlen durch den damaligen Statthalter, jetzigen Minister Baden, wurde Dr. Adler in Wien vom Bezirksgericht zu 200 Gulden Geldstrafe verurtheilt. In einem zweiten Falle erfolgte Freisprechung. Der Verurtheilte Dr. Adlers hatte zum Beweise der Richtigkeit der Behauptungen Adlers die Verlesung eines von ruthenischen Bauern an das Ministerium des Innern gerichteten Memorandums, sowie der von der ruthenischen Deputation dem Kaiser vorgelegten Denkschrift und der Vorladung der in diesen Eingaben namentlich angeführten Personen als Zeugen über die an ihnen verübten Vergewaltigungen der Ausübung ihres Wahlrechtes, ferner die Vorladung des Ministers-Präsidenten Grafen Badoer als Zeugen darüber beantragt, daß während seiner Statthaltertschaft die politischen Behörden in Galizien angewiesen worden sind, die Wahlen zu beeinflussen. Natürlich wurde der Antrag abgelehnt. Hatte man doch den Prozeß durch allerlei Schieberei dem zuständigen Geschworenengericht entzogen und vor's Bezirksgericht gebracht, um die Bader'sche Wirthschaft in Galizien vor dem sicheren Verdammnißtheil zu behüten.

## Soziale Uebersicht.

Unter dem Vorsitz des Assessors v. Schulz wurde am Dienstag, den 21. April, abends von 9 Uhr ab auf dem Berliner Gewerbegericht von den Vertretern der Konfektionäre, Zwischenmeister und Arbeiter der Herren- und Knabenkonfektion über die Schaffung eines Lohn-tariffs berathen. Den in einer früheren Sitzung gemachten Vorschlägen des Konfektionsrats Herrn Rosenbaum war inzwischen von der Fünfer-Kommission der Arbeiter eine präzisere Fassung gegeben worden und zwar so, daß bei der Berechnung der einzelnen Stücke nicht mehr als drei Positionen zur Anwendung kommen sollten, während die Konfektionäre bis zu 19 Positionen vorgeschlagen hatten. Die Konfektionäre hielten den Vorschlag der Fünfer-Kommission für undurchführbar. Die Debatte war sehr ausgedehnt. Unter Zustimmung ihrer Mandatgeber verständigten sich die Vertreter der anwesenden Gruppen schließlich dahin, daß nicht mehr als sechs Positionen bei der Berechnung der einzelnen Stücke zur Anwendung kommen sollen. Nachdem Herr Rosenbaum die Erklärung abgegeben hatte, daß nach seiner Ansicht diese Abkürzungen korrekt innegehalten werden können, wurden von den Vertretern der Arbeiter und Zwischenmeister entsprechende Vorschläge zur Schaffung des Tariffs für die Herrenkonfektion gemacht. Die anwesenden Zwischenmeister der Knabenkonfektion ließen durch den Vorsitzenden ihrer Vereinigung die Erklärung abgeben, daß sie sich nicht an der Festsetzung eines Lohn-tariffs für ihre Branche betheiligen würden; weil sie das „Mittelglied“ zwischen Konfektionäre und Arbeiter seien, überließen sie diesen beiden Gruppen die Festsetzung eines Tariffs. Der Zwischenmeister Waldheim erklärte sich dagegen, daß ein bestimmter Prozentsatz des Preises, den die Zwischenmeister vom Konfektionäre erhalten, an die Arbeiterinnen abgegeben werden soll. Die Zwischenmeister wollen dabei nach Belieben frei schalten und walten können. Das Betragen der anwesenden Zwischenmeister der Knabenkonfektion war so wenig anständig, daß Assessor v. Schulz es wiederholt rügen mußte. Die Herren Zwischenmeister der Knabenkonfektion verließen schließlich den Sitzungssaal, ohne sich an den weiteren Verhandlungen zu betheiligen.

Die Firma M. B. Rosenthal vor dem Berliner Gewerbegericht. Vor der Kammer I des Berliner Gewerbegerichts lagte am Dienstag der Schneider K. gegen die Firma M. B. Rosenthal wegen Zahlung von 9,71 M., die ihm nach seiner Ansicht nach den Vereinbarungen über die Herren- und Knabenkonfektion vom 19. Februar zu wenig ausgezahlt seien. Herr Max Rosenthal, persönlich vorgeladen, glaubt, daß nach seiner Aufstellung dem Kläger noch 31 Pf. zuviel ausgezahlt worden wären; er ist jedoch bereit, die Differenz freiwillig zu zahlen, nicht aber infolge gesetzlichen Zwanges. Der Kläger erklärte sich leider damit einverstanden, so daß eine prinzipielle Erledigung der Streitfälle der Arbeiter mit der Firma M. B. Rosenthal in dieser Sache diesmal noch nicht erreicht werden konnte. Herr Rosenthal versicherte bei der Gelegenheit noch seine Arbeiterfreundlichkeit. In allen Fällen, wo die Arbeiter, durch ihre Nothlage dazu getrieben, sich freiwillig an ihren Chef wegen einer Lohnzulage wenden, würde es gern bewilligt, aber nur durch freie Vereinbarung, nicht durch gesetzlichen Zwang. — Die Arbeiterfreundlichkeit des Herrn Rosenthal würde mehr imponiren, wenn Herr Rosenthal der von ihm seinerzeit ausdrücklich übernommenen Verpflichtung, die Vereinbarungen vom 19. Februar einzuhalten, korrekt nachkommen würde. Sein Verhalten während und nach der Lohnbewegung ist alles andere, nur nicht arbeiterfreundlich zu nennen. Wir können den Arbeitern nur raten, alle Lohn-differenzen einzufordern, nöthigenfalls vor dem Gewerbegericht einzulagen. Jedenfalls haben die Arbeiter die dringende Veranlassung, darüber zu wachen, daß die Firma M. B. Rosenthal die beim Konfektionsarbeiter-Streit getroffenen Abmachungen genau einhält.

Das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts schloß gestern die Erhebungen in der Herren- und Knabenkonfektion fort. Vernommen werden eine Anzahl Zwischenmeister und Hausarbeiter der Rod-, Paletot- und Jackett-Branche. Ein Hausarbeiter, der für die Firma Hugo Hermann u. Co. Jacketts anfertigt, giebt an, daß er täglich durchschnittlich 16 Stunden arbeitet, und durch Mißthilfe seiner Frau einen Wochenlohn von 24-27 M., wovon noch 10,15 M. für Ausgaben abgehen. Im Laufe der Verhandlungen stellte sich heraus, daß allen bei der Firma Hugo Hermann beschäftigten Arbeitern die alten Lohnbücher abgenommen und neue ausgestellt worden sind. Die Arbeiter sind der Meinung, daß ihnen dadurch der Nachweis ihrer Forderungen bei etwaigen Klagen vor dem Gewerbegericht erschwert werden soll. Diejenigen Arbeiter, welche es nicht direkt verlangen, bekommen auch nicht mehr die vollen Prozente nach den Vereinbarungen vom 19. Februar. Von dem anwesenden Vertreter der Fünfer-Kommission der Arbeiter werden die betreffenden dahin belehrt, daß sie ihren Verursachern gegenüber die Pflicht haben, darauf zu dringen, daß die vereinbarten Lohnzuschläge voll gezahlt werden; event. haben sie das Recht, die Differenzen vor dem Gewerbegericht einzulagen.

## Gewerkschaftliches.

An die Gewerkschaften Berlin! Die Vertrauensleute und Gewerkschaftsdelegirten der Gewerkschaften, welche dem Gewerkschaftsbureau die Totale, sowie die Referenzen der Vormittags-Versammlungen der Berliner Gewerkschaften am 1. Mai noch nicht gemeldet haben, ersucht Unterzeichneter, ihm unverzüglich Mittheilung zu machen. Besonders betrifft dies die Töpfer,

**Simmerer, Maurer, Vergolder, Glaser, Glasarbeiter, Glasschleifer** und die Arbeiter der Firmen-**Schilderbranche**. Mit solidarischen Gruß **R. Millarg**, Annenstr. 16.

**Betreffs der Unterstützung der Textilarbeiter in Kottbus**, die sich noch geraume Zeit nötig machen wird, sei mitgeteilt, daß die **Berliner Gewerkschaftskommission** (**H. Millarg**, Berlin SO., Annenstr. 16) selbstverständlich nach wie vor Gelder entgegennimmt.

**Alle Gewerkschafts-Delegierten in Berlin**, welche noch im Besitz von Sammelstücken für den **Stellmacher-Streik** sind, werden ersucht, dieselben sofort — ob gezeichnet oder nicht — beim **Gewerkschaftsbureau** Annenstr. 16 abzuliefern. Die **Lohnkommission** der **Stellmacher** Berlins.

**An die Maler und Berufsgegnossen in Berlin**. In der **Verammlung** vom 6. April wurde gegen einige Stimmen beschlossen, den 1. Mai wie in den vorhergehenden Jahren, so auch in diesem durch **Arbeitsruhe** zu feiern. Wir haben in unserem **Beruf** ein Vorgehen des **Unternehmertums** à la **Rühmänner** nicht zu befürchten. Es ergeht nun hiermit an die **Kollegen** der verschiedensten **Berufsklassen** das Ersuchen, sich am **Sonnabend**, den 25. April, über die **Frage** klar zu werden und dem **Unterzeichneten** mitzutheilen, ob die **Kollegen** der **Berufsklasse** einmütig die **Arbeit** am 1. Mai ruhen lassen, ob der **Unternehmer** freiwillig den **Tag** freigegeben hat, wie der **Unternehmer** heißt und wieviel **Kollegen** dort arbeiten. Wir machen gleichzeitig darauf aufmerksam, daß jeder **Kollege** die **Konsequenzen** des **Arbeiter-Freiertags** selbst zu tragen hat und daß bei etwaiger **Mäßregelung** einer **Unterstützung** seitens der **Gewerkschaft** keine **Rede** sein kann. Die **Verammlung** am 1. Mai wird **vormittags 9 Uhr**, in **Cohn's** **großem Festsaal**, **Reichstraße 20**, abgehalten. — Die **Firmen** **D. Stüwert**, **Schöneberg**, **Gothenstr. 49**, **C. Marose**, **Steg-  
lithstraße 89**, **F. Doppermann**, **Königsbergerstr. 26/27**, die den **Tarif** bereits **unterzeichnet** hatten, haben die **Unterstützung** wieder **zurückgezogen**. **Zug** nach diesen **Geschäften** ist daher **fernzuhalten**. Für die **Lohnkommission** der **Maler** Berlins: **G. Vint**, **Restaurant Stramm**, **Ritterstr. 123**.

**Die am Landtagsbau an der Prinz Albrechtstraße in Berlin** beschäftigten **Maurer** haben bis auf 3 Mann gestern morgen die **Arbeit** niedergelegt.

**Herr Emil Steinbrück** in Berlin, **Greifswalderstraße 13**, ersucht um **Beziehung** auf die in der 2. Beilage des „Vorwärts“ vom 22. April veröffentlichte **Notiz** um **Berücksichtigung** des folgenden:

„Die auf meinem Bau beschäftigten **Maurer** haben sich nicht, wie es anständig und ordnungsgemäß gewesen wäre, und wie es auch auf anderen Bauten geschehen ist, schon am **Freitag** oder **Sonnabend** mit mir oder meinem **Polier** wegen **Abkürzung** der **Arbeitszeit** in **Verbindung** gesetzt, sondern sie haben am **Montag** ganz plötzlich die **Arbeit** niedergelegt. Unter diesen Umständen und infolge dieser **Rücksichtslosigkeit** und **Berücksichtslosigkeit** habe ich meinen **Polier** angewiesen, die in solcher Weise gestellte **Forderung** unbedingt abzulehnen. Ein Teil der **Maurer**, welche inzwischen doch wohl eingesehen hatten, daß eine solche **Handlungsweise** gerade mir gegenüber unanständig sei, haben dann zu meiner **großen** **Erleichterung** am **Dienstag** freiwillig die **beinahe fertige** **Arbeit** wieder **ausgenommen** und ich habe infolge dessen die **Abkürzung** der **Arbeitszeit** freiwillig bewilligt. Ich hätte das auch am **Montag** gethan, wenn mir die Leute während der **Arbeit** ihre **Forderung** in **anständiger** **Weise** **vorgetragen** hätten.“

Ich bin überzeugt, daß jedermann diesen meinen **Standpunkt** billigen wird und bemerkt, daß mein **Polier** **Niederkeit** auf meinen **ausdrücklichen** **Befehl** **gehandelt** hat.“

**Achtung, Banarbeiter Berlins und Umgegend!** Hiermit sei nochmals **erinnert** auf den **Verammlungsbeschluss** vom 19. April verwiesen, wonach jeder **arbeitende** **Kollege** im **Altkord** 1,50 M. und im **Lohn** 50 Pf. pro **Woche** durch den **Baudeputierten** an die **Lohnkommission** zur **Unterstützung** **ausständiger** **Kollegen**, die durch den **Maurerstreik** in **Mitleidenschaft** **gezogen** sind, abzuführen hat. **Kollegen**, es wird erwartet, daß Ihr **Gut** **gegebenes** **Wort** nun auch zur **Tat** **macht**. Die **Lohnkommission**. **J. A. Karl**, **Verebder**, **Faldensteinstr. 17**.

**Gewerbe-Ausstellung**. Die **Maurer** der **Firma** **Feldt** u. **Frank** beschließen gestern **Abend**, heute, **Freitag** früh die **Arbeit** auf der **Gewerbe-Ausstellung** **niederzulegen**, bis die **Firma** die **Forderungen** bei dem **Dom**, bei dem **Landtagsbau** und allen übrigen **Bauten** **bewilligt** hat. Die **Firma** **Gertl** u. **Dannenberg** hat gestern **Vormittag**, 11 Uhr, die **Forderungen** auf **sämtlichen** **Bauten** **bewilligt**. Die **Firma** **Pumpium** hat ebenfalls **bewilligt**.

**Achtung, Konditoren, Pfefferkuchler und verwandte Berufsgegnossen in Berlin**. **Sonnabend**, den 23. April, **abends** 8 Uhr, **große** **öffentliche** **Verammlung** bei **Zubeil**, **Lindenstraße 106**. Näheres morgen durch **Inserat** im „Vorwärts“. Die **Agitationskommission**.

**Die Schuhmacher Nixdorfs** stehen im **Streik**. **Zug** ist **fernzuhalten**. **Alle** **arbeitsfreundlichen** **Blätter** werden um **Abdruck** **gebeten**. **Verein** **deutscher** **Schuhmacher**, **Filiale** **Nixdorf**.

**Aus Forst** in der **Niederlausitz** wird gemeldet, daß eine **Verammlung** von **Textilarbeitern** und **Arbeiterinnen** beschlossen hätten, unter **Hinweis** auf den **Kottbusser** **Ausstand** folgende **Forderungen** an die **Fabrikanten** zu stellen: **Arbeitsdauer** nur **Tag** von 6 Uhr früh bis 7 Uhr **abends**, 15-minütige **Mittagspause**, **Herbeiführung** **gesunden** **Wassers** in den **Fabriken**, **Aufbesserung** der **Löhne** für **Stundenarbeiter**, **Ausruher**, **Fabrikarbeiter** und **Krempelinnen**, **humane** **Behandlungsweise**.

Die **Forster** **Textilarbeiter**, die sich bei der **Unterstützung** der **Kottbusser** **Berufsgegnossen** durch **große** **Opferwilligkeit** ausgezeichnet haben und **vortrefflich** **organisiert** sind, werden **sicherlich** das **Interesse** der **deutschen** **Textilarbeiter** auch bei der **Durchführung** ihrer **eigenen** **Lohnbewegung** nicht aus dem **Auge** verlieren und deshalb ihre **Lohnbewegung** so führen, daß sie des **Sieges** **gewiß** sind. Was die **Fabrikanten** betrifft, so zeigt diesen das **Beispiel** **Kottbus**, **wohin** es **führt**, wenn man das **selbstverständliche** **Recht** des **Arbeiters**, über die **Arbeitsbedingungen** mit zu **bestimmen**, **mischachtet** und die **Rolle** des **Diktators** spielen will, die sich die **ausgeklärte** **heutige** **Arbeiterschaft** nun und **nimmer** **mehr** **gefallen** läßt.

In **Rathenow** ist es zwischen den **Unternehmern** und **Arbeitern** der **optischen** **Industrie** leider zu **keiner** **Einigung** gekommen. **Über** 100 **Wirkliche** und **Pincenezmacher** haben die **Arbeit** **niedergelegt**. **Unterstützungen** sind an **H. Wode** in **Rathenow**, **Jägerstr. 49**, zu **senden**.

In **Landberg a. W.** ist es wegen der **neuen** **Polizeiordnung** über das **Droschkenwesen** nun doch zum **Streik** der **Droschkenkutscher** gekommen. Sie glauben sich besonders durch die **Bestimmungen** **benachteiligt**, die sich auf die **Zahl** der auf den **Halterplätzen** zulässigen **Droschken**, **ferner** auf die **Stellung** von **Nachdroschken** und auf die **Vorherbestellung** von **Fahrten** beziehen.

Die **Polizeibehörden** können doch solchen **Differenzen** sehr leicht dadurch **vorbeugen**, daß sie vor **Erlaß** ihrer **Bestimmungen** den **Droschkenkutschern** **Gelegenheit** geben, sich über die **beabsichtigten** **Veränderungen** zu **äußern**.

Die **Wachdrucker** in **Frankfurt a. M.** haben der die **Leipziger** **Abmachungen** **als** **retirenden** **Resolution** der **Gauvorstände** **gleichfalls** **zugestimmt**.

In **Vielefeld** dauert der **Ausstand** der **Arbeiter** der **Dürkopp'schen** **Fabrik** (**Vielefelder** **Maschinenfabrik** **vorm. Dürkopp u. Co.**) **unverändert** **fort**. **Unterstützungen** sind **bringend**

**notwendig** und zu **senden** an **Bruno** **Schumann** in **Vielefeld**, **Schulstraße**. **Besonders** werden die **Metallarbeiter** **Deutschlands** um **thätigste** **Hilfe** **hiermit** **angegangen**.

**Sämtliche Arbeiterinnen** der **Holzschraubensabrik** von **Falkenroth** und **Kleine** in **Schwelm** i. W. haben die **Arbeit** **eingestellt**. Sie **erzählen**, den **Zug** **fern** zu **halten**.

Die **Baunternehmer** **Kassels** haben beschlossen, den **Forderungen** der **Freiwilligen** **Maurer** **nicht** **nachzugeben**; für **jeden** **Ubertretungsfall** verpflichteten sie sich zur **Zahlung** einer „**eintragbaren**“ **Konventionalstrafe** von 500 M. Dem **Einigungsamt** des **Gewerbegerichts** die **Entscheidung** über die **Differenzen** mit den **Arbeitern** zu **überlassen**, lehnten die **Baunternehmer** ab. **Gefähr** wurden diese **Beschlüsse** **bezeichnenderweise** im **Evangelischen** **Vereinshaus**, **also** in einem **Vokal**, wo **gewiß** **viel** von der **christlichen** **Mächstenliebe** gesprochen wird. Daß die **Androhung** einer **Konventionalstrafe** eine **Verletzung** des § 153 der **Gewerbeordnung** **ebenso** **bedeutet**, wie nach **neuerer** **Rechtsprechung** es schon eine **strafbare** **Bedrohung** sein soll, wenn eine **Gewerkschaft** in **parallelen** **Fällen** ihren **Mitgliedern** den **Ausschluss** **ankündigt**, weshalb schon aus diesem **Grunde** die **Konventionalstrafe** **nicht** **eintragbar** ist, versteht sich von selbst. Weiter haben die **Baunternehmer** die **Gebörden** und **Privaten** um **Verlängerung** der **Austristen** **ersucht**. Ob die **Bedrohungen** dem **dreifachen** **Annehmen** **folge** **geben** werden, bleibt **abzuwarten**.

Über den **Stand** des **Streiks** berichtet das **Volkblatt** für **Hessen**: **Vor** **Ausbruch** des **Streiks** waren in **Kassel** circa 1200 **Maurer** **beschäftigt**. **Davon** sind bis **Sonnabend** **Abend** **um** 500 **abgetreten**. 104 **arbeiten** zu den **neuen** **Bedingungen**. **Zu** **unterstützen** waren am **Sonnabend** **um** 300 **verheiratete** und 200 **ledige** **Streikende**. 64 **Maurer** **betheiligten** sich **nicht** an der **Bewegung**, sondern **arbeiten** zu den **alten** **Bedingungen** **weiter**. **Von** 54 **Unternehmern** **insgesamt** **haben** 10 **bewilligt**.

Es geht das **Gerücht**, daß die **Unternehmer** **Arbeitskräfte** aus **Hannover** und **anderen** **Orten** **kommen** **lassen** **wollen**. Die **Maurer** **Kassels** **erzählen** deshalb die **auswärtigen** **Berufsgegnossen** um **strenge** **Vermeidung** des **Zugs**.

Der **Streik** der **Kaffeeverleferinnen** bei der **Firma** **Studen** u. **Andresen** in **Altona** ist durch **Vergleich** **beendet**. Die **während** des **Streiks** **verhafteten** **Arbeiterinnen** sollen **jedoch** **nicht** **wieder** **eingestellt** **werden**.

Auch die **Jimmerer** **Dresdens** **klagen**, wie die **Leipziger**, über **Zug**. Ihr **Kampf** um den **Zechnstundentag** wird **dadurch** **sehr** **erschwert**.

Die **gleiche** **Beschwerde** **erheben** die **streikenden** **Jimmerer** **Dortmunds**.

Der **Streik** der **Holzbildhauer** und **Kehler** in **Stuttgart** dauert **fort**; ein **Teil** der **Möbelsabrikanten** hat die **Forderungen**, **nennhündige** **Arbeitszeit** und 10 pSt. **Lohn** **erhöhung** **bewilligt**.

Vom **Weber** - **Ausstand** im **belgischen** **Bezirk** **Verpierre** sind, wie die **„Abln. Zeitung“** **mitteilt**, **jezt** 45 **Fabriken** **betroffen**. Bei der **größten** **Firma**, **Pelher**, hat infolge **angedrohter** **Entlassung** **angeblich** ein **Viertel** der **Weber** die **Arbeit** **wieder** **ausgenommen**.

## Gerichts-Zeitung.

**Gegen** **unseren** **Parteigenossen** **Stadtverordneten** **Schröder** in **Spandau** ist **Anklage** wegen **Gotteslästerung** **erhoben** **worden**, die er **angeblich** in einem **Vortrage** über **Volkserziehung** **gedeuert** **haben** **soll**. **Verhandlungstermin** **steht** **am** 16. **Mai** **vor** dem **Landgericht** II **Berlin** **an**.

Die **Widmung** des **Stadtverordneten** **Fahrenkrug** in **Spandau**. Die **Differenzen**, welche in der **Spandauer** **Stadtverordneten-Verammlung** zwischen den **Vertretern** der **Arbeiterpartei** und den **bürgerlichen** **Parteien** seit **langer** **Zeit** **bestehen** und **gewissermaßen** **akt** **geworden** sind, spielten in einem **Privat-  
Beleidigungs-Prozess** **hübler**, der **gestern** **vor** der **vierten** **Stadtkammer** **am** **Landgericht** II **verhandelt** **wurde**. Der **Stadtverordnete** **Müch** hatte in der **Sitzung** der **städtischen** **Behörde** am 10. **Oktober** 1895 **gegen** den **Superintendenten** **Hensel** den **Vorwurf** **erhoben**, daß dessen **Mutter**, für die der **reichdotierte** **Sohn** **nicht** **forge**, **Armen-Unterstützung** **erhalten** **habe**. Diese **Behauptung** führte eine **große** **Erregung** der **Verammlung** **herbei**. **Nach** der **Sitzung** **hat** der **Stadtverordnete** **Fahrenkrug** zu einem **Kollegen** **gesagt**: „**Könnst** **Ihr** **denn** **dem** **Lämmel** **das** **Raul** **nicht** **knöpfen**? **Der** **gehört** **gar** **nicht** **in** **die** **Verammlung!**“ Diese **Äußerung** wurde **Müch** **hinterbracht**. **Zu** der **nächsten** **Verammlung** am 17. **Oktober** **fährte** **Stadtverordnete** **Fahrenkrug** **gelegentlich** **aus**: **Müch** **will** **über** **die** **Gelder** **der** **Stadt** **disponieren** **und** **kann** **nicht** **einmal** **über** **seine** **eigenen** **Gelder** **disponieren!** In diesem **Satze** lag eine **Anspielung** **darauf**, daß **Müch** **im** **Mat** **vorigen** **Jahres** **den** **Offenbarungseid** **geleistet** **hat**. **Müch** **befürchtete** **darauf** **den** **Weg** **der** **Privatklage**. Das **Spandauer** **Schöffengericht** **hatte** **am** 6. **März** **über** **diesen** **Privatstreit** **zu** **entscheiden**. **Zuletzt** **nahm** **an**, daß **Müch**, der sich als „**sozialdemokratischer** **Stadtverordnete**“ **bekannt** **habe**, zu **provokieren** **suche** **und** **das** **auch** **durch** **jenen** **Vorwurf** **gegen** **den** **Superintendenten** **Hensel** **gethan** **habe**, der sich als **unbegründet** **erwiesen** **habe** und **nur** **durch** **den** **dafür** **bestraften** **Vertrauensbruch** **eines** **Magistratsbeamten** **zu** **seiner** **Kenntnis** **gelangt** **sei**. Dem **Beklagten** **siehe** **unzweifelhaft** **der** **Satz** **des** § 193 **des** **Strafgesetzbuchs** **zu**, da derselbe in **Wahrnehmung** **berechtigter** **Interessen** **handelte**, wenn er die **Würde** **des** **Stadtverordneten-Kollegiums** **zu** **wahren** **suchte**. Wenn **auch** **gegen** **die** **Form** **gefehlt** **sei**, so **mißte** **doch** **der** **berechtigte** **und** **begründete** **Erregung** **Rechnung** **getragen** **werden**, **weshalb** **für** **beide** **Beleidigungen** **nur** **auf** **eine** **Geldstrafe** **von** 10 **Mark** **erkannt** **worden** **sei**. **Gegen** **dieses** **Urteil** **legte** **der** **Privatkläger** **Müch** **Verufung** **ein**, weil ihm die **gegen** **Fahrenkrug** **erkannte** **Strafe** **zu** **niedrig** **erschien**. In der **gestrigen** **Verhandlung** **suchte** **Müch** **die** **Begründung** **des** **ersten** **Urteils** **als** **hin-** **fällig** **darzustellen**; er **betrifft**, daß eine **Wahrnehmung** **berechtigter** **Interessen** **in** **Wahrung** **der** **Würde** **der** **Verammlung** **voll-** **liege** — **denn** **dazu** **sei** **der** **Vorsitzende** **da** — **und** **beantworte** **eine** **höhere** **Strafe**. Die **Stadtkammer** **stellte** **sich** **lediglich** **auf** **den** **Standpunkt** **des** **Vorderrichters**, der **Satz** **des** § 193 **sei** **mit** **recht** **zugelassen**, und da die **Beleidigungen**, **soweit** **dieselben** **gegen** **die** **zulässige** **Form** **verstoßen**, **unzweifelhaft** **in** **großer** **Erregung** **gesfallen** **seien**, so **rechtfertigte** **sich** **eine** **geringe** **Strafe**. Die **Verufung** **wurde** **daher** **auf** **Kosten** **des** **Privatklägers** **verworfen**.

Der **Wucherverzehr** **gegen** **den** **Kaufmann** **Josef** **Labaschin** **beschäftigte** **gestern** **zum** **zweiten** **Male** **die** **vierte** **Stadtkammer** **des** **Landgerichts** I. Die **Anklage** **war** **ursprünglich** **aus** **grund** **einer** **ganzen** **Reihe** **von** **Geldgeschäften**, die die **Anklagebehörde** **als** **Wuchergeschäfte** **ansah**, **erhoben** **worden**, bei der **aus-** **gedehnten** **Verhandlung** **im** **April** **v. J.** **vermochte** **der** **Beichtschöf** **aber** **nur** **vier** **Fälle** **des** **Wuchers** **festzustellen**. Die **vierte** **Stadtkammer** **urteilte** **am** 10. **April** **v. J.** **Labaschin** **wegen** **gewerbs-** **und** **gewohnheitsmäßigen** **Wuchers** **zu** **neun** **Monaten** **Gefängnis** **unter** **Verrechnung** **von** **sechs** **Monaten**, **ferner** **zu** 1500 **M.** **Geldstrafe** **event.** **noch** 150 **Tage** **Gefängnis** **und** **zwei** **Jahren** **Exzess**. **Auf** **die** **vom** **Justizrat** **Herzog** **und** **Rechtsanwalt** **Dr. Schönseld** **eingelegte** **Revision** **hat** **das** **Rechtsgericht** **von** **den** **vier** **Fällen** **nach** **zwei** **ausgeschieden**, da bei dem **einen** **das** **Vorliegen** **einer** **Nothlage** **bedeutend** **schien**, während in dem **andern** **der** **von** **dem** **Angeschuldigten** **bei** **dem** **Geschäft** **erzielte** **Verlust** **nicht** **in** **ausreichendem** **Verhältniß** **zu** **der** **gewählten** **Bestrafung** **stand**. Da die **alsdann** **nach** **verlesenden** **zwei**

**Fälle** **nicht** **ohne** **weiteres** **den** **Thatsbestand** **des** **gewohnheits-** **mäßigen** **Wuchers** **festzustellen** **geeignet** **sind**, so **hat** **das** **Rechts-** **gericht** **das** **erste** **Erkenntnis** **aufgehoben** **und** **die** **Sache** **zur** **anderweiten** **Verhandlung** **an** **die** **Vorinstanz** **zurück** **verwiesen**. Die 4. **Stadtkammer** **kam** **gestern** **nach** **mehrfachiger** **Verhand-** **lung** **zur** **Verurteilung**, da sie es für **notwendig** **hielt**, in dem **einen** **der** **zur** **Anklage** **stehenden** **Fälle** **den** **dem** **Angeschuldigten** **zu-** **gefallenen** **Gewinn** **durch** **einen** **Sachverständigen** **genau** **be-** **rechnen** **zu** **lassen**.

**Eine** **Duellprüfung** **vor** **Gericht**. **Wegen** **Herausforderung** **zum** **Duellkampf** **hatte** **der** **Cand. phil.** **Franz** **Philipp** **und** **wegen** **der** **Annahme** **der** **Herausforderung** **der** **Student** **Ludwig** **Frank** **vor** **der** **3. Stadtkammer** **am** **Landgericht** I **zu** **verant-** **worten**. **Veranlassung** **zu** **der** **Herausforderung** **hatte** **folgendes** **gegeben**: **Am** 8. **November** **v. J.** **feierte** **der** **Sozialwissenschaft-** **liche** **Verein** **seine** **Eröffnung** **durch** **einen** **Konkurs**, während dessen der **Oberlieutenant** **von** **Gidy** **als** **Gast** **eine** **Rede** **hielt**. Die **Ansichten**, die der **Redner** **über** **das** **Studententum** **äußerte**, **mißfielen** **neben** **anderen** **Zuhörern** **auch** **dem** **ersten** **Angeschuldigten**, der **auf** **der** **Gallerie** **ziemlich** **allein** **sah** **und** **betrunknen** **war**. **Das** **Wort** **des** **Philipp**, das **besonders** **deutlich** **zu** **vernehmen** **war**, **veranlaßte** **den** **zweiten** **Angeschuldigten** **als** **zweiten** **Vorsitzenden** **des** **Vereins**, **das** **Wort** **zu** **ergreifen** **und** **sein** **Bedauern** **auszudrücken**, daß ein „**befohener** **Bube**“ die **Festrede** **und** **die** **Rede** **des** **Gastes** **gestört** **hat**. **Dies** **bezog** **Philipp** **auf** **sich** **und** **als** **Frank** **die** **Jurücknahme** **der** **Beleidigung** **verweigert** **hatte**, **schickte** **er** **ihm** **durch** **seinen** **ungenant** **gebliebenen** **Kartellträger** **die** **Forderung** **auf** **Säbel** **ohne** **Studen** **und** **Bandagen**. **Frank** **nahm** **die** **Forderung** **an**, **erbat** **sich** **aber** **eine** **vorherige** **6** **monatliche** **Pauszeit** **zur** **Uebung**. **Nacht** **Tag** **vor** **dem</**

## Reichstag.

75. Sitzung vom 23. April 1896, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Bötticher, v. Berlepsch. Die gestern abgebrochene Besprechung der Interpellation v. Anteußel, betreffend den Betrieb der Bäckereien wird fortgesetzt.

**Abg. Viehhaber (Reform-P.):** Das Deutsche Reich kann sich nur dann erhalten, wenn es einen breiten wohlhabenden Mittelstand als Grundlage hat. Die Regierung hat mit ihren Bestrebungen am falschen Ende angefangen, denn die Beschäftigten im Handwerk sind die gesunden, vielleicht ebenso gesund wie die in der Landwirtschaft. Die Beschwerden der Fabrikarbeiter richten sich gegen die Art ihrer Arbeit; sie verlangen geistige Thätigkeit. Die Sozialdemokratie hat ihre Anfangsperiode hinter sich; sie hat gewisse Anerkennung erlangt und nun verlangen die Arbeiter auch etwas Statistisches, während die Führer noch immer in der Kampfperiode stehen. (Präsident v. B. u. l. bemerkt dem Redner, daß sich die Besprechung nicht auf die Sozialdemokratie, sondern auf den Bäckereibetrieb bezieht. Weiterkeit.) Wenn der Bundesrath arbeiterfreundlich sein will, dann hätte er an die Eisenbahn- und Postbeamten denken können; man hätte nicht auf die Bäcker als Versuchsojekt verfallen sollen, an sie hätte man zuerst denken sollen. Durch das Vorgehen der Regierung ist das Einvernehmen der Bäckermeister und Bäckergesellen gefährdet worden. Die Hälfte der Bäckergesellen ist gegen die Neuregelung. Wenn Mischstände im Bäckergewerbe vorhanden sind, so hätte man den Bäckern selbst eine Organisation geben müssen, denn die Beamten können die Verhältnisse des Gewerbes nicht übersehen. Die haarsträubenden Dinge, welche Herr v. Bötticher vorgebracht hat, haben sich bei näherer Erlundung zum theil als unrichtig herausgestellt. Die vernommenen Bäckergesellen sind von den Gesellen selbst gewählt worden; es sind bekannte Agitatoren darunter, und sogar unter den Bäckermeistern, die vernommen sind, befindet sich auch einer, der für einen sozialdemokratischen Konsumverein arbeitet. Die Sozialdemokratie bekämpft die Bäcker deshalb, weil bei den Bäckereinnahmen allein die Gesellen einen Gesellenausschuß gewählt haben, während sonst die Sozialdemokraten eine solche Wahl zu verhindern gewünscht haben. Die Bäckergesellen haben gar nicht gewußt, wie schlecht ihre Lage ist; jetzt, wo der Bundesrath für sie eintritt, müssen sie es beinahe glauben. Redner bleibt dabei, daß am falschen Ende angefangen sei, man hätte bei der Post- und Eisenbahn-Verwaltung anfangen müssen, wo die Zustände viel schlimmer sind. Der Bundesrath sollte diese Verordnung sobald als möglich wieder aufheben. (Beifall rechts.)

**Abg. Richter (fr. Sp.):** Wir haben diese hochwichtigen Debatten vorausgesehen, als § 120e gemacht wurde, wir haben demselben nicht zugestimmt, obwohl wir der Meinung waren, daß für manche Gewerbe ein Maximalarbeitszeitgesetz notwendig sei. Wir hielten aber solche allgemeine Vollmachten für nicht vereinbar mit dem konstitutionellen System. Unser Vertreter, Herr Gutfleisch, hat verlangt, daß solche Verordnungen wenigstens dem Reichstage zur nachträglichen Genehmigung vorgelegt werden müßten, damit dieser sie außer Kraft setzen könne; denn wirtschaftliche und gesundheitliche Verhältnisse spielen vielfach in einander über, daß man sie nicht auseinanderhalten kann. Die Kommission für Arbeiterstatistik hat sich jedes Urtheils darüber enthalten, ob § 120e Anwendung finden könne. Auch mir scheint es nicht ganz sicher zu sein, ob § 120e anwendbar ist. Der Handelsminister meinte, daß der Bundesrath zu einer solchen Verordnung verpflichtet sei, wenn die Voraussetzungen vorliegen. Das ist nicht richtig. Es heißt nur: der Bundesrath kann eine solche Verordnung erlassen, und es bleibt ihm vorbehalten, ob er dazu die Form eines Gesetzes oder einer Verordnung wählt. Die Kritik des Reichstages hat ergeben, daß die Verordnung als Gesetz hier keine Zustimmung finden würde. Unter diesen Umständen wird die Ausführung der Verordnung sehr schwierig sein, da auch die Interessenten sich vielfach dagegen erklärt haben. Da wäre eine parlamentarische Verhandlung angebracht gewesen. Allerdings haben mehrjährige Verhandlungen von der Kommission für Arbeiterstatistik stattgefunden; aber diese Verhandlungen kommen nur einem kleinen Kreise von Personen zur Kenntnis. Das Verordnungsrecht darf niemals soweit gehen, daß das Gesetz abgeändert wird; das geschieht aber durch die Verordnung in Bezug auf die Sonntagsruhe. Die Gewerbe-Ordnung spricht davon, daß der Bundesrath Anfang, Ende und Dauer der Arbeitszeit bestimmen könne. Es ist zweifelhaft, ob er Minimalarbeitszeit festsetzen kann. Jetzt treten die Agrarier für die Bäcker ein, obgleich sonst darüber geflagt wird, daß die bösen Bäcker die Verbittung des Brotes verhindern; denn reichen Bäcker sollten die harten Qualen aus der Tasche fallen, wenn man nur darauf klopfte. Wenn wir uns in dieser Weise für ein Gewerbe einlegen würden, würde man uns mancherlei Gesinnung vorwerfen; jetzt scheinen Sie (rechts) selbst dem Bestreben, fortwährend in das Erwerbsleben einzugreifen, eine Grenze setzen zu wollen. Wir sind nicht Gegner eines staatlichen Eingriffes, es soll uns nur immer der Nachweis der Nothwendigkeit dazu erbracht werden. Die Sozialdemokratie betrachtet freilich jeden solchen Eingriff als Uebergriff zum sozialistischen Staat. Da wir in der Sache nichts zu sagen haben, so ist es bedenklich darüber zu reden.

Ich will mich und meine Parteigenossen keineswegs auf die Einzelheiten festlegen. Daß für eine große Anzahl von Betrieben die Maximal-Arbeitszeit schon besteht, ist nicht entscheidend. Daß der Betrieb unter Kontrolle gestellt wird und daß dadurch Streitigkeiten entstehen, ist maßgebend. Durch solche Zwangsbestimmungen verhindert man, daß die Unternehmer freiwillig Verbesserungen in ihrem Betriebe vornehmen. Man hätte die Bäcker nicht verleiten sollen, ihr Heil im Zwangszwange und Beschäftigungswachthaus zu suchen, wodurch nur neue Erschwerungen geschaffen werden gegen ein richtiges Vorgehen. Wenn eine 16 stündige Arbeitszeit noch zulässig ist, dann hätte man sich doch darauf beschränken sollen, die achtstündige Ruhezeit festzulegen. Durch die Ausnahmeregelungen ist die Verordnung so kompliziert geworden, daß die Beteiligten den Inhalt derselben nicht behalten können.

**Abg. Graf Bismarck (d. l. Fr.):** Die Interpellation ist gestellt worden wegen der gesetzlichen und wirtschaftlichen Bedenken. Ich würde darüber nicht mehr sagen können als der Redner, dessen von Ueberlegung und Sachkenntnis zeugende Ansichten ich vollständig theile. (Hört, hört! rechts.) Der Maximalarbeitszeitgesetz muß schließlich zu einem Normalarbeitszeitgesetz führen. Mit großem Recht hat Abg. Werbach hervorgehoben, daß überhaupt zu viel reglementirt wurde. Er hat auf den Adenaußschuß und die Uebertragung der Sonntagsruhe hingewiesen. Auf dem Lande können Sie sehen, wie beunruhigend groß die Unzufriedenheit darüber ist. Auch die „Post“ hat sich dagegen in einem ziemlich frommen Artikel ausgesprochen. Ganz recht hat der Redner darauf aufmerksam gemacht, daß kein Gewerbe sich mehr sicher fühlt gegen staatliche Eingriffe. Deshalb sollte man in diesen Dingen doch lieber den Reichstag befragen. Daß diese

Verordnung im gesundheitlichen Interesse nothwendig sei, ist nicht haltbar. Ich habe aus meinem Wahlkreise ein Schreiben bekommen von einer Junger, in welchem ich gebeten werde, gegen die Verordnung einzutreten. Redner verliest die Zuschrift gegen die Verordnung, die auf die Sozialdemokratie zurückgeführt wird. Nicht nur Meister, sondern auch Gesellen sprechen sich gegen die Verordnung aus. Das ist auch leicht zu verstehen; denn die Gesellen wollen Meister werden.

Vom Bundesrathstische ist gesagt worden: Man gewöhne sich an alles. Der Eindringliche und der Einarmige gewöhnt sich schließlich auch an sein Auge und seinen einen Arm, aber niemand wird sich deshalb freiwillig der Verkrüppelung aussetzen. Es liegt keine Befürchtung bezüglich der Gesundheit vor und das wäre der einzige Anlaß zur Einführung eines Maximal-Arbeitszeitgesetzes. Man hätte also lieber warten sollen. Die beste Regelung wäre die freiwillige seitens der Interessenten selbst. Ich schließe mich dem Bedauern an, daß die Vorlage über die Handwerkerorganisation immer noch nicht eingebracht ist. Herr Bebel sagte neulich: Wir leben nur von Ihren Fehlern. Ich kann die Meinung nicht unterdrücken, daß es sich hier um einen solchen Fehler handelt, und deshalb kann ich nur meine Stimme mahndend erheben und die Regierung bitten, auf diesem Wege nicht weiter vorzugehen. (Beifall rechts.)

**Minister v. Berlepsch:** Der Unterschied zwischen den Parteien und der Regierung ist der, daß wir auf dem Boden der Gesetze stehen bleiben, während die Parteien gegenüber der Gewerbe-Ordnung den Rückzug antreten. (Zustimmung im Centrum und bei den Sozialdemokraten.) Heute wird der Maximalarbeitszeitgesetz als verwerflich bezeichnet (Sehr richtig! rechts); damals würden dieselben Parteien „sehr unrichtig“ gesagt haben. Der hygienische Redner damals als nicht genügend bezeichnet, sondern es wurde der allgemeine Maximalarbeitszeitgesetz gefordert. (Hört, hört! links.) Warum wundern Sie sich, daß die Regierungen auf ihrem Standpunkt stehen bleiben? Das scheint mir eine Inkonsequenz zu sein. Wenn die Abgeordneten ihre Meinung wechseln, so haben die Regierungen keinen Anlaß dazu. (Sehr richtig! bei den Soz. und im Centrum.) Man hat davon gesprochen, daß kein Gewerbe mehr sicher sei vor Eingriffen. Man hat der Kommission für Arbeiterstatistik gestern vorgeworfen, daß sie sich mit der Konfektionsindustrie beschäftigt. Haben Sie denn vergessen, daß der Reichstag unisono auf diesem Gebiet ein Einschreiten verlangt hat? (Sehr richtig! links.) Und jetzt macht man uns einen Vorwurf daraus, daß die Kommission mit Ermittlungen beauftragt wird. Es handelt sich darum, die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung auszuführen. Schöne Paragraphen machen genügt nicht, wenn man nachher die Ausführungen immer durchkreuzen will. Eine Änderung wird hier nicht eintreten. Solange ich einen Finger rühren kann, wird die Regierung nicht umkehren.

Ueber die Ausbeutung der jugendlichen und weiblichen Arbeitskräfte in den Ladengeschäften ist viel gesagt worden. Wie geholfen werden kann, bleibt dahin gestellt. Im Wege der Verordnung kann der Bundesrath nicht die Verhältnisse des Handelsgewerbes regeln; da kommen Sie heran, meine Herren, da muß der Reichstag gefragt werden. Ebenso liegt es mit dem Verlehrs-gewerbe. Aber alles, was angefaßt wird, kommt doch nicht überraschend; es ist alles angefaßt worden bei der Novelle zur Gewerbe-Ordnung. Bei den damaligen Verhandlungen sind die Gewerbe, bezüglich deren Mischstände vorliegen, schon bezeichnet worden. Man hat die Regelung der Frage nur zurückgestellt.

Man meint, die Verordnung sei am grünen Tisch gearbeitet. Was heißt das? Wenn man eine über zweijährige gründliche Arbeit und eingehende Vernehmungen von Auskunftspersonen vorhergehen läßt, dann kann man doch nicht mehr vom grünen Tische sprechen. Dann müßten Sie ja verlangen, daß die Regierung aus Bäckern bestünde. (Weiterkeit.) Sobald den Interessenten etwas nicht paßt, dann heißt es: Das kommt vom grünen Tische! Die Gründlichkeit der Vorarbeiten ist von allen Seiten, auch von den Bäckermeistern anerkannt worden. Um eine grundsätzliche Frage handelt es sich hierbei überhaupt nicht; der Grundfah ist abgemacht worden beim § 120e, die rechtlichen Bedenken gegen die Verordnung sind nicht zureichend und eine Gefährdung der kleinen Bäckereien liegt nicht vor.

**Abg. Köpcke (niddliberol):** Wunderbar ist es, daß die konservative Partei für die Bäcker eintritt und dem Vorgehen des Bundesrathes widerspricht, obgleich sie sonst die die Gewerbe-Ordnung rückwärts revidirenden Vorlagen der Regierung noch verschärft. Wunderbar ist es auch, daß Graf Bismarck sich mit Herrn Richter in Uebereinstimmung befindet. Graf Bismarck folgt nur dem Beispiel seines Vaters, der sich auch gegen jede Einschränkung der Arbeitszeit ausgesprochen hat. Grundsätzlich haben sich die Freiwillichen nicht gegen § 120e ausgesprochen; sie wollten nur, daß die Verordnung dem Reichstage zur nachträglichen Genehmigung vorgelegt werden solle. Damals wurden auch alle diejenigen Betriebe, welche in erster Linie betroffen werden sollen, gerade die Bäckerei und die Mälerei genannt. Redner hält die Verordnung, gegen welche rechtliche Bedenken nicht vorliegen, für nothwendig, weil die Arbeitszeit im Bäckergewerbe sehr lang ist, weil die Arbeit in die Nacht fällt und weil an ihr zahlreiche jugendliche Arbeiter theilhaftig sind. Ohne Schädigung einzelner Interessen ist eine Sozialpolitik unmöglich. Die verbündeten Regierungen haben nur ihre Pflicht gethan, indem sie mit dieser Verordnung die bestehenden Vorschriften ausgeführt haben.

Damit schließt die Debatte. Persönlich bemerkt **Abg. Bebel:** Der Herr Graf Bismarck hat sich auf eine Aeußerung bezogen, welche ich in der Debatte gemacht habe, als ich sagte, daß wir von den Fehlern unserer Gegner lebten; er sehe diese Verordnung als einen solchen Fehler an. Damit hat er meinen Worten eine Deutung gegeben, die sie nicht haben sollen. Wenn ich auch diese Verordnung nicht vertheidigt, sondern angegriffen hätte, weil sie nicht weit genug geht, so will ich doch konstatiren, daß ich diese Verordnung für eine der wenigen vernünftigen Maßnahmen halte, welche die jetzige Regierung getroffen hat.

**Abg. Hüpeden (christlich-sozial)** bedauert, daß ihm zum dritten Male in einer sozialpolitischen Debatte das Wort abgeschnitten sei; er wolle nur konstatiren, daß er die Schwankung der konservativen Partei nicht mitgemacht habe. (Weiterkeit links, Widerspruch rechts.) Darauf erwidert das Haus eine Reihe von Wahlprüfungen.

Bezüglich der Wahl des Abg. Wamhoff, der sein Mandat niedergelegt hat, beantragt die Kommission, daß amtliche Wahlbeeinflussungen dem Reichskanzler zur Kenntniß gebracht werden sollen.

**Abg. Liebermann von Sonnenberg (Reform-P.)** verweist auf die Wahlfälschungen in Eisen; der mutmaßliche Fälscher des Wahlprotokolls sei diesmal zum Wahlvorsteher ernannt worden. (Hört, hört! auf allen Seiten des Reichstages.) Redner tadelt ferner das Verhalten des Gerichts gegenüber einem Reigen und fordert den

Justizminister auf, davon Kenntniß zu nehmen; endlich macht er den Kultusminister aufmerksam auf das Verhalten des Herrn Westendary gegenüber dem Rektor Freil.

**Abg. von Hollenfer (l.)** meint, daß die Mittheilungen des Redners das Haus nicht interessieren und stellt fest, daß der Vorsteher Westendary von der Anlage der Wahlfälschung freigesprochen sei. Gegen die Resolution werden die Konservativen stimmen, weil sie in der Zurückweisung des sozialdemokratischen Wahlaufsatzes seitens des Kreisblattes keine Wahlbeeinflussung erblicken.

**Abg. v. Hodeberg (Welfe):** Daß der preussische Verwaltungsbefugte von Hollenfer eine Wahlbeeinflussung nicht für vorliegend hält, ist nicht verwunderlich; aber es hat große Verwirrung der Rechtsbegriffe hervorgerufen, daß der damalige Protokollführer Hamppe als Ortsvorsteher bestätigt und sogar zum Wahlvorsteher ernannt worden ist.

**Abg. v. Margnardsen (natl.)** schließt sich den Ausführungen des Abg. v. Hollenfer an.

**Abg. Liebermann von Sonnenberg (Reform-P.):** In Bezug auf die Wahl in Osabrück siehe ich ganz auf dem Standpunkt des hervorragenden Parlamentarier Schoof: Wamhoff kann nicht braten. (Weiterkeit.)

**Abg. Singer (Soz.):** Der Landrath hat das Kreisblatt, welches eine sozialdemokratische Anzeige ausgenommen hatte, verworfen, wobei er die sozialdemokratische Partei als staatsgefährlich bezeichnet hat. Davon wird die Sozialdemokratie keinen Schaden leiden. Die Kreisblätter sind nicht bloß für die Konservativen da. Ein Blatt, welches ein Privatunternehmen ist, muß Anzeigen aller Parteien aufnehmen, jedenfalls ist es nicht Sache des Landraths, darüber ein Urtheil zu fällen. Das ist eine unbedeutende Wahlbeeinflussung.

**Abg. Camp (Soz.)** protestirt dagegen, daß einem preussischen Beamten so schwere Vorwürfe wie Wahlfälschung u. s. w. gemacht werden, ohne daß dafür ein Beweis erbracht wird.

**Die Abgg. Spahn (Soz.)** und **v. Stronbeck (Soz.)** halten es für bedauerlich, daß die Konservativen die Vorgänge nicht zur Kenntniß des Reichskanzlers gebracht wissen wollen, obgleich direkte Wahlfälschungen gerichtlich festgehalten sind.

Der Antrag der Kommission auf Ueberweisung der Akten an die preussische Regierung wird unverändert genehmigt.

Die Wahlprüfungs-Kommission beantragt die Gültigkeit der Wahl des Abg. Colbus (Elsas-Lothringer), während von den Sozialdemokraten die Ungültigkeit beantragt wird.

**Die Abgg. Fischer (Soz.), Baffermann (natl.)** und **Bebel (Soz.)** sprechen sich für die Ungültigkeit der Wahl aus, weil den Sozialdemokraten durch Konfiszierung ihrer Wahlaufsätze und Stimmzettel und durch Einsperrung ihrer Drucksachenertheiler jede Agitation unmöglich gemacht worden sei.

**Die Abgg. Winterer (Elsas-Lothringer)** und **v. Hollenfer (l.)** erklären sich für die Gültigkeit der Wahl, letzterer, weil diese Maßnahmen keinen Einfluß auf das Wahlergebnis gehabt hätten.

Nachdem noch an der weiteren Debatte sich die Abgg. Camp, Spahn und Friedberg betheiligt haben, wird auf Antrag des Abg. v. Bennigsen diese Wahl an die Wahlprüfungs-Kommission zurückverwiesen.

Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Wahlprüfungen. Auf Antrag des Abg. Camp stimmt das Haus dem Vorschlage des Präsidenten, auch das Bäckergesetz morgen auf die Tagesordnung zu setzen, nicht zu.)

## Parlamentarisches.

Die Zucksteuer-Kommission begann nach den Ferien die zweite Lesung mit der Beratung des Antrags Staudy, der jede einschneidende Reform der Zucksteuer ablehnt und einfach die alte Prämie von 1,25 M. weiter gewähren will. Die Debatte nahm den Freitag voriger Woche vollständig in Anspruch, lief aber aus wie das Hornberger Schießen. Es zeigte sich, daß wohl viele Kommissionsmitglieder bereit sein würden, sich auf den Antrag Staudy zurückzuziehen, wenn die Vorlage in jeder vorgeschlagenen Form fällt, daß sie es aber vorläufig versuchen wollen, das Gesetz in seinen Grundzügen zur Annahme zu bringen. Herr v. Staudy zog darauf vorläufig seinen Antrag zurück; erst wenn die Kommission sonst nichts fertigt bringt, will er wiederkommen.

Die anderäumte Dienstag-Sitzung wurde wider Erwarten plötzlich abgesetzt. Am Donnerstag stellte sich denn auch heraus, daß sich die ganze Stellung der Parteien wieder einmal verschoben hat. Der Abg. Müller-Fulda erklärte nämlich ganz bestimmt, das Centrum werde im Plenum nicht zehn Stimmen für die Vorlage abgeben, wenn die von Müller und Genossen neu beantragte Betriebssteuer falle. Die Betriebssteuer ist aber in der ersten Lesung mit großer Majorität abgelehnt worden, sie fiel auch in zweiter Lesung. Abg. Müller erklärte dann ferner, daß seine Mitwirkung an der Weiterberatung nur noch eine ganz unverbindliche sei; auf keinen Fall, müsse er hinzufügen, sei selbst nach Wiederherstellung der Betriebssteuer das Centrum für eine Prämie von 3 Mark zu haben. Damit ist wieder alles ins Unsichere gestellt.

Eine wichtigere Entscheidung fiel gestern dann bei der differentiel unangünstigen Behandlung der Entzuckerung fremder (nicht im eigenen Betrieb gewonnener) Melasse. Hier kam in der Regelung des Ausfuhrzuschusses wie der Kontingentierung der Antrag Paasche zur Annahme, der den Raffinerien ein unerhörtes Privileg gegenüber den Melasse-Entzuckerungsanstalten gewährt. Die Vertreter der Regierungen, besonders der süddeutschen, warnten auf das entschiedenste vor der Bestimmung, doch ohne Erfolg.

Als die Höhe der Ausfuhrzuschüsse an die Reihe gelangte, stellten die Konservativen (Meyer-Danig und Gen.) den Antrag, statt 3 M., wie nach der ersten Lesung, 2,50 M. zu setzen. Das Centrum erklärte durch die Abg. Müller-Fulda und Dr. Pichler, nicht über den österreichischen Satz (1,85 M.) hinausgehen zu wollen. Wunderbarerweise stimmten dann aber die Abg. Klose und Graf Galen für die 2,50 M., die dann auch — nachdem eine eingehendere Debatte durch Schluß der Diskussion abgeschnitten war — mit 14 gegen 6 Stimmen zur Annahme kam.

Heute, Freitag, wird über die Kontingentierung und damit auch über die Erhöhung der Zulands-Verbrauchssteuer beraten werden.

**Börsenreform-Gesetzentwurf.** Zur bevorstehenden zweiten Lesung des Börsengesetzes hat Graf Arnim mehrere die Kommissionsfassung verschärfende Anträge im Reichstage eingebracht.

**Vertagung des Reichstages?** In einigen Zeitungen wird mitgeteilt, es bestehe die Absicht, den Reichstag am 15. Mai zu vertagen. Bis dahin solle nichts fertig gemacht werden, als die Gewerbenovelle, deren dritte Lesung noch aussteht, und das Zuckergesetz, alles übrige aber, Börsengesetz, Margarinegesetz u. s. w. solle bis zum Herbst hinausgeschoben werden. Nach Erläuterungen, welche die „Berliner Korrespondenz“ ein-

gezogen hat, besteht eine solche Absicht weder in den Kreisen der Regierung noch im Reichstage.

Die Zentrumsparthei des Reichstages hat gestern Abend zunächst an Stelle des verstorbenen Reindl wiederum einen Sächsischen und zwar den Abg. Dr. Schädler zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Dem Abgeordnetenhaus wird in den nächsten Tagen eine Vorlage zur Ergänzung des Gesetzes vom 31. Juli 1895 zugehen, auf Grund dessen die preussische Zentral-Genossenschaftskasse am 1. Oktober 1895 ins Leben trat.

Die in dem ersten Halbjahre des Bestehens der Anstalt gemachten Erfahrungen haben klargestellt, daß — wie dies bereits bei der Verabreichung des gedachten Gesetzes von einzelnen Seiten als wahrscheinlich angenommen wurde — das Betriebskapital von 5 Millionen Mark, womit sie bei ihrer Errichtung ausgestattet wurde, ihrer steigenden Bedeutung nicht genügt, und daß sie insbesondere nicht in der Lage sein würde, damit auf die Dauer der wachsenden Entwicklung des Genossenschaftswesens und dem damit verbundenen Steigen des Kreditbedürfnisses zu folgen. Die Hauptthätigkeit der Kasse hat sich auf diesem Gebiet bisher ganz überwiegend auf die ländlichen Genossenschaften beschränken müssen, indes sind ihr bereits 21 Verbände solcher Genossenschaften mit mehr als 8600 Genossenschaften angeschlossen. Aus diesem Geschäftsergebnis ergibt sich eine steigende Inanspruchnahme der Anstalt, die bei der Art des landwirtschaftlichen Umschlages voraussichtlich in den Sommermonaten noch beträchtlich zunehmen wird und bei der lebhaften Bewegung zur Genossenschaftsbildung, die fast in allen Landestheilen zu Tage tritt, vom Beharrungsstande wohl noch weit entfernt ist. Diese Inanspruchnahme der Anstalt würde noch eine weitere Steigerung erfahren, wenn es gelang, das Handwerk und den sonstigen gewerblichen Mittelstand in stärkerem Maße zu Kreditorganisationen und Genossenschaftsverbänden zusammenzuschließen.

Der Gesammtumsatz der Kasse (in Einnahme und Ausgabe) hat in dem ersten Halbjahre bereits die Summe von 60 Millionen Mark überstiegen, und die Anstalt hat schon bisher der ihr durch Gesetz gewiesenen Aufgabe nur dadurch in dem erwünschten Umfange genügen können, daß ihr aus den disponiblen Mitteln der Generalstaatskasse, die sonst nur zu Gunsten der Großbanken nutzbar gemacht werden konnten, beträchtliche Vorschüsse zur Verfügung gestellt wurden. Derartige Bestände sind aber nur zeitweilig verfügbar und nicht geeignet, der Befriedigung des dauernden Bedarfs der Zentral-Genossenschaftskasse zur Hilfe zu dienen.

Der Gesammtumsatz sieht deshalb eine Erhöhung des der Anstalt vom Staat bisher gewährten Grundkapitals von 5 Millionen auf den Betrag von zwanzig Millionen Mark vor und will entsprechend dieser erhöhten staatlichen Leistung auch einen größeren Teil des Reingewinnes der Vergütung dieser staatlichen Einlage vorbehalten, als nach den bisherigen Bestimmungen dafür verwendet werden konnte. Endlich ist im Interesse der endgültigen Regelung der Rechtsverhältnisse der Beamten der preussischen Zentral-Genossenschaftskasse eine Ergänzung des Gesetzes vom 21. Juli 1895 für wünschenswert erachtet worden, welche die Ordnung der hier in betracht kommenden Einzelfragen dem königlichen Verordnungsrecht überweist.

Zum Arbeitsplan des Abgeordnetenhauses wird den „Hamb. Nachr.“ aus Berlin geschrieben:

Man hofft am Sonnabend die erste Lesung des Handelskammer-Gesetzes durchzuführen. Die ersten drei Tage der folgenden Woche würden dann zur Förderung der Kommissionsberatungen von Plenarsitzungen freibleiben, am 30. d. M. ein Schwermetallgesetz abgelesen und alsdann in die zweite Lesung kleinerer aus den Kommissionen gekommener Vorlagen eingetret werden.

Daß die Verhandlungen des Landtages bis zu den Pfingstferien, deren Beginn spätestens auf den 21. Mai zu setzen ist, beendigt werden, hält man schon jetzt allerseits für vollständig ausgeschlossen, selbst wenn der Entwurf eines neuen Eisenbahngarantie-Gesetzes, dessen Einbringung doch wiederholt in sichere Aussicht gestellt ist, von der königlichen Staatsregierung nicht erfolgen sollte.

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung von Donnerstag, 23. April, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher bringt eine lange Reihe von Urlaubsanträgen zur Kenntnis.

Zur Verbreiterung der Gormannstraße ist ein Streifen von etwa 111 Quadratmeter Flächeninhalt des auf der Ostseite belegenen alten Garnisonkuchenhofes erforderlich. Diesen Landstreifen will der Magistrat von dem königlichen Garnisonkuchens-Kollegium freihändig erwerben; außerdem soll nach der Magistratsvorlage die alte Mauer auf sächsische Kosten abgebrochen, der Bürgersteig vorchristlichmäßig reguliert, und in der neuen Grenzlinie eine ebensolche Mauer errichtet werden, wie längs des gegenüberliegenden Offizierkuchenhofes vorhanden ist. Die Kosten für diese Bauausführungen sind auf ca. 10 800 M. ermittelt. Der niedergesehene Ausschuss hat die Dringlichkeit der Erwerbung im Interesse der weiteren Entlastung der Rosenthalerstraße anerkannt und im Prinzip der Vorlage zugestimmt. Anstos genommen wurde indes an dem zu zahlenden Preise. Für den nur 0,88 bis 1,65 Meter breiten, von Denkmälern und Gräbern freien Streifen hat das erwähnte Kirchenkollegium 160 M. pro Quadratmeter gefordert. Der Ausschuss hält 100 Mark für das Maximum des baar zu zahlenden Kaufpreises und will den Magistrat ermächtigen, für den Fall, daß dieser Betrag wider Erwarten nicht akzeptiert werden sollte, auf dem Wege des Enteignungsverfahrens vorzugehen. Die Erwerbung des zur Verlängerung der Gormannstraße notwendigen Grundstücks Rothbringerstr. 28 - Zehdenickerstr. 23 für den Preis von 600 000 M. hat der Ausschuss gutgeheißen.

Die Versammlung beschließt ohne Debatte durchweg nach den Ausschussvorschlägen.

Aus Anlaß des im Oktober v. J. angenommenen Antrags haben betreffs Feststellung der Preisunterschiede bei Feuerung mit Steinkohle und mit Kokes aus den sächsischen Gasanstalten hat der Magistrat bei geeigneten Reflessierungen der Kanalisations- und Wasserwerke derartige Versuche anstellen lassen. Nach den erstatteten Berichten stellt sich die Feuerung mit Kokes um ungefähr 20 pCt. theurer als die mit Steinkohle. Auch hat sich der Kokesabsatz günstiger gestaltet, und demgemäß dürften die Gaswerke ein dringendes Interesse an der Erschließung neuer Verbrauchsgebiete bis auf weiteres nicht haben. So die Heckerung des Magistrats, die von der Versammlung ohne Diskussion zur Kenntnis genommen wird.

Die Stadtvv. Kyllmann und Genossen beantragen, den Magistrat zu ersuchen, sich mit der Einsetzung einer gemischten Deputation zur Vorberatung über die Vertretung der sächsischen Behörden bei den im Laufe dieses Jahres zu erwartenden Kongressen und Generalversammlungen von Vereinen u. s. w. einzusetzen zu erklären.

Der Antrag wird nach einigen bekräftigenden Bemerkungen des Antragstellers und des Stadtv. Schwalbe angenommen. Im Anschluß hieran bemerkt der Vorsteher, daß die den Mitgliedern der Versammlung vom Ausschuss übergebenen Einladungen zur feierlichen Eröffnung der Ausstellung den Herren in ihrer Eigenschaft als Stadtverordnete zugestellt sind, daß sie also bei der Eröffnung in Amtstracht mit der Krone zu erscheinen haben.

Für die diesjährige 200. Jahr-Jubiläums-Ausstellung der Akademie der Künste soll ein Betrag von 12 000 M., dem Kunstfonds von 100 000 M. zu entnehmen, der Ausstellungskommission für vier Ehrenpreise zur Verfügung gestellt werden. Die Einzelheiten bezüglich der Verteilung u. s. w. sollen der Beschlussfassung der städtischen Deputation für Kunstzwecke überlassen bleiben.

Die Versammlung spricht einstimmig die Genehmigung des Magistratsvorschlags aus.

Der Enghals zwischen Post Nr. 1 und dem Kurfürstentplatz soll durch Erwerb zweier sächsischen Thiergartenflächen von zusammen 370 Quadratmeter verbreitert werden. Der Thiergartenfiskus will das Gelände zum Preise von 1 M. pro Quadratmeter der Stadt käuflich überlassen.

Der Erwerb wird ohne Debatte beschlossen.

Vom Stadtv. Schmeißer und 4 Genossen ist beantragt, den Magistrat zu ersuchen, die schon seit lange mit den betr. Behörden schwebenden Verhandlungen behufs Verlegung der sog. Kohlenbahn aus der Eisenbahnstraße nach dem Gölzler Bahnhof möglichst bald zum Abschluß zu bringen und der Versammlung demnächst eine bezügliche Vorlage zu machen.

Der Antrag geht an einen Ausschuss von 10 Personen zur Vorberatung.

Für die seit dem 1. April 1895 unentgeltliche Besteigung des Rathhausturmes will der Magistrat an vier Wochentagen Dienstag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend wieder ein Eintrittsgeld, und zwar von 20 Pf. erhoben wissen, das der Pensionärkassen für die Berliner Gemeindebeamten und deren Ehefrauen zugeführt werden soll. Motiviert wird dieser Antrag mit dem Austritte großer durch den Fortfall des Eintrittsgeldes herbeigeführter Uebelstände. Der Androng des Publikums sei so stark, daß nur mit größter Mühe Ordnung unter denselben gehalten werden könne; halbwegsige Burtschen und Mädchen erschienen oft zum Zeitvertreib wiederholt zur Besteigung und benahmen sich dabei nicht immer in angemessener Weise, ohne doch dauernd zurückgewiesen werden zu können. Diese unliebsamen Ausstritte hielt den besser situierten Teil des Publikums fern. Die Erhebung eines Eintrittsgeldes solle diesen Unzuträglichkeiten abhelfen. Auch würden zweifellos viele Besucher der Gewerbe-Ausstellung den Thurm zu besteigen beabsichtigen.

Diesem liegt ein Antrag Preuß vor, der allgemein 20 Pf. erheben will.

Stadtv. Kyllmann erklärt sich dagegen und gegen die Vorlage.

Stadtv. Reichnow empfiehlt, die Unentgeltlichkeit beizubehalten, aber durch ein besonderes Bureau Karten ausgeben zu lassen.

Stadtv. Spinoia erklärt sich für den Antrag Preuß.

Stadtv. Borgmann: Wenn es möglich sei, in den großen Sälen der Museen die so wertvollen Gegenstände vor Unzufuhr zu schützen, so müsse es auch möglich sein, bei der Thurmbesteigung Ordnung zu halten. (Lebhafter Widerspruch.) Es sei unklar, warum die Beamten dazu nicht in der Lage sein sollten; genüge ihre Zahl nicht, so stelle man mehr an! (Abal und erneuter Widerspruch.) Wenn dann die Vorlage die kostenlose Besteigung für drei Tage weiterhin aufrecht erhalten wolle, so heiße das, für den „Mob“, wie Herr Spinoia sich ausdrückte, die bisherigen als so schauerlich gekennzeichneten Zustände ruhig fortbestehen lassen. (Zwischenruf.) Herr Spinoia hat diesen Ausdruck gebraucht, nicht ich, ich lehne ihn ohne weiteres ab! Unzweifelhaft seien Unzuträglichkeiten vorgekommen und könnten vorkommen, deswegen aber dürfe nicht eine derartige Klassifikation gemacht werden, monach es für eine gewisse Gruppe des Publikums gut genug sei, sich bei der Besteigung weiterhin solchen Rohheiten auszuweihen. Eine geeignete Aufsicht sei die beste Abhilfe; es wäre ein schlechtes Zeugnis für die sächsischen Aufsichtsbehörden und Beamten, wenn es ihnen nicht möglich sein sollte, dort Ordnung zu halten. (Beifall und Widerspruch.)

Stadtv. Vortmann: Die 20 Pf. Eintrittsgeld sind ein so minimaler Betrag, daß man doch nicht von dem Ausschluß der Bevölkerung sprechen kann. (Zustimmung.)

Stadtv. Borgmann: Wenn sich Sitte und Ordnung für 20 Pf. in Berlin aufrecht erhalten lassen, dann steht es um Sitte und Ordnung in Berlin überhaupt nicht schlecht. (Unterbrechungen.) Aber davon kann gar keine Rede sein. Es giebt eine ganze Masse Leute, die über mehr als 20 Pf. für solche Zwecke verfügen und von denen dennoch Sitte und Ordnung nicht respektiert werden, die vielmehr gerade dem sittenlosesten Treiben ergeben sind. Wie oft lassen sich solche Angehörigen der „besseren Gesellschaft“ (kandolose Gezeffe zu schulden kommen. Scherzreden nur an das bekannte Vorkommnis bei der Weidenhammer Brücke, wo Studenten ausländische Frauen schamlos insultierten! (Anru.) Ich protestiere ganz energisch dagegen, daß man den weniger Bemittelten, die für den Thurm nicht einmal 20 Pf. aufwenden können, auf diese Weise nachsagt, in ihren Reiden sei Sitte und Ordnung nicht zu finden. Sittenlose sind prozentual in den „besitzenden“ Klassen viel mehr als in den Reihen der Nichtbesitzenden vorhanden! (Lärm.)

Nachdem noch Stadtv. Spinoia erklärt hat, „Mob“ sei jeder, gleichwohl ob besitzend oder nicht, der sich an einem öffentlichen Orte unanständig und gemein benehme, wird der Antrag Preuß angenommen.

Zu einer Gedenkfeier der Entdeckung der Schulpodenimpfung will der Magistrat den Festsaal des Rathhauses dem betr. Komitee für den Abend des 15. Mai kostenfrei überlassen. Die Versammlung stimmt dem Vorschlage nach einer kurzen Empfehlung durch den Stadtv. Dr. Kuge zu.

Zur Errichtung einer Einladestelle zur Müllverfäuerung aus dem Norden, Nordwesten und Westen der Stadt soll der am Süduser 14-15 belegene sächsische Lagerplatz miethweise an die Deputation für das Straßenreinigungswesen überlassen werden. Unter Ablehnung eines Antrages Gerde-Dinse, die Vorlage erst in einem Ausschusse prüfen zu lassen, nimmt die Versammlung den Magistratsantrag an. Schluß 7 1/4 Uhr.

## Lokales.

**Wächung, 2. Wahlkreis!** Heute Abend findet im Lokal von Bohmann, Kreuzbergstr. 48 eine Versammlung statt, auf welche hiedurch ganz besonders aufmerksam gemacht wird. Um zahlreiche Beteiligung ersucht der Vertrauensmann.

**Zur Lokalliste.** Folgende Lokale in der Umgegend Berlins stehen der Arbeiterschaft zur Verfügung: Rauchsaugwörter: Rukonski's Saal und Garten; Zentzen: Künzels Saal und Garten; Hantels-Abfrage: Käppel's Saal und Garten.

**Den Parteigenossen von Stralan-Kummelsburg** zur Nachricht, daß die Maisier in der alten Taverne in Stralan abgehalten wird. Die Parteigenossen, welche den Tag durch Arbeitsruhe feiern, werden ersucht, sich nachmittags dort einzufinden. Abends findet eine Volksversammlung statt, nachher gemütliches Beisammensein. Näheres erfolgt im Anzeigenteil der nächsten Dienstagsnummer des „Vorwärts“. Um thätigste Agitation für die Feier ersucht die Vertrauensperson.

**Zu den Konfordinaleen,** welche der Arbeiterschaft bekanntlich nicht zu Versammlungen zur Verfügung stehen, hält der Gefangenen Verein am 26. April ein Konzert ab. Die Parteigenossen werden mit dem Bemerkten auf diesen Fall verwiesen, daß man wesentlich in Metallarbeiterkreisen Karten an den Mann zu bringen versucht hat.

**Der Petitionsausschuss der Stadtverordneten-Versammlung** hat beschlossen, über die Petitionen wegen Beschleunigung des Umbaus der Weidenhammer Brücke, Regulierung des Kottbuser Ufers und Regulierung der Wallstraße von der

Inselsstraße bis zur Neuen Grünstraße zur Tagesordnung überzugehen. Betreffs der Weidenhammer Brücke sei alles geschehen, was zur Förderung des Baues habe geschehen können, die Montierung des Unterbaues der Brücke sei aber mit zu geräuschvollen Arbeiten verknüpft, um die ruhestörende Nachtarbeit wieder aufnehmen zu können.

Der Magistrat hat der Firma Siemens u. Halske die Genehmigung zur Ausführung des Entwurfs für die Durchführung der elektrischen Stadt-(Hoch-)Bahn durch die Gölziner- und Staligerstraße zwischen Brinzenstraße und Kottbuser Thorplatz mit Ausschluß des Wasserthorplatzes erteilt.

Der Eisenbahnbaunternehmer Richard Damm hat den Plan für ein neues Bahnunternehmen ausgearbeitet, das den Zweck verfolgt, den Nordbahnhof durch eine elektrisch zu betreibende Trambahn (Kumulatoren) mit der inneren Stadt zu verbinden. Eine spätere Fortsetzung dieser Bahn nach den Vororten Pankow und Reinickendorf ist von dem Unternehmer in Aussicht genommen.

Vom Hammerstein auf der Anklagebank wissen verschiedene Blätter allerdings Anekdoten zu erzählen. Unter anderem wird auch gemeldet, daß in der Pause, die entstand, als der Gerichtshof sich zur Beratung zurückzog, der Landesprokurator von Dörgeu sowie auch Herr Stöcker auf den Angeklagten zugegriffen seien und ihm freundschaftlich die Hand gedrückt hätten. Das war namentlich von Herrn Stöcker ein anerkennenswerther Zug. Wundern muß uns aber, daß Staatsanwalt und Gerichtsbeamter derartiges übersehen haben. Im Frühling vorigen Jahres sah unser Kollege Bösch wegen mehrerer Preßdelikte im Gefängnis. Anfang Juni wurde er eines Tages dem Gerichtshof vorgeführt, damit er sich abermals wegen einer gegen ihn anhängig gemachten Beleidigungssache verantworte. Die unglücklich klingende, aber dennoch buchstäblich wahre Thatsache, daß die Frau eines Preßsünders ihren im Gefängnis sitzenden Gatten nur alle 4 Wochen in Gegenwart eines Beamten ein paar Minuten sprechen darf, macht es erklärlich, daß Frau Bösch während der Verhandlung im Zuschauerraum sah, um nach Beendigung der Sache mit ihrem Mann einen Händedruck und ein paar Worte zu wechseln.

Die Verhandlung war zu Ende, die Gattin wollte auf dem Korridor ihrem Mann in die Arme eilen. „Halt“, rufte der Gerichtspräsident, „daß darf ich ohne Erlaubnis nicht gestatten.“ Die Arme wendet sich an den Verteidiger, und dieser trägt dem Gerichtspräsidenten die Bitte der Frau des Gefangenen vor. „Es thut mir leid“, antwortet der Vorsitzende, „hierzu hat der Herr Staatsanwalt seine Einwilligung zu geben.“ Der Verteidiger wendet sich an den Staatsanwalt. „Ich gebe die Erlaubnis nicht“, lautet die Antwort. Die Frau richtet persönlich die bescheidene Bitte an den berufenen Vertreter, doch nur ein paar Minuten ihren Mann sprechen zu dürfen. „Nein, ich gebe die Erlaubnis nicht“, schallt es abermals aus dem Munde des Beamten zurück. Die für die Umstehenden überaus peinliche Szene hat damit ein Ende.

So verfügte damals der Staatsanwalt Müller II, als in der Person des Sozialdemokraten Bösch ein in jeder Beziehung ehrenhafter Mann sich vor Gericht zu verantworten hatte. Bei der Verhandlung gegen Hammerstein scheint man denn doch zum Teil etwas toleranter und barmherziger gewesen zu sein.

Freiherr v. Hammerstein hofft, wie ein Berichterstatter zu melden weiß, daß der Kaiser die Zuchthausstrafe im Gnadenwege in eine Gefängnisstrafe umwandeln wird, wenn er eine kurze Zeit im Zuchthaus gesessen hat. Hammerstein's Gattin und seine Töchter wollen bei Verwandten in Oesterreich, diese sind durch einen Freund Hammerstein's schon gestern telegraphisch benachrichtigt worden.

**Mitviel Opfer an Leben und Gesundheit der Arbeiter** hat die Gewerbe-Ausstellung bis jetzt gefordert? Auf der Sanitätswache im Treptower Park sind vom 1. Mai 1895 bis zum 1. April 1896 im ganzen fünf hundert drei und neunzig Fälle behandelt worden. Von den dort Verbundenen waren zirka fünf und zwanzig schwer verletzt; von den Verletzten sind im ganzen sechs verstorben. Und bei einer derartigen Gefährlichkeit der Arbeit machen bürgerliche Blätter noch Lärm, wenn die Bauarbeiter in anbetrach der kurzen günstigen Konjunktur eine Erhöhung der Löhne fordern.

Die Gewerbe-Ausstellung wird voraussichtlich unter denen, die auf dem Terrain Geschäfte machen wollen, zu zahlreichen interessanten Rechtsstreitigkeiten führen. Ein derartiger Streit ist bereits in Sicht. Ein hiesiger Groß-Großhändler hat in einem der großen Restaurants auf dem Ausstellungsterrain den Verkauf von Eiern und Bräthen in Unterpacht genommen und will nun dieses Pachtverhältnis benutzen, um in dem Restaurant einen Engrosbhandel mit rohen Eiern zu etabliren, wobei er die Kundschaft der übrigen Ausstellungskafes restaurateurs erhofft. Der Pächter des Restaurants will aber diesen Verkauf nicht dulden, indem er meint, daß der Unterpachtvertrag nur den Vertrieb gebackter Eier zum Zweck des fortwährenden Verzehrns im Restaurant betrifft und sinngemäß auch nur betreffen kann. Da der Großhändler auf seinen „Schein“ bestehen will, welcher ganz allgemein vom Eierverkauf spricht, so hat ihn der Pächter schon angeklagt, daß er bei der „ersten Uebertretung“ aus dem Lokal gewiesen werden würde, worauf der Händler eine Entschädigungsklage in Aussicht gestellt hat.

Die auf dem Gelände der Berliner Gewerbe-Ausstellung belegene Unfallstation wird am 27. April in Betrieb gesetzt werden und zunächst in der Zeit von vormittags 10 Uhr bis abends 12 Uhr Hilfesuchenden in gleicher Weise wie die Sanitätswache, welche in der Nähe des Portals III. errichtet wurde und schon seit längerer Zeit in Thätigkeit ist, zur Verfügung stehen.

Auf eigenthümliche Geschäftspraktiken eines hiesigen liberalen Blattes wurde kürzlich in der Generalversammlung der Aktiengesellschaft Chemische Fabrik, Oranienburg hingewiesen. Es wird darüber gemeldet: „Einige Aktionäre verlangten Auskunft über die in jüngster Zeit über die Gesellschaft im „Berliner Tageblatt“ veröffentlichten unrichtigen Angaben, indem sie ihrer Entrüstung über solch unnotierte und unwahre Veröffentlichungen Ausdruck gaben. Der Vorsitzende erklärte hierauf, daß dem „Berliner Tageblatt“ Berichtigungen zugegangen seien, und daß eine der Notizen des „Berliner Tageblatt“ der Gesellschaft mit einem Hinweis: unterzeichnet, Redaktion und Verlag, zugegangen sei unter gleichzeitiger Beifügung einer Abonnements-einladung. Redner bekräftigte, dem einstimmigen Wunsch der Versammlung entsprechend, die Angelegenheit zur Kenntnis des Verlegers des genannten Blattes zu bringen. Der vorerwähnte Antrag konnte nicht zu Protokoll gebracht werden, da er nicht auf der Tagesordnung stand. Ein Aktionär sprach schließlich den Wunsch aus, die Verwaltung möge die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben.“ Wird sich das Tageblatt in dieser Angelegenheit verantworten?

**Eisenbahnhaltestelle Eichkamp.** Am 1. Mai wird, wie schon mitgeteilt, die Eisenbahnhaltestelle Eichkamp für den Personenverkehr eröffnet werden. Die Haltestelle führt ihren Namen nach dem am Königsweg ungefähr zehn Minuten zu Fuß vor dem Personenbahnhof Grunewald liegenden Forsthaus Eichkamp, welches vom Bahnkörper und ist Station der neuerbauten zweigleisigen Strecke Charlottenburg-Grunewald. Die Fahrpreise II. und III. Klasse betragen zwischen Eichkamp und a) Grunewald, Bellevue, Wilmersdorf-Friedenau, Jungfernheide, sowie den zwischen gelegenen Stationen 15 und 20 Pf., b) Stralan-Kummelsburg bis Weidenferse 45 und 80 Pf., c) allen übrigen Stadt- und Ringbahn-Stationen 30 und 20 Pf.

Die Vollzeilverordnung, betreffend die Firmen-  
schilber, der nachzukommen die Berliner Geschäftsleute bis zum  
1. Mai Zeit haben, ist in Schöneberg schon bis zum 15. d. M.  
durchgeführt worden. Mit den verlangten Änderungen und  
Ergänzungen haben sich die Geschäftsleute dort auf verschiedene  
Weise zu helfen gesucht, um größere Kosten zu sparen. Einige  
haben auf dem Naume, den bisher der Abkürzungspunkt hinter  
dem Anfangsbuchstaben einnahm, in kleinster Schrift den  
Vornamen ergänzt, andere haben das alte Schild  
unverändert gelassen und so billig wie möglich ihren vollen  
Namen entweder an die Ladenhülle oder an das Schaufenster ge-  
schrieben. In einer einzigen Straße, die außerdem nur mit einer  
Seite zu Schöneberg gehört, während die andere auf Berliner  
Gebiet liegt, hat sich in 17 Fällen herausgestellt, daß der  
Geschäftsinhaber nicht der Mann, sondern die Ehefrau ist.  
Darüber giebt der volle Vornamen jetzt zuverlässige Auskunft.

**Vollzeilverordnung betreffend den Schiffsahrtverkehr  
auf der Spree.** Der obnein schon rege Schiffsahrtverkehr  
auf den Wasserstraßen Berlins und seiner Umgebung, der  
während der Gewerbe-Ausstellung noch eine erhebliche Steigerung  
erfahren wird, hat den Erlass zweier Vollzeilverordnungen not-  
wendig gemacht, durch die sowohl die Beleuchtung der Schiffs-  
fahrzeuge und Flöße, sowie der Verkehr mit Handlähnen (Boote,  
Gondeln) geregelt wird. Künftig werden während der Nacht-  
zeit alle auf der Spree befindlichen Schiffsfahrzeuge und  
Flöße durch farbige Lichter beleuchtet werden müssen,  
welche nach der Größe und Art der Fahrzeuge ver-  
schieden zusammengestellt sind. Ähnliche Bestimmungen  
werden auch für die festliegenden Fahrzeuge gelten. —  
Außerdem wird der Gewerbebetrieb aller derjenigen, welche gegen  
Entgelt auf öffentlichen Gewässern Personenbeförderung mit  
Handlähnen oder Booten betreiben, oder solche Fahrzeuge dem  
Publikum zur Benutzung auf Zeit überlassen, von einer be-  
sonderen Erlaubnis des Polizeipräsidenten abhängig gemacht  
werden, welche erst nach vorheriger Prüfung der Beschaffenheit  
und Tragfähigkeit z. d. Fahrzeuge und zwar jedesmal nur für  
die Dauer eines Jahres erteilt werden wird. Unter Umständen  
kann dem Unternehmer zur Pflicht gemacht werden, seine Fahr-  
zeuge entweder selbst zu führen, oder hierfür zuverlässige und  
geschäftsfähige Führer zu bestellen. Kindern unter 14 Jahren,  
angetrunkenen und des Fahrens unkundigen Personen werden  
Rähne und Boote künftig nicht vermietet werden dürfen.

**Deutschland, die fromme Kinderstube.** Konfiszirt  
wegen Majestäts- und Richterbeleidigung sowie  
Anreizung zum Massenhaß wurde die seit einigen Tagen zur  
Verbreitung gelangende österreichische „Mafest-Zeitung“.

**Die Fertigstellung der elektrischen Bahn Behren-  
(Wilm) Straße-Prepoto zum 1. Mai** ist seitens der Unter-  
nehmer aufgegeben; es wird zu diesem Zeitpunkt nur die Strecke  
Hollmannstraße-Prepoto fahrbar sein. Die Einrichtungen für  
die unterirdische Stromzuführung auf der Strecke Behrenstraße-  
Hollmannstraße verursachen große Schwierigkeiten, so daß dieser  
Theil voranschreitlich nicht vor Mitte Mai fahrbar sein wird.

**Auf die Sonntagarbeit in der königlichen Münze**  
haben wir bereits vor längerer Zeit hingewiesen. Jetzt ergreift  
in dieser Angelegenheit auch die „Deutsche Tageszeitung“ das  
Wort. Das Blatt schreibt: Es dürfte wenig bekannt sein, daß  
in staatlichen Instituten trotz des Gesetzes über die Sonntags-  
ruhe des Sonntags tapfer von früh bis mittags 12—1 Uhr  
durchgearbeitet wird. Diese Thatsache tritt in der königlichen  
Münze in Erscheinung. Es giebt Arbeiter in der Münze, die  
von Sonnabend Abend bis Sonntag Mittag um 1 Uhr ununter-  
brochen beschäftigt sind. — Was sagen die Hüter des Gesetzes  
dazu?

**Etwa dreihundert Steuerergütern von rück-  
ständigen Steuern** sind den hiesigen Gebirgern gestern zugestellt  
worden. Es handelt sich hierbei ausnahmslos um Steuerzahler,  
welche verzogen und durch mangelhafte Adressangabe bisher nicht  
zu ermitteln waren.

**Im Geldverkehr sind neuerdings mehrfach statt Thaler  
Silberhälber in Zahlung gegeben worden.** Die Halberhälber sind  
genau so groß wie unsere Thalerhälber und haben ein sehr ähn-  
liches Gepräge, so daß bei der gewöhnlich geringen Aufmerksam-  
keit im Geldverkehr die Täuschung sehr leicht ist. Es ist dies,  
ohne daß dabei direkt eine falschkünzerei begangen wird, ein  
gewinnbringendes Geschäft, denn ein Halber gilt nur 2 1/2 M.,  
so daß man, wenn man ihn für einen Thaler ausgiebt, 85 Pf.  
durch den Betrag verdient, resp. um diesen Betrag geschädigt  
wird, wenn man ihn in Zahlung bekommt.

**Bei den Militärerkundungen am Wolkenmarkt Nr. 8** ist es  
wiederholt vorgekommen, daß den jungen Leuten, die sich dort  
zur Untersuchung entkleiden müssen, Kleidungsstücke entwendet  
worden sind. Dieser Tage ist sogar einem jungen Manne das  
Hemd gestohlen worden. Können denn keine Schulleute zur  
Überwachung der Kleidungsstücke dirigirt werden?

**Die Flucht eines Untersuchungsgefangenen** verursachte  
gestern Nachmittag gegen 2 Uhr in der Rothenoverstraße eine  
allgemeine Jagd. Auf dem Rückwege vom Untersuchungsrichter  
nach dem Gefängnis benutzte der schwere Junge die Gelegenheit,  
dem Gerichtsdiener auf dem Korridor des Parterreganges zu  
entweichen. Seine Pantoffeln ließ er stehen und rannte auf  
Strümpfen nach dem Ausgangsportale zu. Aus voller Leibes-  
kraft kletterte der Portier nach, brachte den Flüchtling an der  
Sendestraßen-Ecke zu Falle und beförderte ihn nach Nummer  
Sieber wieder zurück.

**Ein Stückchen drastischer Volkspoesie** findet sich am  
Jaune eines Grundstücks in der Riesholstraße. Diese ist an-  
läßlich der Gewerbe-Ausstellung regulirt worden und bei dieser  
Gelegenheit haben die Besitzer der angrenzenden Grundstücke die  
Bürgersteige ebenfalls pflastern lassen. Nur ein Grundstück, das eines  
Herrn Meyer, entbehrt noch der Pflasterung und ist bei Regenwetter  
dabei kaum zu passieren. Der Eigentümer wird nun von einem Jaun-  
poeten wie folgt angebrüllt: „Herr Meyer ließ nicht pflastern  
hier. — Er denkt, das Geld erspar ich mir. — Was soll ich  
ihre Steine kaufen? — Ihr könnt ja hier im Dr. — rum-  
laufen.“ — Ein anderer bittet sehr beweglich: „Ach Meyer,  
lieber Meyer, — Opfre ein'ge Dreier. — Die Sache hat 'nen  
Zweck — Wir sind dann los den Dr. —!“

**An die Adresse des „Mr. H. Ahlwardt, Member of the  
German Reichstag“** ging am Mittwoch Abend ein „ein-  
geschriebener“ Brief ab. Das umfangreiche Schreiben besagt,  
daß die unglückliche Geburt der Wähler und vieler seiner ehe-  
maligen politischen Freunde zu Ende sei. Ahlwardt bringe durch  
seine Abenteurer die Partei in Miskredit. Schließlich heißt es, daß  
in andrericht des ganzen Verhaltens Ahlwardt's mehrere wohl-  
habende Männer, die allen Ernstes der Sache ein Ende machen  
wollen, zu dem Entschlusse gekommen seien, Ahlwardt den Vor-  
schlag zu machen, er möge gegen eine Abhandlungsumme von  
5000 M. sein Mandat niederlegen. Nach Eintreffen der von  
einem Notar zu beglaubigenden Verzichtleistung und nach Ver-  
kündigung derselben im Reichstage werde die Summe sofort von  
einem New-Yorker Bankier ausgezahlt werden. Zu einer Er-  
klärung über den Vorschlag ist eine Bedenkzeit von 10 Tagen —  
nach Eintreffen des Briefes in Amerika — festgesetzt worden. —  
Für 5000 M. wird Ahlwardt schon die Geschichte machen.

**Durch einen Unfall** verunglückte am Mittwoch Nach-  
mittag um 1 Uhr der 21-jährige Zimmermann Martin Polner  
beim Umbau der Alfenbrücke. Polner hatte oben mit Balken-  
legen zu thun, verlor das Gleichgewicht und stürzte auf die untere  
Rüstung hinab. Mit schweren inneren Verletzungen wurde der  
Verunglückte in einer Droschke nach einem Krankenhause gebracht.

**Von einem Schlächterschwerm** überfahren wurde gestern  
Nachmittag in der Chausseestraße eine ältere Frau namens

Zimmerling. Der Führer des Fuhrwerks wollte, nachdem er  
das Unglück angerichtet hatte, davonsahren, wurde jedoch am  
Oranienburger Thor festgehalten und von einem Schuttmann zur  
Büchse sitirt, während die verunglückte Frau nach der Unfall-  
station in der Eichendorffstraße geschafft wurde.

**Wetter-Prognose für Freitag, den 21. April 1896.**  
Ziemlich kühles, veränderliches, vorherrschend wolkiges  
Wetter mit geringen Niederschlägen und mäßigen nordwestlichen  
Winden.

Berliner Wetterbureau.

## Kunst und Wissenschaft.

Karl Immermann, der heute vor hundert Jahren zu  
Magdeburg geboren wurde (24. April 1796), gehört unweifelhaft  
zu den merkwürdigsten Erscheinungen der nachklassischen Litera-  
turperiode in Deutschland. Bei großem Scharfsinn, ungewöhnlicher  
Arbeitsenergie und hochragender Begabung war es ihm dennoch  
nicht gegönnt, in die Reihen der führenden Geister der Nation  
zu treten. Wenn irgend ein Menschenschickal die  
Abhängigkeit selbst des hochentwickeltesten Geistes von Zeit-  
und Gesellschaftsverhältnissen beweist, so thut es das  
Vos Immermann's. Nur etwas über vierundvierzig Jahre  
wurde Immermann alt; und in einem seiner Hauptwerke, dem  
Roman „Die Epigonen“, hatte der Dichter, der damals kaum die  
Höhe des Mannesalters überschritten hatte, den Zwiespalt  
zwischen Wollen und Vollbringen, der seine Zeitgenossen wie  
ihn selbst betraf, mit bitterer Erkenntnis bloßgelegt. Der Begriff  
Epigonenbum gelangte durch Immermann in die Literatur.

Die klassische Periode war vorüber; das Höchste, was das  
Bürgerthum an geistiger Kraft auszugeben hatte, war ausge-  
geben. Erschlafft waren Geister und Seelen und in den Zeiten  
armstelligster Reaktion zu Anfang unseres Jahrhunderts wurde  
man reif für die träumerische Romantik. Unbestimmte  
Sehnlust hatte die Gemüther erfasst. Man verlor sich in  
mystischen Katholizismus, man verklärte das Mittelalter  
bis zur Märchenpracht, man floh in der Kunst vor der „gemeinen  
Deutlichkeit der Dinge“, vor dem Lebenserfassen in phantastische  
Jäulungen, und häufig in ein schöngeistiges Spiel für empfind-  
same Seelen. In solcher Atmosphäre war Immermann groß  
geworden; und wiewohl seine Erziehung wenig nach dem an-  
geboten war, ihn den romantischen Schwärmegeistern zuzuführen:  
ihrem Einfluß konnte der Dichter sich nicht entziehen. Der  
geistige Gesichtskreis in Immermann's Elternhause war  
eng begrenzt. Der Vater war ein altpreussischer  
Beamter. Der Sohn mußte den gleichen Beruf wählen.  
Da war alles wohlgeordnet, verstandige Zuchtigkeit galt  
mehr als ausschweifender Genieflucht, wie ihn die Romanti-  
ker pflegten. Und dennoch zog die damalige Romantik, die ge-  
schworene Feindin des wohlgeordneten und nüchternen Karl  
Immermann in ihren Wirbel. Wiewohl er von Hause eher  
scharfsichtiger Beobachter zugethan war, als unklarem  
Schwärmern, wiewohl er ganz gewiß auf realem Boden  
heimischer war als in ausschweifender Pathetik und  
philosophisch-grüblerischen Poesien, so wagte er sich  
doch an Dichtungen, wie seine Neugestaltung der Merlin-  
Legende, wie seine düstere Trilogie „Alexis“ ist. Vor naiver Schaffens-  
kraft überwiegt da trotz tiefer, mächtiger Einzelheiten die  
grübelnde Reflexion. Auch sein Trauerspiel in Tiro (Andreas  
Doser), das man neuerdings der Bühne wieder gewinnen will, ist  
nicht vau-volkstümlich im höchsten Wortsinne.

Das Epigonenbum lastete eben auf Immermann's  
Schultern. Die alten Ideale hatten ihre Geltung verloren und  
die Zeit für jungen Enthusiasmus war noch nicht gekommen.  
Starke soziale Instinkte, wie sie der geniale Heine schon  
in seinem Jugendwerk „Ratcliff“ offenbarte, konnten in dem  
Sohn eines streng royalistischen preussischen Domänenraths  
nicht aufstehen, und so trat Immermann nirgend recht auf  
Neuland. Erst durch die beiden Hauptwerke seiner letzten Lebens-  
jahre, durch das großangelegte Kulturgemälde „Die Epigonen“  
und durch den zweigetheilten „Münchhausen“, ein Meisterstück  
von Zeitfaktore und zugleich von treuherriger, klarer Wahrheits-  
schärfung in einer Dornovelle, die vorbildliche Bedeu-  
tung. Hier stand er fest, hier fand er vertrauten Boden  
unter sich; und während die Werke seiner Jugendperiode ver-  
gessen sind oder wie „Merlin“ und „Alexis“ den literarischen  
Juwelen anliegen, ist von den Epigonen und dem Münchhausen  
wirklich befruchtendes Leben ausgegangen, und die Dornovelle  
aus dem Münchhausen ist Volksbuch geblieben bis zum heutigen  
Tag oder verdient wenigstens es zu sein.

**Eine Ausstellung von Werken des verstorbenen Malers  
Robert Warthmüller** ist am Donnerstag im zweiten  
Corneliussaale der Nationalgalerie eröffnet worden.

**Theater-Chronik.** Im Schiller-Theater kommt heute  
zur ersten Aufführung das einaktige Lustspiel „Unter Bräubern“  
von Paul Heyse und der Schwank „Der Zankapfel“ von Paul  
Vindau. Diesen beiden Stücken voran geht Jordan's drei-  
aktiges Lustspiel „Durchs Ohr.“ Morgen Nachmittag geht  
als Schüllervorstellung Wilhelm Tell in Szene. — Der  
Berein Probebühne hat mit Rücksicht auf die am  
nächsten Sonntag im Berliner Theater stattfindende Wohl-  
thätigkeitsmatinee die bereits angekündigte Aufführung der Fagen-  
macher von Karl Weismesser und des Einakter Die beiden Doktoren  
von Edela Häst um 8 Tage verschoben. — Im National-Theater  
wird heute statt des angekündigten Schauspielers Der Parter  
von Kirchfeld auf allgemeines Verlangen das bekannte Berliner Sit-  
tenbild Am Abgrund gegeben. Morgen geht Lessing's Nathan der  
Welse in Szene. — Konrad Dreher bringt nächsten Montag  
im Zentraltheater die Poffe Gasmir und Sidor  
und den Einakter Der blaue Teufel zur Aufführung. — Lonsant  
prodigue, die dreiaktige Pantomime, die Sonntag, 26. April in der  
Wohlthätigkeitsmatinee des Berliner Theaters zur Aufführung  
kommt, war vom Verfasser Michel Carré fils und dem Komponisten  
André Wormser ursprünglich nur für einen Pariser Künstlerverein  
bestimmt und wurde am 14. Juni 1890 in Cercle faman-  
bulesque zum ersten Male aufgeführt. — Das Lustspiel-Ensemble  
des Lessing-Theaters wird demnächst im Bremer Stadt-  
Theater gastiren. — Für das Theater des Westens ist  
nunmehr auch Frau Auguste Wilbrandt-Pandius engagirt worden.  
Herrmann Sudermann feiert am 30. April das Jubiläum  
des vierhundertfünzigsten Abends, welcher der Darstellung seiner  
Werke im Lessing-Theater gewidmet ist. Es wurden gegeben:  
Die Ehre 177 Mal, Sodoms Ende 84 Mal, Heimath 136 Mal  
und Die Schmetterlingsflucht 27 Mal, dazu 26 Wiederholungen  
von Glück im Winkel. — Auf der Bühne des Olympia-  
Riesentheaters, Ede Magaginstrasse, wird z. Z. die Regen-  
vorrichtung angebracht, durch welche eine Feuersgefahr absolut aus-  
geschlossen ist, da hierdurch die Möglichkeit gegeben ist, die ganze  
Bühne im Zeitraum von einigen Sekunden unter Wasser zu  
legen. — Zwischen Polini und der nach Amerika ausgerichteten  
Sängerin ist jetzt wieder Frieden geschlossen worden. Die  
Künstlerin tritt in der nächsten Saison wieder im Hamburger  
Stadttheater auf. Wäse Jungen behaupten, daß die ganze  
Kontrabassgeschichte, die seinerzeit viel Geschrei erregt hat,  
nichts als ein abgekartetes Spiel gewesen sei.

## Vermischtes.

**Friedrich II. von Preußen** renommirt bekanntlich gern mit  
seiner Toleranz in religiösen Dingen. Dies geschieht auch in  
einem kurz nach dem siebenjährigen Kriege geschriebenen Brief an  
die bigotte Kaiserin Maria Theresia, der jetzt die Kunde durch  
die Presse macht. In einer an sich gleichgültigen Sache schreibt  
der König: „Nun zweifle ich keineswegs, Gw. Kaiserl.  
und Königl. Majestät werden mir die Gerechtigkeit wider-  
fahren lassen und mir glauben, daß die Rücksicht auf

Religiöse Vortheile bei mir weder in Ab-  
ministration der Justiz noch in Distribution der Gnaden den  
allergeringsten Eindruck mache. Von meinen Unter-  
thanen fordere ich weiter nichts als bürgerlichen Gehorsam und  
Treue. So lange sie hierunter ihre Pflicht beobachten, erschreke ich  
mich wiederum verbunden, ihnen gleiche Günst, Schutz und  
Gerechtigkeit angedenken zu lassen, von was vor Spekula-  
tiver Meinung in Religionsfachen sie auch  
sonst eingenommen sein möchten. Diese zu beurtheilen  
und zu richten überlasse ich lediglich demjenigen, welcher  
über die Gewissen der Menschen allein zu gebieten  
hat und von dem ich mir so verkleinerliche Vorstellungen  
nicht machen kann, daß ich glauben sollte, daß er zur Aus-  
scheidung seiner Sache menschliche Assistenzen von  
nöthen hätte, oder ihm angenehm sein könnte, wenn man  
ihn hierunter, es sei durch Gewalt, oder durch Kunstgriffe, oder  
andere, indirekte Wege beförderlich zu sein vorbildet.“

Hundertdreißig Jahre nach dieser Kundgebung des „er-  
leuchteten Despoten“ ertrug sich Preußen-Deutschland beinahe  
des berühmten Religions-Paragraphe im Strafgesetzbuch.

**Ueber Ahlwardt mit dem Revolver** berichtet die „New-  
Yorker Staats-Zeitung“ vom 8. d. M.: „Vor Reforder  
Mc. Donough in Hoboken hatte gestern der „warme Empfang“,  
den man dem Judenheger Herrmann Ahlwardt am Montag  
Abend in der ersten Straße bereitet, ein Nachspiel. Ahlwardt,  
der nebst seinen Angreifern verhaftet wurde, weil er einen Revolver  
geziogen, war im Laufe der Nacht gegen Bürgerschaft, die der Wirth  
Alfred Blume gestellt hatte, entlassen worden, blieb aber in Hoboken,  
um sich rechtzeitig zum Verhör einfinden zu können. Er hatte Anwalt  
J. L. Weller engagirt und wurde zuerst vernommen. Der „Rektor  
aller Deutschen“ erzählte dem Reforder, wobei sein Sekretär Ernst  
Wendel als Dolmetscher fungirte, daß er auf dem Wege nach  
dem Lokale, wo eine Versammlung des „Antisemitenvereins“ statt-  
finden sollte, von etwa 100 Juden umringt und mit dem Tode  
bedroht worden sei. Auf die Frage des Reforder, ob er einen  
Revolver geziogen, fuhr Ahlwardt fort, daß er nach einem  
Studium der Bundesverfassung zu der Ansicht gekommen sei,  
daß er einen Revolver tragen könne. Er habe deshalb in  
New-York um die Erlaubnis dazu nachgesucht und diese  
auch erhalten. Als er angegriffen worden, habe er den Revolver  
geziogen. Weller war auch der Ansicht, daß ein Ausländer ein  
Recht habe, eine Waffe zu tragen, und der Reforder verlagte das  
weitere Verhör bis Nachmittags, wobei er bemerkte, daß Ahlwardt  
ein öffentlicher Gemeinshaden sei, weil er überall Unruhestörungen  
verursache; die Israeliten hätten jedoch kein Recht, Ahlwardt  
anzugreifen, und die drei Arrestanten wurden unter Prozes-  
bürgschaft gestellt. Ahlwardt mußte auch Bürgerschaft stellen,  
daß er als Kläger erscheinen werde. Am Nachmittags  
bewies Weller zwar nicht die Nichtigkeit seiner Behauptung,  
aber Ahlwardt wurde von Reforder dennoch ohne Strafe ent-  
lassen. Ehe das Verhör beendet war, irrte Michael Karons-  
berg von Nr. 364 erste Straße, Hoboken, einen Haftbefehl gegen  
den Judenheger erwirken, weil dieser ihn mit dem Revolver  
bedroht habe, aber der Reforder ging nicht darauf ein. Karons-  
berg erwirkte dann einen Haftbefehl beim Friedensrichter Sey-  
mour, und nachdem Ahlwardt vor den Richter gebracht und  
gegen 300 Dollar Bürgerschaft für sein Erscheinen zum Prozesse  
entlassen worden, ließ er Karonsberg wegen Meineids ver-  
haften.“

**Vom Treiben der gebildeten Jugend.** Wegen Zwei-  
tampfs mit tödlichen Waffen (Mensuren) verurtheilt nach der  
„Vols-Ztg.“ in Kachen die Strafkammer vierzehn Schüler der  
dortigen technischen Hochschule zu je drei Monaten Festung.

**Eisenbahnunglück.** Aus München wird vom 23. April  
berichtet: Auf der Station Laubersfeld stießen gestern Abend ein  
Personenzug und ein Güterzug zusammen. 13 Wagen sind stark  
beschädigt. Eine Person wurde verletzt. Der Materialschaden  
ist bedeutend.

**Zweideutig.** Aus einem thüringischen Orte wird folgendes  
drollige Mißverständnis berichtet: Ein dortiger Verein hielt  
eine Sitzung ab; das Protokoll der vorigen war verlesen, ein  
Vortrag gehalten und darüber diskutirt worden; endlich kam  
man zur Erledigung des Protokollens. Nachdem einige  
Fragezettel gedünst und beantwortet worden waren,  
entfaltete der Vorsitzende einen Zettel, aus dem er  
laut vorlas: „Ihr seid ja alle Brummochsen!“ Und  
gleich hinterher entfuhr dem Vorstehenden die Ausrufung: „Das  
ist doch gar keine Frage!“ Er wollte damit natürlich nur  
sagen, daß der Fragekasten nur für Fragen bestimmt sei,  
aber die Zweideutigkeit seiner Worte entfachte alsbald allgemeine  
Heiterkeit.

**Die ergiebigste Petroleumquelle der Welt** befindet sich  
auf dem europäischen Kontinent und zwar bei der russischen  
Stadt Baku. Sie giebt neben dem sie umgebenden Petroleumsee  
dem Zarenfürsten Abbasoloff, dem reichsten Manne der  
genannten Stadt. Diese Erdölquelle dringt mit riesiger Kraft  
aus der Erde und springt bis zu einer solchen Höhe, daß man  
sie meilenweit sehen kann. Der Ertrag dieser Quelle beträgt  
täglich 36 000 000 Pund, die, nach dem heutigen Petroleumpreise  
berechnet, dem glücklichen Besitzer 100 000 Fr. per Tag eintragen  
würden, wenn es ihm möglich wäre, diese ungeheuren Quantitäten  
immer an den Mann zu bringen.

**Die Röntgen'schen X-Strahlen** sind bereits gerichtlich  
funktionsirt. Aus Wlchita in Kansas wird nämlich unterm  
4. April berichtet: Das hiesige Bundes-Distriktsgericht hat  
Kathodenbilder, die nach dem Röntgen'schen Verfahren hergestellt  
sind, als gültiges gerichtliches Beweismittel faktisch anerkannt.  
Ein gewisser Peter Noel, dem aus der Santa Fe-Bahn ein  
Unfall zugefallen war, klagte gegen die Bahngesellschaft auf  
40 000 M. Schadenersatz, weil ihm ein Handgelenk durch die von  
der Bahn angestellten Kräfte falsch eingerichtet und er auf  
diese Weise verkrüppelt sei. Es entstand nun die Frage,  
auf welche Weise der beste Beweis für den Zustand des Hand-  
gelenks erlangt werden könne, und der Gerichtshof, sowie die  
interessirten Parteien kamen darin überein, daß der Zweck am  
besten durch Aufnahme eines Kathodenbildes nach Röntgen'schem  
Muster erreicht werden könne. Infolge dessen beauftragte der  
Gerichtshof Herrn L. Blake, Professor der Elektrizität an der  
Staatsuniversität, ein solches Bild in Gegenwart von Zeugen im  
Gerichtssaale selbst aufzunehmen. Die Aufnahme sollte am  
5. April stattfinden; wie sie ausgefallen ist und ob Peter Noel  
seinen Prozeß gegen die Bahngesellschaft mit Hilfe der X-Strahlen  
gewonnen hat, darüber liegen noch keine Nachrichten vor.

## Briefkasten der Redaktion.

**Verein für gesundheitgemäße Erziehung der Jugend.**  
Das Lokal, in welchem Sie tagen, ist für uns nicht frei, deshalb  
kann die Notiz nicht in unseren Vereinskalendar ausgekommen  
werden. — Verein „Psyche“. Deßgl. und außerdem auch noch  
Kloppfeiler!

**Schriftsteller.** Wenden Sie sich an Viehle, Schwedterstr. 33,  
dort erhalten Sie Auskunft.

**G. N. 48.** Für Leute, welche in der Lage sind, s ä m t l i-  
che Separatausstellungen neben der Ausstellung besuchen zu  
können, bietet das Buch allerdings Vortheile, da auf dasselbe  
vielenfalls mehr oder minder erhebliche Eintrittspreise-  
ermäßigungen zuerkannt sind.

**Tambour 1000.** In Moabit, Verlegerstr. 9, bei Ditt-  
mann, Mittwoch und Sonnabend von 9—10 Uhr abends.

**Th. Lehmann.** Zur Veröffentlichung eignet sich Ihre Zu-  
schrift nicht. Wir haben sie einem Vertrauensmann der Schnell-  
übergeben.



## Abgeordnetenhause.

58. Sitzung vom 23. April 1896, 11 Uhr.

Am Ministerische: Thielens, Frhr. v. Hammerstein, Dr. Miquel und Kommissarien.

Die Novelle zur rheinischen und westfälischen Städte-Ordnung (anderweite Fristfeststellung zur Auslegung der Wählerlisten) wird in dritter Lesung angenommen und sodann die erste Lesung der Kreditvorlage für Eisenbahnen und Kornhäuser mit der Debatte über die letzteren fortgesetzt.

**Abg. v. Meubel (L.):** Die Vorlage enthält manches, was angriffsweh wäre. Bemerkenswert für uns ist, daß die Regierung sich der Ansicht zuneigt, die Preisbedingungen für Getreide seien nicht allein in der Produktion und dem Angebot zu suchen. Daß diese Angebots-theorie falsch ist, haben wir längst begriffen; die Preise werden zum Schaden der Landwirtschaft beeinflusst vom Jobberthum der Börse. (Sehr richtig!) Die Getreideproduktion der Welt war in den letzten 6 Jahren viel geringer als früher; trotzdem sind die Preise weiter gesunken. Deshalb ist auch kaum zu erwarten, daß die Silos einen bemerkenswerten Einfluss auf die Preisbildung üben werden; das kann nur durch den Antrag Kaniz, durch Vorrathänderung, durch Verbot des Zerminhandels, überhaupt durch große Mittel erreicht werden. Wir wollen der Vorlage zustimmen, weil sie einen gutgemeinten Versuch der Regierung enthält und ja auch sehr günstig in einzelnen Fällen wirken kann; nur dürften die Bauern wenig Nutzen von der Vorlage haben, da das Genossenschaftswesen bei ihnen noch nicht genügend entwickelt ist. (Sehr wahr! links.) Den Bauern wird diese Einrichtung Gelegenheit zu einer besseren Schulung geben; nicht unbedenklich ist auch die mit dem Silo verbundene Anregung zur Spekulation; die Verwaltung wird vielfach Schwierigkeiten machen. Ob bei unseren klimatischen Verhältnissen Silo-Einrichtungen zweckmäßig sind; darüber bin ich sehr zweifelhaft (Sehr richtig!) Nützlich wird es jedenfalls sein, eine feste Organisation der Genossenschaften für Kornhäuser zu verlangen. Ob freie Genossenschaften für den Betrieb der Kornhäuser nicht am besten wären, bleibt zu erwägen. Auch an die Konstruktion von Eisenbahnwagen, die zum Transport von Getreide ohne Säcke dienen, sollte die Regierung denken. Auch insofern müßte ein Schutz des Getreidehandels stattfinden, daß eine weitere Entwidlung der Warrant-Gesetzgebung nicht etwa in der Richtung stattfindet, die sie in Amerika genommen hat.

**Abg. Herold (Z.):** Daß durch die Silos eine Preissteigerung herbeigeführt wird, ist nicht wahrscheinlich; dagegen wird der Landwirt Nutzen haben von der leichten Lombardierung des gelagerten Getreides, wobei allerdings eine weitere, schädliche Entwidlung der Warrant-Gesetzgebung zu vermeiden wäre. Ein reger Verkehr der Genossenschaften wird nötig und zu fördern sein; auch sollte die Regierung erwägen, ob nicht die Errichtung kleiner Silos zweckmäßiger wäre. Allzu große Hoffnungen setzen wir auf die Vorlage nicht, wollen derselben aber als einem Versuche zustimmen.

**Abg. v. Tiedemann-Bomst (fr.):** Meine Freunde betrachten die Vorlage als einen interessanten Versuch, aber keineswegs als eine der Landwirtschaft gemachte Zuwendung. (Sehr richtig!) Auf die Preisbildung werden die Silos wenig Einfluss haben, denn eine Zurückhaltung des Getreides vermag dauernd höheren Preis zu erhalten; es ist ganz gleichgültig, ob die Kornvorräthe im Lande in Scheunen oder im Silo liegen; die Händler wissen das sehr genau. Die kleinen Grundbesitzer werden von den Silos weniger Vortheil haben, als die Großgrundbesitzer. Die Landwirtschaftskammern sind nicht die geeigneten Faktoren, um die Verwaltung der Silos in die Hand zu nehmen. Für die Verproviantirung der Armee werden die Kornhäuser von großer Wichtigkeit werden.

**Abg. Frhr. v. Erffa (L.):** Ich will der Vorlage zustimmen, weil man bei der gegenwärtigen Nothlage der Landwirtschaft kein Mittel unversucht lassen soll. Der Regierung wird es hoffentlich nur lieb sein, wenn wir unsere Bedenken sämtlich hier zum Ausdruck bringen. Ob die Vorräthe im Silo nicht nachtheilig wirken werden, bleibt abzuwarten; möglich ist, daß die Lagerscheine auf dem Markte die Preise drücken. Besser wäre es gewesen, wenn die Regierung die Wirkung der Börse reform erprobt und noch ein Jahr mit der Vorlage gewartet hätte. Entscheidend für die Sache wird sein, ob es gelingt, den rechten Mann für die Siloverwaltung zu finden.

**Minister v. Hammerstein:** Es handelt sich hier um einen neuen Versuch, bei dem alle theoretischen Erörterungen nichts nützen; es muß aber praktisch an die Sache herangetreten werden. Die Grundidee der Vorlage stimmt überein mit einer Idee des Herrn v. Graß, der da glaubt, daß ein Einfluss auf die Preisbildung durch ein zusammenhängendes Netz von Kornhäusern in Deutschland geübt werden könnte. Daß die Regierung Ihnen ein Warrant-Gesetz nicht vorlegt, kann ich Ihnen nicht versprechen; sorgen Sie nur für eine Volksvertretung, die ein solches Gesetz nicht annimmt. Wer die Leitung der Kornhäuser übernehmen wird, das wird ebenfalls Sache des Versuchs sein; am besten werden die Genossenschaften die Verwaltung übernehmen, aber man braucht die Landwirtschaftskammern nicht anzuschließen. Die Lombardierung der Vorräthe wird namentlich da vortheilhaft sein, wo die Verwaltung der Silos genossenschaftlich organisiert ist, weil dann die Zentralgenossenschaftskasse eingreifen kann. Das Warrantgesetz wird zu einem für die Landwirtschaft günstigen Abschluss gelangen und es lag daher kein Grund vor, mit der Vorlage noch länger zu warten. Im Gegensatz zu verschiedenen Rednern glaube ich, daß die Silos gerade den kleinen Landeuten zu gute kommen werden.

**Abg. Brömel (fr. Vg.):** Auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens hat die Landwirtschaft bedeutendes geleistet und man hätte die Bildung von Kornhäuser-Genossenschaften der privaten Initiative überlassen können. Die ganze Vorlage beruht auf einer falschen Vorstellung von der Preisbildung und deshalb wird sie auch unwirksam sein. Den Forderungen der Landwirtschaft gegenüber bedeutet sie nur ein Trinkgeld. Im übrigen ist sie von einer geradezu rührenden Einseitigkeit, denn mit keinem Worte denkt sie an die Möglichkeit des Mißlingens. Ein kapitalkräftiger Kornhandel ist eine dringende Nothwendigkeit für die Wohlfahrt der Nation.

**Minister Dr. Miquel:** Die Benutzung der Lagerhäuser wird nur gegen Entschädigung zu gestatten sein, denn sie sollen ein wirtschaftliches Unternehmen sein, wenn auch der Staat nicht darauf drängen wird, großen Nutzen daraus zu ziehen, sondern sich mit einem bescheidenen Zinsfuß für das Anlagkapital begnügen wird. Der Kredit der Genossenschaften wird sehr gehoben werden, wenn sie ihre landwirtschaftlichen Produkte lombardiren können. Hier kann man jedenfalls nicht behaupten, daß es eine Liebesgabe an den Großgrundbesitz ist. Ich freue mich, daß das Haus der Sache mit so ruhigen Erwägungen näher tritt. Vor-

Prinzipien brauchen wir uns nicht zu fürchten, denn die gesunde Praxis hat sich noch immer stärker erweisen, als einseitige Theorien, sei es wirtschaftlicher, sei es politischer Natur.

**Abg. v. Bockelberg (L.)** bekämpft die Ausführungen des Abg. Brömel. Die Vortreibbildung können wir nicht entscheidend beeinflussen; aber man soll auch nicht glauben, daß die Preisbildung allein vom Angebot der Waare abhängig ist. Die Verwaltung der Kornhäuser giebt eine Gewähr dafür, daß die Vorräthe nicht in illoyaler Weise zur Preisbildung verwendet werden.

**Abg. Sieg (natl.):** Die genossenschaftliche Leitung der Silos wird man jedenfalls so gestalten müssen, daß dem Eigentümer des Getreides der Verkauf allein gesichert bleibt, denn sonst ladet die Genossenschaft eine große Unzufriedenheit der Beteiligten auf sich. Ein gesunder Kern steht jedenfalls in der Vorlage.

**Abg. Müller (natl.):** Die Vorlage ist jedenfalls ein glücklich gewähltes Mittel, um der agrarischen Agitation entgegen zu wirken; gehen wir an den Versuch ohne überschwellige Hoffnungen und versuchen wir die Vortheile der neuen Anlage den Landwirthen zuzuwenden.

**Abg. Gothein (fr. Vg.):** Öffentliche Speicher sind wichtig und nötig; aber sie sollen nicht einem bestimmten Berufe, sondern allen zugänglich sein, nicht bloß den Bauern, sondern auch den Mäulern und Händlern. Wollte man die Vorlage in diesem Sinne ändern, so würde ich dafür stimmen und sogar weitergehende Forderungen stellen. Am besten wäre es, wenn die Eisenbahn diese Speicher baute. Privat Speicher waren bisher noch immer ein ganz rentables Unternehmen. Dem Verwalter werden Sie die selbständige Verkaufsbefugniß nicht ertheilen dürfen.

Die Debatte wird geschlossen. — Die Vorlage geht an die Budgetkommission zur Vorberathung.

Morgen 11 Uhr: Handelskammer-Vorlage.

Schluss 4 Uhr.

## Verfammlungen.

Die Proletarierin und die Gesehgung lautete das Thema eines Vortrages, den Genosse Liebtrecht am Dienstag in einer Volksversammlung hielt, die den Saal der Kronenbrauerei bis auf den letzten Platz füllte und die auch von Frauen recht zahlreich besucht war. Der Redner erörterte zunächst die Frage: Wie entstehen die Gesege und wer macht dieselben? Er beantwortete diese Frage dahin: Obgleich die Arbeiterklasse mit dem übrigen arbeitenden Volk die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bildet, ist deren Mitwirkung bei der Gesehgung ohne maßgebenden Einfluss. Im Reichstage stehen den 47 sozialdemokratischen Abgeordneten, den einzigen Vertretern des arbeitenden Volkes, 350 Vertreter der Interessirten des Besitzes gegenüber. Zwar sind ja auch die Antisemiten von kleinen Leuten gewählt worden, auch geben sie vor, die Interessen derselben zu vertreten. In Wirklichkeit aber sind sie nichts anderes, als ein Schwanz der konservativen Partei, welche auf dem Boden des modernen Kapitalismus steht. Demnach sind die Millionen des arbeitenden Volkes im Reichstage durch eine winzige Minderheit, die kleine Klasse der Kapitalisten, die oberen Zehntausend dagegen durch die überwiegende Mehrheit vertreten. Gerechter wäre das umgekehrte Verhältniß. Ursache des Mißverhältnisses ist die mangelnde politische Bildung der Mehrzahl der Wähler. Wer gebietet denn nun zu dem Volk, dessen Rechte und Interessen in der Gesehgung zum Ausdruck kommen sollen? Etwas bloß die Männer? Nicht auch die Frauen? Wenn den Frauen heute noch die politischen Rechte vorzuenthalten werden, so ist das ein Ueberbleibsel von jener Anschauung aus dem Zeitalter der Barbarei, die dem Manne auf Grund seiner kriegerischen Leistungen die Herrschaft über die Frau zuerkannte. Eine derartige Anschauung aber und die daraus hergeleitete Rechtslosigkeit der Frau ist eines Kulturvolkes unwürdig. Womit läßt sich denn die Zurücksetzung des Weibes heute noch begründen? Hat die Frau etwa weniger Denvermögen, geringere geistige Fähigkeiten, als der Mann? In einer früheren Versammlung, die gleichfalls der Frauenagitation diente, habe ich ausgeführt, daß in Amerika der die höchste geistige Leistung erreichende Beruf: die Lehrerbätigkeit, vorwiegend von Frauen ausgeübt wird und zwar mit bestem Erfolg. Selbst denn die Frau für die Gesellschaft weniger als der Mann? Der Frau liegt die Kindererziehung — die Heranbildung des kommenden Geschlechts — ob, sie hat das Hauswesen zu besorgen und muß in den meisten Fällen auch für den Erwerb thätig sein. Man kann wohl mit recht sagen: die Frau verrichtet die größere Hälfte der Arbeit für die Gesellschaft. Aber im öffentlichen Leben hat sie nicht mitzureden. Sie ist ausgeschlossen vom allgemeinen Wahlrecht, sie kann nicht gewählt werden in den Reichstag, den Landtag, die Gemeindevertretungen. Das ist eine Ungerechtigkeit und erinnert an die Sitten der Barbaren, wo alle Rechte den Männern zustanden, alle Arbeit aber den Frauen aufgebürdet wurde. Man sagt, die Frauen hätten kein Verständnis für Politik. Als im Jahre 1867 zum erstenmal das allgemeine Wahlrecht für den norddeutschen Bund ausgedeutet werden sollte, gab es so manchen Mann, der, nicht wissend, was er mit seinem Stimmzettel anfangen sollte, sich beim Pfarrer, beim Ortschulzen oder beim Polizeidiener Rath holte. Ähnliches kommt, wie ich in der Wahlprüfungskommission erfahren habe, auch heute noch manchmal vor. Gätten die Frauen seit 1867 das allgemeine Wahlrecht gehabt, sie würden es jetzt ebenso gut zu benutzen verstehen, wie die Männer. Unter den Reichstagswählern, die der Arbeiterklasse angehören, giebt es noch sehr viele, welche in Verkennung ihrer eigenen Interessen, einem Vertreter der Kapitalistenklasse ihre Stimme geben. Wäre dem nicht so, dann hätten die Vertreter des arbeitenden Volkes die Mehrheit. Die Männer haben also gar kein Recht, die Nase zu rümpfen über den politischen Unverstand der Frau. Allerdings giebt es unverständige Frauen so gut wie unverständige Männer. Das ist aber wesentlich eine Folge unseres mangelhaften Erziehungswesens. Wir Deutschen, das Volk der Intelligenz, haben u. Z. einer Reihe Kulturstaaten, wozu ich Rußland nicht rechne, die schlechtesten Schulen, in denen die Erziehung der Knaben schon ungenügend ist, die der Mädchen aber noch viel mehr vernachlässigt wird. Redner geht näher ein auf unser heutiges Bildungswesen, das bezüglich des weiblichen Geschlechts in den oberen Klassen noch oberflächlicher und mangelhafter sei, als in den Arbeitertreihen, wo die Noth des Lebens in mancher Hinsicht eine gute Lehrmeisterin sei und kommt zu dem Schluss: deshalb müssen wir neben dem politischen Kampf für bessere Erziehung sorgen. Der Redner bespricht nun das Interesse, welches die Proletarierin an der Gesehgung hat, und verbreitet sich über die letzten Kriege und deren Folgen für das deutsche Volk. Wortweise haben wir durch diese Kriege nicht gehabt. Deutschland hat wohl Vorbeeren geerntet. Der Lorbeer ist aber, wie jeder Pflanzenkundige weiß, eine Giftpflanze, — und zwar eine, an der ganze Völker zu Grunde gehen. An dem Gland, daß durch die Kriege über zahllose Familien gekommen ist, trägt die Frau viel schwerer als der Mann. Während der Soldat, vom Kaufe des Krieges mit fortgerissen, leicht die Sorgen vergißt, sitzt die Gattin, die Mutter in banger Sorge daheim,

nach jeder Siegesbotschaft besüchzend, daß der Gatte, der Bruder, der Sohn sich unter den Opfern des Sieges befindet. Ja, was ist selbst der Tod auf dem Schlachtfelde gegenüber dem durch ihn hervorgerufenen Schmerz und Gland der Hinterbliebenen? Die Kriege und all das in ihrem Gefolge austretende Gland würden unterbleiben, wenn die Volksoberleitung, an der auch die Frauen theilhaftig sein müssen, über Krieg und Frieden zu bestimmen hat. Im weiteren bespricht der Redner ausführlich die indirekte Steuer-gesehgung und weist an den Zahlen des Etats für 1896/97 im einzelnen nach, wie schwer die indirekten Steuern gerade auf dem Unbemittelten lasten. Sie betragen, die Vertheuerung der Brotpreise durch die Kornsilos in Rechnung gezogen, pro Kopf der Bevölkerung 21 Mark im Jahre, also für die Familie von fünf Köpfen 105 M. das Jahr. Die indirekten Steuern wirken, da sie auch von den unentbehrlichsten Lebensmitteln erhoben werden, wie eine Kopfsteuer, den Reichen nicht mehr belästigend als den Armen, und darum thatsächlich den Armen viel härter treffend als den Reichen, der auch nur einen Mangel hat. Das ist ein schweres Unrecht, erklärt sich aber daraus, daß die Herren mit den tragfähigen Schultern im Reichstage das Heft in Händen haben. Weil nun die Frau unter diesem Unrecht in gleicher Weise leidet, wie der Mann, so ist es nicht mehr wie billig, daß sie auch bei der Gesehgung mitzureden hat. Der Redner kommt nun auf das bürgerliche Gesehbuch zu sprechen und führt unter anderem aus, daß in demselben alle die veralteten Ansichten über die Rechte, oder richtiger die Rechtslosigkeit der Frauen enthalten sind. Der Grundgedanke in dieser Hinsicht sei: alles Recht für den Mann und nichts für die Frau. Unterordnung der Frau unter den Mann, statt Nebenordnung beider. Auch in diesem Gesehbuch kommt wieder die Ansicht der Minderheit zum Ausdruck, welche die Rechte der Gesehgung handhaben; das ist aber nur eine Minderheit der Bevölkerung, und zwar eine rückständige Minderheit. Hinsichtlich der Stellung unserer Parteigenossen zu der Frauenbewegung meint der Redner: es genüge nicht, wenn man die Gleichberechtigung der Frauen nur im Programm anerkennt, vielmehr müsse jeder Genosse dieselbe im eigenen Hause zuerst zur Geltung bringen, und dort, wo die Frau den Mann von der Theilnahme an öffentlichen Leben zurückzuhalten suche, dieselbe aufzuklären sich bemühen. Wo Mann und Frau in einem so intimen Verhältniß wie dem der Ehe zusammenleben, da muß es beider Pflicht sein, sich gegenseitig geistig zu fördern und zu erziehen. Gerade in unserem Kampfe für bessere, wahrhaft menschenwürdige Verhältnisse müssen Mann und Frau Hand in Hand gehen, um das zu erreichen, was unser Ziel ist: die Gleichberechtigung der Frau zu schaffen durch die Gleichberechtigung der Arbeiterklasse. Die Macht des Kapitalismus wird nur durch die Unterdrückten überunden werden. Darum müssen wir alles aufbieten, um auch die Frauen für das Heer der Sozialdemokratie als Mittäufende zu gewinnen, um so, wenn Arbeiter und Arbeiterin Schulter an Schulter für ihre Rechte kämpfen, den Sieg zu erringen.

Dem Vortrage folgte allseitiger lebhafter Beifall. Nachdem von mehreren Rednerinnen die Frauen noch besonders zur politischen Betätigung aufgefordert wurden, fand die Versammlung ihren Schluss in einem dreifachen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung.

Die Anarchisten haben gestern ebenfalls Stellung zum Arbeiter-Weiseiertag, zum 1. Mai, genommen. Dieselben gedenken den 1. Mai auch zu feiern, aber nicht wie die Sozialdemokratie, welche ihrer Meinung nach die ganze Sache verpfuscht und zu einem Parteigeschäft gemacht hat, sondern seiner Bedeutung entsprechend als eine internationale Demonstration gegen die Ausbeutung des Kapitals durch Verweigerung der Arbeitskraft. Daß die Arbeit ruhen bleibt, betrachten sie als selbstverständlich. Herr W i l e plädierte dafür, die Befolgung von Einkäufen, den Besuch von Versammlungen und Vergnügungen u. z. zu vermeiden, um nicht andere zur Arbeit zu zwingen. Schlecht kam der Konsums-rath v a n d a u e r weg, welcher sich mit seinen Genossen dadurch in Widerspruch gesetzt hatte, daß er 1. Mai unter den gegebenen Verhältnissen als zwecklos fallen zu lassen. Ihm wurde der Kopf gehörig gewaschen.

Von Herrn Emil Durra, im Hause M. v. Rosen-thal u. Co., geht uns die folgende Verichtigung zu: „In der 2. Beilage Ihres geschätzten Blattes vom heutigen Tage befindet sich in der Berichterstattung über die Versammlung der Schneider vom 20. April eine Stelle, um deren gest. Verichtigung ich Sie ersuche. Es heißt darin, daß ich geäußert haben soll: Unter den Linden gehen, dort können Sie vorher nach dem Preise fragen. Dem war nicht so, vielmehr ging meine Andeutung dahin, daß Geschäfte unter den Linden, wie Greber und Jean Jacques, Zahlesel und Windmann allerdings in der Lage sind, viel höhere Preise zu zahlen, als ein Engros-Geschäft, dem ich die Ehre habe anzugehören. Indem ich um gest. Verichtigung bitte, ersuche gleichzeitig um gest. Namensnennung, damit ich den Betreffenden zur Rechenschaft ziehen kann.“

Die Auslegung, die Herr Durra seinen Worten giebt, wird in Berlin mit Kopfschütteln angenommen werden. Die in der Versammlung gemachte Deutung schien zum mindesten näherliegend. Ein anderer Herr, der sich eine ähnliche Aeußerung zu schulden kommen ließ — berichtet uns: Wir weisen übrigens die — Zumuthung, Herrn Durra Demingantendünste zu leisten, mit der gebührenden Verwunderung ab.

Der Verband der Handels-Hilfsarbeiter hatte am 15. d. Mts. in Holz-Friedrich, Alte Jakobstr. 75, seine Generalversammlung anberaumt. Zunächst theilte Labewig mit, daß die zur Benutzung stehende Bibliothek am 2. Mai eröffnet wird und alle Bücher zurückzuliefern sind. Dem Verband sind im letzten Vierteljahr 333 neue Mitglieder beigetreten. Sodann wurde der Beschluss der letzten öffentlichen Versammlung verlesen, wonach jeder Kollege, welcher den 1. Mai nicht feiern kann, einen Theil seines Arbeitsverdienstes in dazu bestimmten Marken der Agitation spendet. Hierauf giebt der Kassirer Kähler den Kassensbericht vom letzten Quartal, der in Einnahme 4429,93 M. und in Ausgabe 3553,40 M. ausweist. Mit einem vorhandenen Bestande von 6577,55 M. verfügt der Verein über ein Vermögen von 7054,08 M. Nach einzelnen Anfragen wurde dem Kassirer auf Antrag der Revisoren Decharge ertheilt. Der Bericht des Arbeitsnachweises gestaltet sich wie folgt: Vom 1. Januar bis 31. März wurden 266 Stellen gemeldet. Für fest wurden 78, zur Ausschiffung 54 besetzt. Unbesetzt blieben 132 Stellen, 24 wegen zu langer Arbeitszeit, 48 wegen Mangel an geeigneten Kräften, 34 wegen schlechten Lohns, 6 Stellen wurden anderweitig vergeben, 33 falsch und zu spät gemeldet, ohne nähere Angaben waren 20 Stellen. Die längste Arbeitszeit betrug 18 Stunden, die kürzeste 9 1/2 Stunden. Der niedrigste Wochenlohn belief sich auf 14 M., der höchste auf 21 M. Es meldeten sich im Quartal 147 arbeitslos, 63 füllten die Kontrollkarten aus und 15 Kollegen nicht. Die 63 Kollegen waren 168 Wochen 6 Tage arbeitslos, durchschnittlich 18 1/2 Tage. Gründe der Entlassung: Gemahregelt 1, Vorwärts liest 1, weil er dem Verband angehört 1, wegen Streik 1, 600 M. Kautions-tahen soll und keinen Lohn erhält 1, keinen Lohn bekommt 1, durch Diebstahl 1, schlechte Behandlung 8, Krankheit 8, Mangel an Arbeit 38, Geschäftsaufgabe 4, zu alt 1, zu langer Arbeitszeit 14, ohne Angabe 9, wegen höherer Lohnforderung 8, Differenzen 28 Kollegen.

\*) Verpfändbare Lagerhausheine.

Die Tätigkeit des Bureau gestaltete sich im 1. Quartal folgendermaßen: Eingegangene Schriftstücke 426. Ausgegangene Schriftstücke 558. Erteilte Auskünfte über Gewerbegerichtssachen 67. Steuerfachen 23. Strafgesetze und Prozesse 28. Krankenversicherung 17. Zivilgesetze 21. Unfallversicherung 12. Organisationsfragen 15. Verschiedenes 82. Vertretungen am Gewerbegericht 2. Gesuche zc. wurden 48 angefertigt. Ein Antrag Kaiser-Badewig, welcher betrafte, daß neu eintretende arbeitslose Mitglieder 8 Wochen auf den Arbeitsnachweis verzichten müssen, wurde nach längerer Debatte abgelehnt.

Die Freie Vereinigung der Händler und Händlerinnen beschäftigte sich in ihrer Generalversammlung am 10. April mit der Erledigung einer Reihe geschäftlicher Angelegenheiten. Die Abrechnung weist mit einem alten Bestand von 10,88 M. eine Einnahme von 115,30 M. und eine Ausgabe von 96,75 M. auf. In den Vorstand wurden gewählt: Saß und Müller zu Vorsitzenden, Haupt und Fenske zu Schriftführern, Sepler und Beske zu Kassieren, Hirsch, Kalle und Trunsch zu Revisoren.

Der Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer und Berufsgenossen beschäftigte sich am 14. April in einer gut besuchten Generalversammlung mit dem Beschluß der letzten öffentlichen Versammlung, betr. die Auflösung beider am Orte bestehenden Organisationen. Nachdem verschiedene Redner für und gegen diesen Beschluß gesprochen hatten, wurde die Auflösung gegen eine Stimme beschlossen. Es wird den Kollegen zur Pflicht gemacht, ihre Beiträge so schnell wie möglich zu begleichen. Die Liquidationskommission wird verpflichtet, innerhalb eines Monats über ihre Tätigkeit Bericht zu erstatten. Hervorgehoben wurde, daß der Interessentenverein somit dem Beschluß der öffentlichen Versammlung nachgekommen sei, nicht so die hiesige Filiale des Verbandes.

Die hiesige Filiale des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen hielt am 15. April ihre regelmäßige Monatsversammlung ab. Nach dem Bericht des Kassiers verfügt der Verein über einen Kassenbestand von 126,89 M. Im Punkt 2 der Tagesordnung wurde die Verordnung des Bundesrats, betreffend die Regelung der Arbeitszeit in den Bäckereien, einer eingehenden Kritik unterzogen. Alle Redner waren darin einig, daß die Verordnung, trotzdem sie manche Vorteile enthält, gegenüber den vielen und schweren Mängeln im Beruf lange nicht weit genug geht. Es sei daher Pflicht der Bäckergesellen, die Organisation zu stärken, um zu den wenigen Vorteilen neue zu erringen. Hierauf wurde beschlossen, am 2. Pfingstfeiertag einen Ausflug zu unternehmen. Den streikenden Textilarbeitern in Kottbus bewilligte die Versammlung 20 M.

Die hiesige Filiale des Vereins der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen hielt am 16. April eine Generalversammlung im „Englischen Garten“ ab. Der Bevollmächtigte Schöple berichtete zunächst über die Differenzen der Träger und Trägerinnen der Firma Wunsch u. Lange. Infolge des geschlossenen Vorgehens der dortigen Kollegen sei die geplante Lohnreduktion unterblieben und die vier gemäßigten Träger wieder eingestellt. Sodann verlas der Kassier den Kassenbericht. Derselbe wies eine Gesamteinnahme von 1482,50 Mark und eine Ausgabe von 480,81 Mark auf, sodaß 991,69 M. an die Hauptkasse gefandt werden konnten. Das Privatvermögen der Berliner Filiale beträgt 468,50 M. Hierauf schloß sich der Jahresbericht der Verwaltung. Im verflochtenen Vereinsjahre fand 12 Mitgliederversammlungen, 12 Vertrauensmännerversammlungen, 43 Geschäftsversammlungen, 16 Verwaltungssitzungen und 10 öffentliche Versammlungen abgehalten. Schöple erörterte sodann noch ausführlich alle die Vortheile, die für die verschiedenen Branchen im Laufe des vergangenen Jahres erzielt wurden. Jedenfalls seien die Erfolge recht erfreulich und legen dieselben Zeugnis ab, von der Stärke der Organisation. Er könne jedoch nicht umhin, auf einen mit A. R. unterzeichneten Artikel in Nr. 10 der „Graphischen Presse“ hinzuweisen und die in demselben enthaltenen Behauptungen als völlig grundlos zurückzuweisen. Mit Ausnahme des betreffenden Artikelschreibers schlossen sich alle Diskussionsredner den Ausführungen Schöples an und wurde sodann folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Generalversammlung erklärt hiermit, daß sie mit der Geschäftsführung des Kollegen Schöple vollständig einverstanden ist und über den betreffenden Aufsatz in der „Graph. Presse“ zur Tagesordnung übergeht.“ Die Neuwahl der Verwaltung ergab folgendes Resultat: 1. Bevollmächtigter M. Schöple, 2. Bevollmächtigter Henkel, 2. Kassierer Jenzgen, 1. Schriftführer Feidler, 2. Schriftführer Reimann, Weißher Riedel, Frau Krüger und P. Schäfer. Revisoren Bräutigam, Fisch, Blaschod. Ein Antrag, am 1. Mai wie bisher den Arbeitslosen eine kleine Unterstützung zu gewähren und zu diesem Zwecke Marken zu 1 M., 50 Pf., und 25 Pf. zu veräußern, wurde angenommen, ebenso ein Vorschlag, in diesem Jahre wieder ein Sommerfest zu veranstalten. Zum Schluß kam man noch darin überein, am Himmelfahrtstage eine Partie mit Damen zu veranstalten und wurden als deren Endziel die Kalkberge Rüdersdorf in Aussicht genommen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Eine gutbesuchte Branchenversammlung der Parketbodenleger fand am 18. April bei Schöning, Köpnickstr. 68, statt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: Berichterstattung der Kommission über die mit den Arbeitgebern gepflogenen Unterhandlungen, wurde seitens der Kommission angeführt, daß ein großer Teil der Prinzipale wohl schwerlich ein richtiges Verständnis für die Situation besitzen, da eine zweimalige Einladung, die erste von Seiten der Arbeitnehmer, die zweite von einem ihrer Herren Fachgenossen, nicht vermocht habe, die Herren zu einer gemeinschaftlichen Unterhandlung zu veranlassen. Weiter wurde berichtet, daß von den in der Kommission anwesenden Arbeitgebern der neu einzuführende Tarif als durchaus angemessen bezeichnet wurde, seien doch noch vor vier Jahren erheblich höhere Löhne für Legearbeiten gezahlt worden, als sie für die neue Tarife fordere. Speziell habe Herr Wesser erklärt, er habe kein Interesse an der immerwährenden Reduzierung der Arbeitslöhne; auch er könne nur verdienen, wenn die Arbeiter auskömmlich bezahlt würden. Gerügt wurde weiter, daß seitens der Deutschen Parketbodenfabrik, welche sich den Anschein gab, als wolle sie eine Verständigung zwischen beiden Parteien andahnen, nichts geschehen ist. Wiedemann, Vertrauensmann der Holzarbeiter, legt in durchaus sachgemäßer Weise die Stellung klar, welche die Parketbodenleger Berlin einnehmen und erklärt, ein Rückwärts könne es auf keinen Fall geben. Sollten sich jetzt noch Arbeitgeber finden, welche erklären, durch Einführung des Tarifs sekundär geschädigt zu werden, so sei es ihre Pflicht gewesen, in den gemeinschaftlichen Sitzungen eine Verständigung zu suchen. Weiter weist Redner nach, daß in einer verhältnismäßig kleinen Branche sich eine Lohnbewegung viel leichter durchführen lasse, als in einem größeren Beruf. Hier könne die Situation übersehen werden, bei der Lohnbewegung der Tischler sei dieses unmöglich gewesen und dennoch sei der Erfolg ein vollständiger gewesen. Zum Schluß fordert Wiedemann die Anwesenden auf, mit aller Kraft für die Organisation zu wirken, speziell solle es jeder Parketbodenleger als seine heiligste Pflicht betrachten, auch finanziell die Sache zu fördern.

Eine öffentliche Versammlung der Möbelpolierer verhandelte am Sonntag Vormittag über die Aufhebung der Sperren. Hauptsächlich kommen hierbei größere Werkstätten in Betracht, über die Heinrich Schalk folgende Mitteilungen gab: Bei der Firma Laborenz handelte es sich um Wiedereinstellung der vier Arbeiter, die wegen der Forderungen beim Firmeninhaber vorstellig geworden sind. Der Lohnzuschlag wurde bewilligt, doch die vier Arbeiter gemäßigelt. Da letztere sich nicht mehr im Arbeitsnachweis melden, sei anzunehmen, sie haben Arbeit, somit sei die Sperre zwecklos. Bei Frischer u. Hofmann wurde ein Polierer, der die Forderungen dem Chef unterbreitete, entlassen. Erreicht wurde in dieser

Fabrik für eine spezielle Arbeit ein kleiner Lohnzuschlag. Die Arbeitszeit wurde von 60 auf 57 Stunden herabgesetzt, dagegen die 52stündige Arbeitszeit abgelehnt. Da bei dieser Firma die Polierer in bedeutender Minderheit in Arbeit stehen, im Verhältnis zu anderen Branchen, so sei auch hier ein Aufrechterhalten der Sperre zwecklos. Bei Lulat u. Weisberg wurde die 52stündige Arbeitszeit, nicht aber der Lohnzuschlag erreicht. Im allgemeinen sind hier die Löhne bei einzelnen Sachen etwas höher wie in anderen Werkstätten, doch wird ein erhöhter Verdienst deshalb nicht erreicht, weil nur kleine Aufträge in Arbeit gehen. Zur Zeit der Unterhandlungen mangelte es hier fast gänzlich an Arbeit. Als solche eintraf, wurden Arbeitskräfte eingestellt, die vordem dort nicht in Arbeit standen, daraufhin stellten sich auch einige von den alten Arbeitern ein, so daß die Werkstatt besetzt, also die Sperre nutzlos ist. Ähnlich verhält sich mit der Lugschwerkstatt von Scheu. Auch hier sind genügend Arbeitskräfte eingestellt, also die Sperre hinfällig. Aus dieser Werkstatt sind gegenwärtig noch 5 ausgesperrte Arbeiterinnen zu unterziehen. Das Ergebnis der recht regen Debatte war die Zustimmung zu einem Antrage, der gemäß dem Vorschlage des Referenten die die über die einzelnen Werkstätten verhängten Sperren aufhob. In bezug auf den Streikfonds wurde beschlossen: Da der Streik siegreich beendet ist, sind die Extrabeiträge zum Streikfonds nicht mehr weiter zu erheben. Diejenigen, die damit noch im Rückstande sind, werden verpflichtet, nachzuzahlen. Schließlich wurden den Revisoren aufgegeben, beim Kassierer zu revidieren und das Resultat im „Borwärts“ bekannt zu geben.

Eine sehr gut besuchte Versammlung der Former und aller in der Gießerei beschäftigten Arbeiter tagte am 21. April im Louisenstädtischen Konzerthause. Ueber den Streik bei der Firma Friedrich, Reichsbergerstr. 4. konnte Kötter mitteilen, daß derselbe, nachdem die Kommission der Meister die Initiative zu den Verhandlungen ergriffen hatte, seinen Abschluß gefunden und die Differenzen zu Gunsten der Streikenden beigelegt wurden. Im allgemeinen sei eine bedeutende Lohnhöhung für alle in Betracht kommenden Arbeiter zugestanden. Die während des Streiks eingestellten drei Hilfsarbeiter sind ebenfalls entlassen und konnten demnach die Streikenden ihre Plätze wieder einnehmen. Da die Versammlung sich mit den Abmachungen der Kommission vollständig einverstanden erklärte, wurde eine Diskussion über diesen Punkt nicht beliebt und erstattete hierauf der Vertrauensmann Stobsa den Bericht über seine Tätigkeit. Wie aus dem Bericht zu entnehmen war, konnten in den letzten 14 Monaten 89,50 M. für den Streikfonds, 815,00 M. für Bonn, 61,90 M. Tellerfassung und 926,80 M. für Listen an den Hauptvertrauensmann abgeliefert werden. Gleichzeitig mit dem günstigen finanziellen Resultat konnte konstatiert werden, daß die Organisation erhebliche Fortschritte zu verzeichnen hat, wodurch es möglich war, in verschiedenen Werkstätten die aufgestellten Forderungen ohne Arbeitsniederlegung zu erlangen. Nachdem Kötter und Räther darauf hingewiesen, daß die Unternehmer gewillt sind, in Zukunft nur den Arbeitsnachweis der Metall-Industriellen zu benutzen, wo schwarze Listen trotz des § 153 der Gewerbe-Ordnung florieren, wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „Die Versammlung erachtet es als ihre Ehrenpflicht, den Arbeitsnachweis der Metallindustriellen, Gartenstr. 160, zu meiden und zu keinerlei Arbeitsvermittlung in Anspruch zu nehmen.“ Als Vertrauensmann wurde Stobsa wiedergewählt. In bezug auf die Maifeier wurde nach kurzer Diskussion, in der die Beschlüsse der Unternehmer kritisiert und aufgefodert worden war, energisch für die Arbeiterruhe am 1. Mai einzutreten, nachstehender Beschluß gefaßt: Die Versammlung u. s. w. beschließt: „In allen Gießereien in denen anlässlich der Maifeier Aussperrungen oder Ablehnungen erfolgen, wird bis zum 31. Dezember 1908 unter keinen Umständen noch Feiertag gearbeitet.“ Die Freigabe des 1. Mai soll in allen Betrieben gefordert werden. Ein weiterer Antrag, daß bei event. Aussperrungen die Arbeit erst dann wieder aufzunehmen ist, wenn für die betreffende Zeit von den Arbeitgebern der Lohnausfall ersetzt wird, wurde zurückgezogen, da sich eine Versammlung kurz nach dem 1. Mai mit den zu treffenden Maßnahmen noch beschäftigen wird. Unter Verschiedenem wurde das Verhalten von zwei Formern bei der Firma Legel, Müldersstraße, von Kötter unter Zustimmung der Versammlung gerügt.

Die Vergolder nahmen in öffentlicher Versammlung am Montag Stellung zur Maifeier. Während mehrere Redner für strikte Arbeiterruhe eintraten, waren andere, unter ihnen auch Erwald der Meinung, daß das Klassenbewußtsein unter den im Vergoldergewerbe arbeitenden Kollegen noch nicht stark genug sei, um einen streik gefordert, auf unbedingte Arbeiterruhe lautenden Beschluß überall zur Durchführung zu bringen. Es wurde deshalb beschlossen: überall, wo es ohne besondere Schädigung der Arbeiterinteressen möglich ist, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen. Jeder feiernde Kollege ist unbedingt verpflichtet, sowohl an der Vormittagsversammlung der Gewerkschaft, als auch an den Veranstaltungen der politischen Partei teilzunehmen. Die Versammlung beschloß ferner, daß jeder am 1. Mai arbeitende Kollege die Hälfte seines Tagesverdienstes zum Streikfonds zu zahlen hat. Den Gruppenversammlungen werden sich die Vergolder nicht anschließen, sondern eine eigene Maifeier abhalten. Hierauf berichtete Schöner über die Tätigkeit der Agitationskommission und Steidel über die Kassenverhältnisse derselben. Letzterer wurde Decharge erteilt und ihm auf Antrag der Revisoren 10 M. bewilligt zur Deduktion von Ausfällen, die während seiner Kassenführung entstanden sind. Zu Mitgliedern der Agitationskommission wurden Weinberg und Langner und zu deren Kassieren Steidel gewählt. Raffuse und Triebel wurden als Revisoren und Stahmann als Delegierter zur Gewerkschaftskommission bestimmt.

Die öffentliche Versammlung der Textilarbeiter und Arbeiterinnen, die am Montag Abend im Lokale Königsbau tagte, war nur mäßig besucht. Zum 1. Punkt der Tagesordnung berichtete Köhge über die Verhandlungen des Textilarbeiter-Kongresses zu Apolda, die einzelnen Punkte der Tagesordnung dabei eingehend beleuchtete. An der anschließenden Diskussion beteiligten sich zwei Redner im Sinne des Referenten. Zum Bericht über die Petition vom preussischen Abgeordnetenhaus wegen Beschränkung der Zuschussarbeit verließ der Vorsitzende den seitens der Petitions-Kommission des Hauses an ihn ergangenen Bericht, der sich auf beide, von Mülhausen und Berlin eingegangene Petitionen bezieht. Aus diesem ist hervorzuhoben, daß der Vertreter der Reichsregierung während der Verhandlungen über die vorliegenden Petitionen erklärt habe, daß in sämtlichen preussischen Straf-anstalten laut ministerieller Anordnung die Betriebe für Weberei und Maschinenstrickerei bereits bedeutende Verminderungen erfahren haben und für die Folge noch weitere Einschränkungen in Aussicht stehen. Das Haus habe beschlossen, besagte Petitionen der Reichsregierung als Material zu überweisen. Eine Diskussion findet nicht statt und wird unter „Verschiedenes“ auf die am Sonntag in Keller's Festhällen seitens des Karthaus'schen Gesangsvereins stattfindende Matinee zu Gunsten der Kottbuser Textilarbeiter hingewiesen.

Die in der Kürschnerbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hatten sich am Montag Abend im Schützenhause in großer Anzahl versammelt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Stellungnahme zum Antrag der Brüsseler Kollegen betrub Gründung einer Fachzeitung, wurde, nachdem Regge, Peters, Wiehr, Michaelis dagegen, und Schulz und Niem dafür gesprochen hatten, eine Resolution angenommen, in der die Versammlung anerkennt, daß eine Fachzeitung wohl das beste Agitationsmittel für eine Gewerkschaft ist, wenn die Zeitung ergreifend ist. Die Versammlung spricht sich dabei gegen die Gründung einer internationalen Fachzeitung in drei Sprachen aus, weil die Zahl der organisierten Kollegen in den in Betracht kommenden Ländern zu gering ist, um die Organisation zu

sichern. Die Versammlung rief daher den Brüsseler Kollegen von der Gründung ab, verpflichtet sich jedoch, falls die Gründung dennoch zu Stande kommen sollte, als Abonnenten ihre Schuldigkeit zu thun; dagegen lehnt sie es ab, auf die gefandten Listen zu zeichnen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung betrub der Beteiligung an der Lohnbewegung der selbstständigen Milzennacher nimmt die Versammlung auf Antrag Regge's folgende Resolution an, nachdem die selbstständigen Milzennacher Thomsen und Lewin eifrig dagegen gesprochen hatten: In Erwägung, daß die Konjunktur zu Lohnbewegungen in diesem Jahre eine günstige ist und viele Gewerkschaften diese Gelegenheit benutzten, um Forderungen zu stellen, wodurch die Kassen der meisten Gewerkschaften geleert sind, andererseits die Hausindustriellen unserer Branche sich in solcher Zerfahrenheit befinden, daß sie für eine Lohnbewegung nicht mehr zu haben sind und somit kein Hinterhalt für eine Lohnbewegung vorhanden ist, lehnt die heutige Versammlung es ab, sich an der bevorstehenden Lohnbewegung der Hausindustriellen zu beteiligen. Bezüglich der diesjährigen Maifeier wird nach kurzen Ausführungen Wiehr's eine Resolution angenommen, in der sich die Kollegen verpflichten, überall da, wo es nur irgend geht, am 1. Mai zu feiern. Ferner wird beschlossen, daß die Kürschner sich der Velleidungsgruppe anschließen. Außerdem müssen von den am 1. Mai Arbeitenden alle männlichen Arbeiter 1 Mark und die Arbeiterinnen 50 Pf. zu dem Streikfonds beisteuern. Bei dem 4. Punkt der Tagesordnung handelte es sich darum, daß der Hofkürschnermeister C. Salbach, unter den Linden, seit Jahren es fertig bringt, entgegen den Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung seine Arbeiterinnen des Sonnabends und an Tagen vor den Festtagen länger als bis 5 1/2 bis 7 1/2 Uhr zu beschäftigen. Wie Regge ausführte, ist es sogar vorgekommen, daß zwei Arbeiterinnen, die auf ihr gutes Recht pochten, um 1/6 Uhr aufhörten, die zwei Stunden vom Lohne abgezogen wurden. Vor vier Monaten sei diese Gesetzes-Übertretung des Herrn Salbach der Polizei angezeigt, dieselbe habe auch bei Herrn Salbach recherchiert, aber merkwürdigerweise habe Herr Salbach am nächsten Sonnabend wiederum länger wie bis 5 1/2 Uhr die Arbeiterinnen beschäftigt. Ein Vertreter der Firma Salbach erklärte, sich zu dem Gesagten nicht äußern zu können. Die Versammlung beauftragt die Vertrauenspersonen, die Gelegenheit nochmals der Polizeibehörde zu unterbreiten und falls von hier wiederum keine Remedur geschaffen werde, sich an eine höhere Instanz zu wenden. Im Anschluß hieran ermahnt Wiehr noch die Anwesenden, sich alle der Organisation anzuschließen, denn nur eine starke Organisation ist im Stande, die Arbeiter vor etwaigen Ungehelichkeiten der Arbeitgeber zu schützen.

Die an Holzbearbeitungsmaschinen und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter hatten für Mittwoch Abend eine öffentliche Versammlung einberufen, in der Genosse Jahn über „Die wirtschaftliche Lage und der 1. Mai“ referierte. Redner wies unter anderem darauf hin, daß man noch den festgehabten Lohnkämpfen nicht die Hände in den Schooß legen dürfe, sondern auch darauf achten müsse, das Ertrugene zu erhalten. Hierauf bezugnehmend wurde in der Diskussion erwähnt, daß man bereits mehrfach Versuche gemacht habe, nicht nur die bewilligten Löhne herabzubringen, sondern auch die Arbeitszeit von den vereinbarten neun auf zehn Stunden auszudehnen. Einige Arbeiter, die sich in einer Fabrik dagegen sträubten, wurden entlassen. Es sei also nötig, energisch an dem Ertrugenen festzuhalten. Bezüglich der Maifeier macht Wiehr den Vorschlag: die Feiertage bei völliger Arbeiterruhe mit den Holzarbeitern insgesammt durch Teilnahme an der Versammlung zu begehen. Nachdem Pawlow, Weise, Stein und Wolf sich darüber geäußert, wird eine in diesem Sinne gehaltene Resolution einstimmig angenommen und allen die Arbeiterruhe empfohlen, die sie ohne Schaden durchführen können. Die Arbeiter haben 50 Pf. an den Raifonds zu zahlen. Ein Antrag Pawlow's, die Gemäßigten entweder nicht mehr zu unterziehen oder einzustellen, gelangt nach längerer Diskussion zur Annahme. Eine längere Diskussion entspann sich über die eingegangenen Listen der Dachbeder und Fensterputzer, die damit endete, daß den Dachbedern vorläufig 15 M. überwiesen wurde. Eine Anfrage, warum noch keine Abrechnung über den Streik erfolgt sei, beantwortet Wiehr dahin, daß dies unmöglich sei, weil noch gegen 200 Listen ausstehen; er fordere aber alle Inhaber von Listen auf, dieselben binnen kurzem abzuliefern, da man sonst die Säumigen öffentlich bekannt geben werde.

Die Lohnbewegung der Maurer wurde am Mittwoch Abend in einer allgemein hart besuchten Versammlung, die in einer Anzahl von mindestens 2000 Personen den Keller'schen Saal füllte, erörtert. Nach der Darstellung Silber'schmidt's steht die Bewegung recht günstig. Bis Mittwoch nachmittags 8 Uhr war der Lohnkommission gemeldet, daß die Forderungen bewilligt sind auf 238 Bauten, wo 2987 Maurer arbeiten. Im Streik befinden sich 1902 Maurer. Die Arbeit ruht auf 85 Bauten gänzlich, auf 54 Bauten teilweise. 1267 Maurer arbeiten auf 90 Bauten zu den alten Bedingungen. Das Resultat des Streiks würde noch günstiger sein — meinte der Referent — wenn die Kollegen mit mehr Energie für ihre Forderungen eingetreten wären. Es sei jetzt die Hauptsache, durch kräftige Agitation auch diejenigen Kollegen zum Anschluß an die Bewegung zu veranlassen, die leider bis jetzt Beweise ihres Solidaritätsgefühls vermissen lassen und die Forderungen an ihre Arbeitgeber nicht gestellt haben. Bei einmütiger Beteiligung seitens der bisher noch lässigen Kollegen würde der Streik in einigen Tagen zu Gunsten der Arbeiter entschieden sein. Man müsse jetzt alles daran setzen, um den neunständigen Arbeitstag zu erringen, denn wenn es jetzt nicht gelinge, habe die Bewegung auf lange Zeit keine Aussicht auf Erfolg. Es frage sich nun, was bezüglich der Baufirma Held u. Franke geschehen solle. Diese hat nämlich auf den Bauten, wo die Arbeit drängt, (Ausstellung und Kurfürstentrafé) die Forderungen der Maurer bewilligt, auf einer Reihe anderer, minder eiliger Bauten dagegen, unter anderem auch auf dem Dom, die Forderungen abgelehnt. Es würde sich jedenfalls empfehlen, auch über die Bauten, wo Held u. Franke bewilligt haben, die Sperre zu verhängen, um diese Firma zur Bewilligung auch auf den andern Bauten zu zwingen. Die Kommission hat zum Donnerstag Abend die unter den neuen Bedingungen arbeitenden Maurer der Firmen Held u. Franke, Edert u. Dannenberg, Strauß'sche Alltengesellschaft und Pumpkin zu einer besonderen Versammlung eingeladen, um einen Beschluß darüber herbeizuführen, ob diese Kollegen zu Gunsten derjenigen Bauten der fraglichen Firmen, wo nicht bewilligt ist, die Arbeit niederzuliegen gewillt sind. In der Debatte wurden sehr viele Einzelheiten über Vorwissen anlässlich des Streiks besprochen. Auf dem Bau von Lagoch an der Stadtbahn arbeiten zwar 43 Mann zu den neuen Bedingungen, jedoch sind zwei Kollegen, welche die Forderungen zuerst stellten und vertrat-gemäßigelt worden. Die Versammlung beschloß deshalb, diesen Bau so lange zu sperren, bis die beiden Gemäßigten wieder eingestellt werden. Einer Anregung aus der Versammlung zufolge erklärte die Kommission, daß denjenigen Kollegen, welche Überstunden machen, obwohl sie zu den neuen Bedingungen beschäftigt sind, die Arbeitsberechtigungskarten entzogen werden sollen. Ferner wurden folgende Anträge angenommen: Die Lohnkommission hat sofort eine Liste herauszugeben, auf der alle Bauten, wo zu den neuen Bedingungen gearbeitet wird, und alle Meister, welche die Forderungen bewilligt haben, verzeichnet sind. Alle Streikenden verpflichten sich, von morgen an bis zur nächsten öffentlichen Maurer-Versammlung keine Arbeit zu suchen, sondern die schärfste Kontrolle über die Bauten zu üben. Jeder Kollege, der noch zu den alten Bedingungen arbeitet, ist verpflichtet, die Forderungen von morgen an aufs neue zu stellen und bei Nicht-

Bewilligung derselben die Arbeit sofort niederzulegen. Die Streikenden haben sich von nun an täglich zweimal die Streikarten abstempeln zu lassen. Silber schmidt ersuchte um thätigste Weiterführung der unter so günstigen Ausblicken begonnenen Bewegung und schloß die Versammlung mit einem Hoch auf den Neuntugendtag.

Die streikenden Maurer waren am Donnerstag Vormittag bei Cohn in der Beulstraße versammelt. Der Andrang war so stark, daß der große Saal mit allen Nebenräumen bis zum letzten Winkel von einer dicht gedrängten Menge gefüllt war. Silber schmidt und andere Redner bezeichneten den Stand des Streiks als recht günstig und forderten zum energischen Eintreten für die gestellten Forderungen auf. Seit dem in der Mittwoch-Abend-Versammlung gegebenen Bericht ist ein Fortschritt der Bewegung infolgedessen zu verzeichnen, als schon wieder auf einigen Bauten die Forderungen bewilligt wurden und eine größere Zahl von Kollegen auf anderen Bauten sich dem Streik angeschlossen haben. Da der Unternehmer Lagors, über dessen Bau an der Stadtbahn in der Mittwoch-Versammlung die Sperre verhängt wurde, bereits am Donnerstag früh sich bereit erklärt hatte, die Gemahregelsten, falls sie sich zur Arbeit melden, wieder einzustellen, so beschloß die Versammlung, die Sperre über diesen Bau aufzuheben. Nach kurzer Debatte, in der sich eine große Begeisterung für den Streik kundgab, fand die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Maurerbewegung ihren Abschluß.

Die Versammlung der Dachbeder und Berufsgegnossen, die Mittwoch Nachmittag bei Wille, Andreasstraße, tagte, beschloß, da die Zeit augenblicklich nicht geeignet erscheint, um den Streik weiterzuführen, denselben aufzuheben. Es gelangte folgende Resolution zur Annahme: Die bei Wille tagende Versammlung der Dachbeder und Berufsgegnossen hält es für ratsam, den Streik beizulegen, obgleich diejenigen, die sich jetzt noch im Streik befinden, Personen sind, die Charakter haben und gewillt wären, den Kampf bis auf das äußerste zu führen. Die Versammlung spricht ihr Bedauern darüber aus, daß viele Kollegen ihre traurige Lage noch nicht erkannt haben und durch ihren Indifferentismus die allgemeine Durchführung der gerechten Forderungen vereiteln. Die Anwesenden halten es für richtiger, die Gelder zur Förderung der Organisation zu verwenden, und verpflichten sich, im Interesse der gesamten Berufsgegnossen weiter zu agitieren und nicht eher zu ruhen, bis die noch Fernstehenden herangezogen und die Dachbeder und Berufsgegnossen zu einem weiteren Kampf gerüstet sind. Die Lohnkommission soll bis auf weiteres bestehen bleiben. Die Ausgesperrten haben sich täglich einmal zur Kontrolle zu melden. Im Auslande befinden sich zur Zeit noch 56 Mann. Ueber die Firma S. Mah, Chorinerstraße 22, wurde beschlossen, die Sperre zu verhängen. Veranlassung hierzu gab das Verhalten des Herrn Mah bei Eintritt in die Lohnbewegung. Als Revisor wurde Hante hinzugewählt. In bezug auf die Maifeier wurde beschlossen, gemäß dem Beschluß des Breslauer Parteitag überall dort die Arbeit ruhen zu lassen, wo dies ohne Schädigung des Einzelnen möglich ist. Die Feiern sollen sich Vormittags an der Gruppenversammlung beteiligen. Abends soll eine Extrafeier stattfinden. Gols, Rosenbaum und M. Winkowski wurden mit dem Arrangement betraut.

Die Studateure orientierten sich in einer öffentlichen Versammlung am Mittwoch in Cohn's Festhölle über den Verlauf ihrer gegenwärtigen Lohnbewegung. Grüneberg erstattete den Kommissionsbericht über die gegenwärtige Situation. Die aufgestellten Forderungen haben in ihrem vollen Umfange 64 Firmen bewilligt. 550 Kollegen seien dadurch mit Legitimationskarten versehen, während 74 Streikende vorhanden sind. Eine Anzahl von Fällen, in welchen Studateure sich nicht korrekt verhalten haben oder direkt gegen die Interessen der streikenden Kollegen verstoßen, sind der Kommission mitgeteilt worden und werden der Reihe nach vom Redner auf das schärfste getadelt. Beispielsweise sollen die Studateuren auf dem Bau von Dreise unter Leitung des Bauweisters von Pucher n ausgeführt werden. Ein anwesender Pucher erklärt, daß falls derartige Fälle dem Bureau der Pucher gemeldet werden, die eigene Organisation der Pucher derartige Streikbrecher zur Rechenschaft ziehen werde. Unter Entrüstungsbezeugungen der Versammlung verliest Grüneberg die Namen derjenigen, die ohne Arbeitsberechtigungskarte die Arbeit aufnehmen bez. fortsetzen. Redner schließt, daß angesichts der Verschleppungskunst der Prinzipale, die ein umfassendes, abschließendes Resultat noch nicht ermögliche, größte Festigkeit, Energie und Ausdauer am Platze sei. In der folgenden ausgedehnten Diskussion werden diese Ausführungen noch ergänzt. In einer Resolution erklärt die Versammlung, daß, da die Erwerbslosigkeit der Studateure noch keine vollständige sei, bei den Firmen, die den Tarif nicht durch ihre Unter schrift anerkennen, die Arbeit nicht eher aufgenommen ist, bis diese Unterschrift geleistet wird. Hierauf entschied sich die Ver-

sammlung über den eingelaufenen Antrag, daß der zu zahlende Beitrag zum Streikunterstützungsfonds prozentual für Bauarbeiter höher zu normieren sei wie für Werkstat tarbeiter. Die Versammlung beschloß jedoch, es bei dem vorigen Beschlusse zu lassen. Jeder arbeitende Kollege ist verpflichtet, Marken im Betrage von 50 Pf. pro Tag (nicht pro Woche wie es im vorigen Bericht irrtümlich hieß), in die Quittungskarte einzulassen. Zum Eintaffieren der Marken wurde von jeder Werkstat ein Delegierter ernannt. Im Besonderen theilt Markter mit, daß am Sonntag Vormittag im großen Saale bei Cohn eine öffentliche Versammlung stattfindet.

Der Achtuhrschluß der Ladengeschäfte wurde am 22. April in einer Versammlung des Vereins deutscher Kaufleute erörtert, zu der alle selbständigen und konditionierenden Kaufleute eingeladen waren. Erschienen waren etwa 500 Personen. An stelle des Schriftstellers Paris, der abgelaßt hatte, referierte Buchdruckereibesitzer Friedrichs. Redner übte eine sehr scharfe Kritik an der Resolution, welche die Protestversammlung des Vereins der Kaufleute und Industrieller am letzten Sonntag gegen den Achtuhrschluß gefaßt hat. Er legte die darin enthaltenen logischen Widersprüche bloß und wies nach, daß Produktion und Handel absolut nicht geschädigt würden, wenn der Ladenschluß um 8 Uhr abends gesetzlich vorgeschrieben werde. Zum Schluß sprach der Redner mit Wärme dafür, daß alle Gehilfen ohne Unterschied ihrer sonstigen Parteimitgliedschaft zusammenzutreten sollten, um gemeinsam auf Abschaffung der vielen Uebelstände im Beruf, insbesondere der langen Arbeitszeit zu dringen. (Großer Beifall.) An der äußerst animierten Debatte beteiligten sich auch Mitglieder der aus dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Freien Vereinigung der Handlungsgehilfen. Bezüglich der erstrebten und in Aussicht stehenden gesetzlichen Festlegung des früheren Geschäfts schlußes war man ziemlich einer Meinung. Jedoch vermochten sich verschiedene Redner nicht für die Liga zur Herbeiführung des Achtuhrschlusses in sämtlichen kaufmännischen Geschäften zu erwärmen, wobei man besonders an der Gründung derselben durch Mitglieder der Freien Vereinigung Anstoß nahm. Berthold Heymann stellte demgegenüber fest, daß die Liga durchaus nicht im Interesse einer bestimmten Parteirichtung, sondern im Interesse der allgemeinen Propaganda zu Gunsten einer alle Handelsangehörigen umfassenden Reform gegründet sei. Die Liga solle nur so lange bestehen, bis der Achtuhrschluß zum Gesetz erhoben sei. (Bravo.) Herr Rutz, Geschäftsinhaber, erklärte es für weit richtiger, eine bestimmte Dauer der Arbeitszeit zu fordern, vielleich von 10 oder 11 Stunden, als den Schluß der Geschäfte um 8 Uhr zu beschließen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die Versammlung begrüßt dankbar die Vorschläge der Reichskommission für Arbeiterstatistik zum Schutze der Handlungsgehilfen und erwartet von den geschätzten Körperschaften, daß diese Vorlage, vor allem der Achtuhrschluß, baldigst zum Gesetz erhoben wird. Der Generalrat des Vereins der deutschen Kaufleute wird ersucht, die Resolution den hohen Reichsbehörden unter ausführlicher Begründung baldigst zuzustellen und für ihre weiteste Verbreitung zu sorgen.

Stralau. Der Verband der Glasarbeiter wählte in seiner Mitgliederversammlung am 12. April das Mitglied Gebel zum Delegierten für den Gewerkschaftskongress. Bei der Besprechung über die Anträge zum Gewerkschaftskongress wurde der Antrag auf Gründung eines Streikfonds abgelehnt, ebenso die Vorschläge des Vorstandes. Hierauf wählte die Versammlung eine Kommission von 7 Mitgliedern mit dem Auftrage, die Statuten einer genauen Prüfung zu unterziehen und in der nächsten Versammlung Bericht zu erstatten. Mit 90 gegen 20 Stimmen wurde sodann einem Antrage zugestimmt, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Die Vorschläge betreffend die Organisation des örtlichen Unterstützungsfonds wurden mit einigen Abänderungen angenommen und der Beitrag auf 25 Pf. pro Woche herabgesetzt. Da in der hiesigen Fabrik einer Anzahl von Arbeitern die Wohnungen gekündigt sind, empfahl man den hier in Arbeit tretenden, sich, ehe sie das Arbeitsverhältnis abschließen, über die Wohnungsverhältnisse zu erkundigen. Ueberhaupt will man bei der Firma vorstellig werden, um den wahren Grund dieser Maßnahmen zu erfahren.

Reinickendorf. Am 12. d. M. hielt hier im Arbeiterbildungs-Verein „Zukunft“ Genosse Pitjin einen interessanten Vortrag über Florian Geyer. Die weitere Verhandlung betraf interne Vereinsangelegenheiten.

Charlottenburg. In der am 16. April abgehaltenen Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für Zeltow-Beeslow-Storlow-Charlottenburg gab zunächst der Kassierer Genosse Dörre die Abrechnung vom 1. Quartal. Die

Einnahme betrug 178,75 M., die Ausgabe 261,80 M., so daß ein Defizit von 83,05 M. vorhanden ist. Ueber die Thätigkeit des Vorstandes berichtete der Schriftführer Baumann und erfolgte hierauf die Neuwahl des Vorstandes; die folgenden Resultate ergab: Sellin, 1. Vorsitzender; Bunge, 2. Vorsitzender; Dörre, Kassierer; Schless, 2. Kassierer und Baumann, Schriftführer. Zu Revisoren wurden Sommer, Flemining und Bernicke ernannt. Ferner wurde beschlossen, die Besessenen am Mittwoch nach dem 20. jeden Monats im Lokal Bismarckshöhe stattfinden zu lassen. Nachdem noch verschiedene Vereinsangelegenheiten geregelt waren, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Der Arbeiterverein von Bankow und Umgegend hatte am 16. April eine Versammlung einberufen, in der Genosse Pösch über das Thema „Die Befestigung des Privateigentums“ sprach. Dem Redner wurde zum Schluß reger Beifall zu teil. Von einer Diskussion nahm man Abstand und gelangten zum Schluß einige interne Vereinsangelegenheiten zur Erledigung.

Abtshof. Am 16. d. M. sprach hier im sozialdemokratischen Arbeiter-Bildungsverein im Lokal von Wöllstein Herr Dr. Böhm über das Naturbeilverfahren. In der Diskussion kam kein Widerspruch zu den Ausführungen des Referenten zum Ausdruck. Der Vorsitzende machte hierauf bekannt, daß am Sonntag, den 26. d. M., ein Urania-Besuch stattfindet. Biletts sind bei dem Kassierer Neumann, Meiserstr. 5, für Mitglieder zum halben Preise zu haben.

Schöneberg. Am 20. d. M. fand hier eine gut besuchte Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins statt. Im ersten Punkte des Tagesordnungs erstattete der Kassierer den Bericht über das erste Quartal. Es betrug die Einnahme 143,25 M., demgegenüber stand eine Ausgabe von 80,45 M., folglich ist ein Bestand von 62,80 M. vorhanden. Einstimmig wurde der Kassierer entlastet. Eine Statistik, die der Vorstand vorgenommen hatte, imwieweit die Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisation angehören, ergab, daß von den 258 Mitgliedern 136 gewerkschaftlich organisiert sind. Hierauf hielt Genosse Bähröb einen beifälligen aufgenommenen Vortrag. Unter Verschiebung fanden örtliche Angelegenheiten ihre Erledigung. Als Thema für die nächste Versammlung wurde bestimmt: Was bedeutet Materialistische Geschichtsauffassung?

Dammshuleneck. Am Sonntag Nachmittag 6 Uhr fand hier eine öffentliche Volksversammlung im Lange'schen Lokal statt, welche auch von Frauen gut besucht war. Genosse Ulbricht sprach in einem ca. 1 1/2 stündigen Vortrage über die wirtschaftlichen Bestrebungen der bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie. Derselbe entledigte sich seiner Aufgabe zur vollen Zufriedenheit der Versammlung und verstand es durch einzelne Beispiele aus der Gegenwart, als auch Vergleiche aus der Bibel die Zuhörer zu fesseln. An der Diskussion beteiligten sich namentlich Demke, Böttcher (Steglich), Weisner, Piesch und Krebs. Zur Arrangierung der Maifeier wird eine dreigliedrige Kommission gewählt und besteht diese aus den Genossen Krebs, S. Weisner und Schmidt. Unter Verschiebung theilt der Einberufer Vertrauensmann Teufel mit, daß die Telleransammlung vom Amtsdirektor Hoffmann in Treptow auf Grund der Polizeiverordnung vom 12. August 1892 bei einer Androhung von 9 M. Strafe event. 3 Tagen Haft verboten ist, und wird hierüber Beschwerde geführt werden. Genosse Böttcher-Steglich bringt zur Sprache, daß der hiesige Raucherklub die Arbeiterfrage schwer dadurch schädigt, daß derselbe in dem gesperrten Lokal von Speer früher Laus seine Sitzungen abhält. Schließlich wird ein Antrag Dietrich angenommen, den Vertrauensmann zu beauftragen, in der nächsten Versammlung die hiesige Schulfrage auf die Tagesordnung zu setzen.

Arbeiter-Bildungsschule, Freitag Abend 9 Uhr bis 10 1/2 Uhr: Schul- u. Schulwesen, Waldemarstr. 14; Rationalökonomie, (Die Marx-Engels'schen Lehren, Werth, Mehrwert, Kapital), Herr Dr. Alfred Bernheim. - Nord-Schule, Wälderstr. 179a: Red. Redn. (Die wichtigsten Gesetze für die Kunst des öffentlichen Redens, Lehrer vom Institut eines Vortrages), Herr Peterich Schulz. Die Equidistanten sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichhaltigen Selbststudienmaterials schon von 8 Uhr an geöffnet.

Alteingesessenen Krank- und Sterbende der Metallarbeiter (S. S. Nr. 2), Hamburg, Filiale 7. Sonnabend, den 25. d. M., abends 8 Uhr, in dem Lokal von Knappe, Neus. Hohestr. 10; Gleichwohl süddeutschen Gewerkschaft, Charlottenburg und Reimann, Filiale 2. Aufrechter Erntedankfest. Zentral-krank- und Sterbende der deutschen Wagenbauer (Filiale Waid). Sonnabend, den 25. d. M., abends 8 Uhr, im Lokale Trendel, desgl. Weststr. 1, abends 8 Uhr, Langestr. 66 (früher Tempel); Versammlungen.

Arbeiter-Gängerbund Berlin und Umgegend. Vorsitzender: Ad. Neumann, Gieselerstraße 4. - Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Fried. Reimann, Montestr. 49, o. 27.

Arbeiter-Räuberbund Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Otto Schulz, Rotenburger Damm 73. German-American Klub „Up a la Sam“ (established 1892), 9 o'clock p. m. Wallstraße 37. - Ladies and Gentlemen welcome. German American Society, Berlin C., Münzstr. 17, at Friboes Restaurant, 9 o'clock p. m. Topic: Relations of women to crime.

R. F. Mittelstädt, Berlin N., Brunnenstr. 152.

 R. F. Mittelstädt's Original-Löwenbitter ist aus passenden Kräutern abdestilliert und fördert vorzüglich die Verdauung und regt besonders den Appetit an. In Fl. Mk. 0,60, 1,10, & 1,80. Im Ausschank und in Flaschen überall zu haben.

Hackescher Markt 4, Am Stadtbahnhof „Börse“ Ecke Neue Promenade. J. Brünn, Inventur - Ausverkauf! Teppiche! Gardinen! Portièren! Steppdecken! Leinenwaaren! Fertige Wäsche! zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Ewald's Restaurant, Schönleinstr. 6. 10876 Saal, 220 Personen, für Vereine und sonstige Festlichkeiten. 2 Regelbahnen. Jeden Sonntag Unterhaltungsmusik.

Zum jüddentigen Emil Restaurant Haldepark Friedrichshagen, Seestraße 1 früher Berlin, Frankfurterstr. 39. Allen Freunden und Bekannten bestens empfohlen. Schönster Familienaufenthalt herrlich am Wald u. Wasser gelegen. Von Station Friedrichshagen in 15 Minuten zu erreichen; herrliche Waldpartie! Gr. Vereinszimmer mit Piano. Speisen und Getränke in bester Bekanntheit. Spezialität: ff. Weissbier. Emil Jost.

Fritz Wilke, Androssstr. 26 47541. (nahe Schloß, Sahnhof), empfiehlt sein Restaurant sowie Saal für 200 Pers., Vereinszimmer, Regelbahn und Fremden-Logis. Der Garten ist geöffnet. Telefon: Amt VII, Nr. 3459.

Für die hiesigen Leser liegt der heutigen Nummer unseres Blattes die geführte Gewinnliste der preussischen Lotterie bei.

Seifen-, Ficht- u. Sodafabrik 18 Detail-Geschäfte. M. Reich & Co., Gr. Frankfurterstr. 43. vertreten fast in allen Passagen der Berliner Markthallen, sowie Alte Jakobstr. 45, Or. Frankfurterstr. 43, Krautstr. 46, Badstr. 12. Spezialitäten eigener Fabrikation zu sehr billigen Preisen! 45099\* Anerkannt gute Toiletteseifen: 2 Pfd. Seife für 25 Pf., 1 Pfd. 13 Pf. 2 Pfd. Terpentinf., 1,35 Pf., 1 Pfd. 18 Pf. 1 Pfd. gelbe Seife . . . 17 Pf. 1 Pfd. Hausseife für 30, 35, 40, 45 Pf. Transparent, Harzseife zu sehr bill. Preisen. Glycerinseife in Niegel . . . 18 Pf. Glycerinseife . . . 4 Stück 50 Pf. Familienseife . . . 3 Stück 40 Pf. Salm.-Zerp.-Seifenpulv. 1 Pfd. 18 Pf. giebt blendend weiße Wäsche.

Künstl. Zähne 2 M. Schmerzloses Zahnziehen u. Nervöcton 1 M. Plomb. 1,50. Rep. sof. Theilzahlg. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 9-7 Uhr.

Echt Honsdorfer Likör, ausgezeichnet im Geschmack & Piter 1,20 M. Echten alten Nordhäuser, Piterf. 1,10 M., 5 Liter & 0,90 M. Berliner Getreidekummel, Piterf. 1,10 M., 5 Liter & 0,90 M. Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft, vorzügl., Literf. 1,30. Medicin. Ungarwein, beste Qualität, Literflasche 2,10 M. empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin Eugen Neumann & Co., 6a Bellealliance-Platz. 61 Neue Friedrichstrasse. 8 Oranienstr. 29 Genthinerstr. Niederlage in Potsdam, Bickerstr. 7.

Louisenstädtisches Klubhaus Annenstraße 16. Saal zum 1. Mai noch zu vergeben.

Straußfedern, Blumen, C. Schöning's Wirthshaus „Zum eichenen Stab“ besondere Spezialität, zu Engrospreisen. d. h. die Hälfte billiger als anderswo. Gebundene Buchblumen, sowie hochgarantirte Köpfe z. S. Lontje, Neuhölln 23, 1. Ebenfalls selbst Waschfedern 25 Pf., Straußfedern 10 Pf. Köpferstraße 68, Hof parterre, empfiehlt seinen Saal, mehrere Vereinszimmer, Garten und 2 Regelbahnen an Vereine und Gesellschaften. ff. Weissbier 20 Pf. Wairisch Bier 10 Pf.

**Frauen! Männer!**  
**Volkversammlung**  
 Freitag, den 24. April, abends 8 Uhr,  
 in Keller's großem Saale, Koppenstr. 29.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Paul Singer über: „Die Bedeutung des 1. Mai für die Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes.“ 2. Diskussion.  
 Zur Deckung der Kosten Zellerfassung. 2/5  
 Es ist Pflicht der Genossen, nicht nur selbst zu erscheinen, sondern dafür zu sorgen, daß auch ihre weiblichen Angehörigen die Versammlung zahlreich besuchen.  
 Die Einberuferin: Frau Frohmann.

**Musikinstrumenten-Arbeiter.**  
 Freitag, den 24. April 1896, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Henke, Raunynstr. 27:

**Oeffentliche Versammlung.**  
 Die Werkstatt-Delegirten werden dazu eingeladen und ersucht, die Fragebogen ausgefüllt mitzubringen.  
 Sonnabend, den 25. April 1896, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Keller (großer Saal), Koppenstr. 29:

**Oeffentliche Versammlung**  
 für Arbeiter u. Arbeiterinnen aller Musikinstrumenten-Berufe  
 Tages-Ordnung:  
 Beschlusfassung über unsere Forderungen.  
 Die Kollegen und Kolleginnen werden ersucht, sich zu dieser wichtigen Versammlung recht zahlreich einzufinden.  
 144/14 Die öffentliche Agitations-Kommission.

**Achtung!**  
**Große öffentliche Versammlung**  
 der  
**Brettschneider und Bretterträger**  
 Sonntag, den 26. April, vormittags 10 Uhr, in Keller's Festsälen, Koppenstr. 29.  
 Tagesordnung und Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. Im Interesse unserer Bewegung ist es Pflicht der Kollegen, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.  
 295/18 Der Einberufer.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 (Zahlstelle Berlin.)  
 Montag, den 27. April 1896, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Keller (kl. Saal), Koppenstr. 29:  
**Bezirks-Versammlung für den Osten.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen Metzner über: Die gewerkschaftlichen Kämpfe der Gegenwart und ihre Lehre. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.  
 Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Heute Abend bei Schöndalag, Köpnickstr. 68: Sitzung der Ortsverwaltung sowie Sitzung der Vertrauensmänner der Parquetbodenleger.  
 277/7

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
 Ortsverwaltung Berlin, Bezirk Osten.  
 Sonnabend, den 25. April, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Wilke, Andreasstraße 26:  
**General-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Wahl der Bezirksleitung und der Hilfskassierer. 2. Kassenbericht vom 1. Quartal 1896. 3. Verschiedenes.  
 Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Es wird ersucht, die Mitgliedsbücher zwecks Umänderung der Ortsnummer mitzubringen.  
 285/6 Die Ortsverwaltung.

**Freie Vereinigung der Bauanschläger**  
 Berlins und Umgegend.  
 Sonntag, den 26. April 1896, vormittags präzis 11 Uhr, bei Köllig, Neue Friedrichstraße 44:  
**General-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Wahl des Vorstandes. 2. Kassenbericht. 3. Antrag Fiebiger. 4. Verschiedenes. 5. Fragekasten.  
 34/3 Der Vorstand.

**Oeffentliche Versammlung**  
 der Bauanschläger Berlins und Umgegend  
 am Sonntag, den 26. April, nachmittags 1 1/2 Uhr,  
 im Englischen Garten, Alexander-Straße Nr. 27c.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht der Fünfer-Kommission. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur Maifeier. 4. Verschiedenes. — Kollegen, die noch keinem Verein angehören, werden hierzu dringend eingeladen.  
 38/4 Die Fünfer-Kommission. J. H.: A. Bergan, Frankfurterstr. 129.

**Verband der Sattler und Tapezierer.**  
 Filiale Zentrum.  
 Sonnabend, den 25. April 1896, abends 8 1/2 Uhr, bei Pasch, Alte Jakobstraße 88:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom ersten Quartal 1896. 2. Bekanntgebung der in der letzten öffentlichen Versammlung gefassten Beschlüsse. 3. Verschiedenes.  
 287/3 Der Vorstand.

**Zahnärztliche Klinik Wedding, Müllerstr. 1.** Zahnziehen unentgeltl. 2. Nachg., schmerzlos. 2,50 M., Plomben 1 M., künstl. Zähne, bestes Material, 2 M. [4896L]  
 Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby, Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Max Gading in Berlin.

**Orts-Frankenkasse der Maler u. verw. Gewerbe.**  
 Montag, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Köllig, Neue Friedrichstr. 44:  
**Generalversammlung d. Delegirten.**  
 Tages-Ordnung:  
 Neuwahl eines ausgeschiedenen Vorstandsmittglieds (Arbeitsnehmer). Rechenschaftsbericht. Verschiedenes.  
 NB. Die beantragte Statutenänderung d. § 19 ist seitens des Bezirksausschusses genehmigt, was hierdurch zur Kenntniß gebracht wird, und werden die Änderungen vom Montag, den 27. April 1896 ab den Mitgliedern ausgehändigt.  
 Der Vorstand.  
 1066b) S. Wentler, Vorsitzender.

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerb. Arbeiter**  
 (Hamburg)  
**Oertl. Verwaltung Berlin A.**  
 Montag, den 27. April 1896, abends 8 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
 bei Herrn Koll, Adalbertstr. 21.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Abrechnung vom 1. Quartal. 2. Verschiedene Kassen-Angelegenheiten.  
 Mitgliedsbuch legitimirt. 184/17  
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
 Die Ortsverwaltung.

**Täglich** (Sonntags nur von 7-9 Uhr vorm.) findet [48328]  
**Verkauf von**  
 gek. Rindfleisch à Pfund 25 Pf.  
 gek. Schweinefleisch à Pfd. 35 und 40 Pf. statt.  
 Verwaltung der Kochanstalt  
 Städt. Schlachthof.

**Sonnabend:**  
**Restler-Verkauf.**  
 Angug- u. Palettoffne  
 5001L\*  
**Brenner & Cie.**  
 Alte Jakobstr. 57/59.



**Wissen Sie schon**  
 das Sie **Brunnenstr. 110**  
 (neben dem Pferdebahn-Depot) bei Ignatz Sello stets frisches Maltrank 1/4 Flasche inkl. à 50 Pf., Stausdortler inkl. Orig.-Fl. (1/4 Liter) à 80 Pf., Halb- und Halb, feinste Bismirchlung, Orig.-Flasche (1/4 Liter) inkl. à 90 Pf., alten Nordhäuser per Liter 50 Pf., modic. Ungarwein Orig.-Fl. (1/2 Liter) inkl. à 1,25 M., sowie sämtliche Sorten Weine, Cognac's, Rum's etc., Spirituosen auch im Einzelverkauf nur zu Engrospreisen beziehen. Ein Versuch sichert mir Ihre dauernde Kundenschaft.  
 Bitte genau auf No. 110 zu achten. In Berlin sofort. Zusendung frei Haus. Fernsprecher Amt III, 1211.



**Arbeitsanzüge**  
 W. Fahr, Brunnenstr. 112.

**Maifeier des 5. Wahlkreises**  
 Freitag, den 1. Mai 1896  
 im Schweizer Garten, am Königsthor.  
**Festrede,** 217/14  
 gehalten vom Genossen Heinrich Pöns aus Dessau.  
**Konzert von einer aus 20 Musikern bestehenden Kapelle.**  
 Gesangsaufführungen  
 von 200 Sängern des Arbeiter-Sängerbundes.  
**Große Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.**  
 Direktion: Julius Türk.  
**Brillant-Feuerwerk.** Im Saale: **Tanz.**  
 Die Kaffeeküche ist von 4 Uhr ab geöffnet.  
 Entree 20 Pf. Beginn 4 Uhr nachmittags. Das Comité.

Der Arbeiterschaft Berlins hiermit die Mittheilung, daß bis jetzt 95 Betriebe mit 556 Arbeitern (287 männlichen und 269 weiblichen) den tarifmäßigen Lohn bewilligt haben. Auf einer Reihe von Betrieben ist noch keine Forderung gestellt und wird dieses erst im Laufe der nächsten Tage geschehen.

Den tarifmäßigen Lohn zu zahlen haben die nachfolgenden Firmen abgelehnt:  
 Brauhniß u. Mehe, Mitinhaber Spröbowski. Geschäfte: Brunnenstraße, Fischerbrücke und Badstraße. Fr. Wienert, Rosenthalerstraße. S. Schmidt, Fidizinstr. 8. Bodow u. Blaurod (liefert für folgende Zigarrengeschäfte: Wertheim's sämtliche Bazar-Filialen; Anders, Langestr. 95; Müller, Mantuffel- und Waldemarstrassen-Ecke; Caspar, Wallnertheaterstraße; Schley, Landsbergerstr. 80; Blaurod, Frankfurter Allee. Reimann, Budowerstraße; Boll, Schöneberg, Gleditschstraße. Restaurateure: Schüler, Heiligegeiststraße; G. Neumann, Straußberger- und Ede Frankfurterstraße; Schulz, Landsberger- und Pallisadenstrassen-Ecke; Mertens, Waldemarstraße; Haupt, Greifswalder- und Heinersdorferstrassen-Ecke. Schulz, Al. Andreasstr. 9. Beyer, Hochtstr. 21. Mönus, Hochtstr. 48. Bonmann, Belfortstr. 5. Max Jacobi, Strelitzerstraße 52. A. Hauffe, Blücherstr. 60. Kottlow, Prenzlauerstr. 1-2. Carl Albers, Kummelsburg. Joh. Richter, Chorinerstraße 28. Schäfer, Gneisenaustr. 98. S. Benz, Rügenstr. 11. C. Keilflug, Elbasserstr. 8. Bernide, Brunnenstr. 84. Worliher, Viehmannstr. 15. Thiele, Pringel-Allee. Loffe, Kummelsburg. Grohme, Gollnowstraße 11. Groholl, Strelitzerstr. 18. Rumbauer, Neue Dohstr. 9. Paul, Brunnenstraße 84. Doussin u. Comp., Heiligegeiststraße 21. Speyermann, Annenstr. 12. Joachimsthal, Chorinerstraße 6. Greiert, Invalidenstr. 98. C. Schenl, Barwalderstr. 61. Kuserow, Griebnowstr. 12a. Bei C. Martienzen, wo ebenfalls unter dem Tarif bezahlt wird, haben die Arbeiter (2 männliche und ca. 50 weibliche) bis jetzt keine Forderung gestellt.  
 187/14

Im Streik befindlich sind bis jetzt 31 Betriebe mit 182 Arbeitern (95 männlichen, 87 weiblichen).  
**Arbeiter Berlins! Wir appelliren an Euer Solidaritätsgefühl! Helft uns zum Siege!**

**Rohrleger und Gehilfen!**  
 Sonntag, den 26. April, vormittags 10 Uhr, im Tonisenstädtischen Klubhause, Annenstraße Nr. 16:  
**Große öffentliche Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen Paul Jahn über: „Welches sind die Vorbedingungen zu einer Lohnbewegung?“  
 2. Diskussion.  
 3. Stellungnahme der Rohrleger und Gehilfen zu einer Lohnbewegung, ev. Wahl einer Lohnkommission.  
 4. Verschiedenes.  
 281/10  
 Bei der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden denkenden Kollegen, pünktlich zu erscheinen.  
 Der Vertrauensmann.

**Verein Schäftebranche.** 1069b  
 Sonnabend, den 25. April, abends 9 Uhr, Versammlung Rosenthalerstraße 57. T.O.: Beschlusfassung über den Anschluß an die Zentralisation.

**Zimmerleute!**  
 Sonntag, 26. April, vorm. präzis 10 Uhr, im Feen-Palast, Burg- und Wolfgangstrassen-Ecke:  
**General-Versammlung der Zimmerer Berlins und Umgegend.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Berichterstattung der Lohnkommission. 2. Abrechnung der Lohnbewegung 1896. 3. Neuwahl der Lohnkommission. 4. Verschiedenes.  
 In dieser Versammlung erhält jeder Zimmerer die Abrechnung gedruckt vorgelegt.  
 288/1  
 Die Lohnkommission der Berliner Zimmerleute.

**Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder etc.**  
 (Eingeschr. Hilfskasse), Verwaltungsstelle Berlin.  
 Sonnabend, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr, in Cohn's Festsälen, Reuthstrasse 21-22:  
**Haupt-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Kassen- und Kontrollbericht. 2. Statutenberathung, event. Anträge zur Generalversammlung in Bremen am 28. und 29. Juni d. J. 3. Abrechnung für den Fonds der Ausgesteuerten.  
 25/20  
 Die Ortsverwaltung.

**Dr. Fritz Friedmann's**  
 Erdenwallen in Bild und Lied.  
 Humoristisches Quodlibet.  
 Ergötzlich und reich illustriert von Maddalena.  
 Preis 50 Pf. (einschliesslich Porto 60 Pf.)  
 21. bis 40. Tausend.  
**Dr. Fritz Friedmann**  
 Genie und Verbrechen. Hochinteressante Enthüllungen.  
 Preis 50 Pf. (einschliessl. Porto 60 Pf.)  
 Vorrätlich in allen Buchhandlungen.  
 Verlag von G. Fritzsche, Hamburg.